

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 3. Juli 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis: 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Ostpreußen 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Beiträge und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (steiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengesuche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Die Schnapphähne und ihre Schnapsbeute.

Nun sind die glorreichen Verbündeten des neuen Blocks bei dem für sie wichtigsten Teil der Finanzreform angelangt: die junkerlichen Schnapphähne werden ihre Beute bei der Branntweinbesteuerung einfischen und die schwarze Klerisei wird ihren Segen dazu geben — ganz wie in jenen schönen Zeiten, wo der Junker vom hohen Schlosse herab die Wanderer überfiel und nach getaner Arbeit der Schloßkaplan seinen Segen zum guten Werke gab, — sündemalen er ja nicht leer dabei ausging. Welchen Lohn sich das Zentrum von den Junkern ausbedungen hat, ist noch nicht offenkundig, aber die Ritter und die Heiligen werden sich schon verständigt haben — und das Volk wird auch noch diese Ruhe anferlegt bekommen.

Der Branntweinsteuerentwurf, der aus der Kommission hervorging, ist zwar ganz anders gestaltet als der Regierungsentwurf, aber für die Konsumenten bringt er genau so viel neue Belastungen oder noch einige mehr. Den regierenden Herren — und das sind ja die Schnapsjunker in erster Linie — war es eine zu gefährliche Kompagnie, daß das Reich den Trug in Verwaltung nehmen solle, der bisher uneingeschränkt ihnen allein zur Verfügung stand. Das Reichsmonopol wollte ja reichlich und überreichlich die Schnapsbrenner entschädigen, versprach auch, ihnen all die bisherigen Vorteile sogar auf ewige Zeiten zu sichern — aber die Junker sind kraftbewußt genug, um auf diese Staatshilfe verzichten zu können. Sie wissen ja, daß sie selbst der Staat sind, daß sie die Gesetze machen können wie es ihnen beliebt und der Blockschwindel von 1907 ihre Macht nur noch stärkte, indem ihnen der Liberalismus noch zu 25 Reichstagsmandaten verhalf. Daß schließlich selbst dem auch! so duldsamen Liberalismus der Atem ausging, als die Junker auf ihr Herrenrecht pochten, ändert nichts daran, daß ohne die von ihm den Konservativen gegen uns geleistete Hilfe der neue Block unmöglich gewesen wäre. Jetzt ist das Ach- und Wehgeschrei der Freisinnigen zu spät — wie es in der Steuerkommission zu spät war als die Konservativen den alten Block wegen der Branntwein-Liebesgaben sprengten.

So wie das bisherige Gesetz bringt der neue Branntweinsteuerentwurf jene unverdächtige Ausplünderung der Bevölkerung durch das sogenannte Kontingent, das heißt: die Branntweinsteuer ist für einen Teil des erzeugten Spiritus niedriger — und zwar wie früher um 20 M. für das Hektoliter —, so daß die Steuerniedrigung für diesen Teil den Produzenten zugute kommt. Nach den amtlichen Mitteilungen in der Kommission sind im Betriebsjahr 1907/08 im ganzen erzeugt worden 3 1/2 Millionen Hektoliter Spiritus, davon 2 1/2 Millionen Hektoliter innerhalb der für die Steuerdifferenz gezogenen Grenze, so daß also 46 Millionen Mark als Kontingent, das einst der Abg. v. Wedell-Walshow mit unbewußter Ironie als „Liebesgabe“ bezeichnet hat, den Brennern zufließen.

Um diese 20 M. Liebesgabe war in der Kommission der grimmige Streit entbrannt, der schließlich zur Sprengung des Blocks führte. Die Freisinnigen demütigten sich auch hierbei wieder bis zur Selbstverleugnung. Obwohl gerade Eugen Richter zu den eifrigsten Bekämpfern des Liebesgabenunfugs gehört hatte, obwohl in allen freisinnigen Programmen und Wahlaufzügen feierlich betont wird, daß die Kontingentprellerei fallen müsse — in der Kommission rutschten die Freisinnigen auf den Knien den Junkern entgegen und verlangten beileibe nicht die sofortige Beseitigung des ganzen Kontingents, sondern nur eine Herabsetzung von fünf zu fünf Jahren von 20 auf 15, 10 und auf 5 M. Wie stets mußte der Erfolg dieses kompromisselnden Entgegenkommens nur der sein, daß den Konservativen nun erst recht der Rumm schwoll, als sie sahen, daß der Freisinn nicht einmal den Mut hatte, bei seiner grundsätzlichen Forderung zu beharren.

Und nun machten die Junker gleich reinen Tisch: sie beschloßen mit Hilfe des Zentrums, der Polen und der Wirtschaftlichen Vereinigung, daß nicht allein die vollen 20 M. ihnen zugute kommen sollen, sondern daß diese schöne Einrichtung auch für die Ewigkeit dauernd gesetzlich festgelegt wurde. Die Steuer, die bisher 70 M. betrug — für den Kontingentsspiritus also nur 50 M. — wurde auf 125 M. resp. 105 M. erhöht. Der Spiritus, der einen Wert von 40 bis 45 M. pro Hektoliter hat, ist also nach dem neuen Entwurf mit dem dreifachen Betrage seines Wertes, mit 125 M. Steuer belastet! Damit aber noch nicht genug! Der Branntweintrinker bekam noch mehr neue Lasten aufgebürdet! Beschlossen wurde eine sogenannte Betriebsaufgabe, die von 4 bis 14 Mark pro Hektoliter, je nach der Größe der Brennerei, erhoben wird. Man rechnet dadurch auf 30 Millionen Mark Einnahmen. Diese sollen dazu dienen, um den denaturierten Spiritus der für Brenn- und Beleuchtungszwecke, auch zum Betriebe von Motoren verwendet wird, zu verbilligen, damit der Abfall dieses denaturierten, oder wie er jetzt amtlich getauft ist: „vergällten“ Spiritus gesteigert werden kann. Letzteres erscheint den Brennereibesitzern sehr notwendig, da sie doch befürchten, daß die Verteuerung des Branntweins den Verbrauch etwas schmälern könnte. Nun ist gewiß die

Verwendung des Spiritus für technische Zwecke sehr loblich. Daß sie aber auf Kosten der Armen der Armen, nämlich der Branntweintrinker, gefördert werden soll, gehört zu jenen Ausgeburten rücksichtsloser Vergewaltigungspolitik, wie sie nur ein Junkerstaat zeitigen kann. Denn daß diese 30 Millionen Betriebsaufgabe nicht von den Vertrieben getragen, sondern von diesen auf die Branntweinkonsumenten abgewälzt werden, ist ganz selbstverständlich; sie werden genau so wirken, als ob die Steuer auf Trinkbranntwein noch um 30 Millionen Mark höher wäre, als sie ohnehin schon ist.

Auch daß der von den Schnapsjunkern diktierte neue Entwurf ihnen besonders zum Vorteil gereicht, gehört zu den selbstverständlichen und gewollten Folgen des neuen Bundes zwischen Konservativen und Zentrum. Das letztere hat zwar wiederholt die Liebesgabenpolitik als verwerflich getadelt — aber stets nur dort, wo es die Arbeiter und Bauern damit betrügen will; im Reichstage hat es stets für die Liebesgaben gestimmt. Aber festgenagelt sei doch auch hier, daß in einer vom katholischen Volksverein herausgegebenen Broschüre: „Die Steuerpolitik des Zentrums“ es auf Seite 3 ausdrücklich heißt, das Zentrum habe sich vergeblich bemüht, „den Unfug der Branntweins Liebesgabe abzuschaffen“. Welch widerliche Heuchelei!

Daß es die preussischen Junker in erster Linie sind, welche von der Liebesgabenpolitik den Hauptvorteil ziehen, beweist die neue amtliche Statistik über die Verteilung des Kontingents deutlich genug. Das Gesamtkontingent aller Brennereien betrug 23 Millionen Hektoliter; davon entfielen auf landwirtschaftliche Brennereien 21 Millionen Hektoliter, also 90 Proz. und von diesen kamen allein auf die Brennereien Ostpreußens 15 Millionen Hektoliter, das sind 65 Proz. aller Brennereien und 71 Proz. der landwirtschaftlichen!

Deshalb sind auch diese Schnapsjunker gegen eine allzu hohe Steigerung der Branntweinsteuer, weil sie fürchten, der Verbrauch könne sich verringern! Haben sie doch als Gegengewicht eine Vorseuerung der alkoholfreien Getränke beantragt! Die Verteuerung des Branntweins würde freilich die Hauptquellen der Alkoholvergiftung nicht verstopfen! Die schlecht ernährten, überarbeiteten Volksmassen, die im Schnaps Vergessenheit ihres Glends suchen, sie werden durch jede Verteuerung des Branntweins nur noch mehr verelendet werden. Denn getrunken wird von ihnen nach wie vor, solange dieselben wirtschaftlichen Ursachen sie dem Schnapssteufel ausliefern. Aber je teurer der Schnaps, um so geringer das ihnen für Ernährung übrig bleibende Geld; und die Folge davon: noch schlechtere Nahrung und dadurch noch größeres Bedürfnis nach Schnaps. Wenn die Junker wieder von der segensreichen Wirkung der Branntweinsteuererhöhung für die Bekämpfung der Trunksucht reden wollten, muß man ihnen ins Gesicht lachen. Uebrigens haben ihre autoritativen Vertreter niemals sich gegen den Schnapsverbrauch ausgesprochen, sondern dafür. Es sei daran erinnert, daß im Jahresbericht für 1903/4 die Zentrale für Spiritusverwertung schrieb:

„Eine in ihren letzten Wirkungen allerdings wenig erfreuliche Entlastung dürfte im Rückgang des Verbrauches liegen.“

Unser Unternehmen hat sich zwar niemals das Ziel gesetzt, den Verbrauch von Branntwein zu Trinkschanden zu fördern. Das Brennereigewerbe hat aber auf der anderen Seite keineswegs das Interesse, den Absatz auf diesem Gebiete herabzudrücken.“

Und in der „Konservativen Korrespondenz“ vom September 1905 hieß es gegenüber den Abstinenzern zur Lobpreisung des Schnapses:

„In unseren veredeltesten Kulturverhältnissen sind wir weniger als je in der Lage, immer gerade dann auszurufen, wenn wir möchten. Die Reizmittel sind daher notwendig, gleich wie bei einem gut gefütterten Pferde die Peitsche oft notwendig ist, damit die aufgespeicherte potentielle Energie in dem Momente in Arbeit umgesetzt werde, wo es sonst nicht mehr geschehen würde.“

Diese Peitsche verwenden die Gutsherren ja mit Vorliebe, um ihre Landarbeiter bis zur Erschöpfung anzutreiben! Wir sehr die Junker auch die Bauern in der Gewalt haben, dank der reaktionären Verwaltungsorganisation Preußens, beweist ihre Rücksichtslosigkeit gegen die bäuerliche Bevölkerung, die ja mit zu den Hauptkonsumenten des Branntweins gehört und durch die neue Steuer sehr schwer belastet wird. Hat bisher auf dem Liter Branntwein eine Steuer von 24 Pf. gelegen, so steigt sie durch den neuen Entwurf auf 44 Pf. pro Liter! Daran werden auch die Bauern schwer zu tragen haben! Aber die Verwaltungsmaschinerie sorgt schon dafür, daß der Bauer gegenüber dem Landrat nicht mucken darf und daß der Großgrundbesitzer auch ohne Landratsstiel dieselbe Macht über die Bauern ausübt.

So wird denn zu den alten Lasten auch diese neue den ärmsten Volksschichten aufgebürdet, wenn es dem neuen Block gelingt, die Vorlage im Reichstage durchzusetzen. Daß sie für jeden, der nicht ein Volk sein ist, in jeder Form unannehmbar sein muß, braucht nicht erst noch bewiesen zu werden; die geschilderten Schönheiten des Entwurfs — und es gibt deren noch viel mehr als hier erörtert werden können — sprechen für sich selbst.

Wie bei der ganzen Finanzreform gibt es für unsere Partei nur die eine Parole, zu der wir uns bisher stets ohne Zögern bekant haben:

„Diesem System reinen Groschens!

Das neue Kompromiß.

Die Durchbreitung der Finanzreform macht rasche Fortschritte. In einer Dauer Sitzung hat heute der schwarze Block die Tabaksteuererhöhung vollendet, die das gesamte arbeitende Volk als Konsumenten schwer belastet, über zehntausende Arbeiter als Produzenten die Not der Arbeitslosigkeit verhängt und Tausende von kleinen Händlern mit Bankrott bedroht. Bei der Regierung finden die Pläne des schwarzen Blocks natürlich keinen Widerstand und die Liberalen können sich zu einem energischen Widerstand nicht aufraffen.

Die Verhandlungen zwischen der Regierung und dem schwarzen Block nähern sich ihrem Ende. In der Besprechung, die heute vormittag zwischen den Regierungsvorstellern — Fürst Bülow soll sich vollständig passiv verhalten und den Dingen ihren Lauf lassen — und den Mitgliedern des Zentrums, den Konservativen und der Reichspartei stattfanden, sind die Einzelheiten des neuen Kompromisses so ziemlich festgelegt worden. Die Grundlagen sind, wie uns mitgeteilt wird, die folgenden: Der schwarze Block bewilligt die gesamten 500 Millionen Mark. Auf neue Ertragsteuern wird verzichtet. 397 Millionen sollen die indirekten Steuern bringen. Der Block verzichtet auf die Mühlenmehlssteuer und den Kohlenausfuhrzoll, dagegen bleibt die Parfümeriesteuer. Die Besteuerung der Feuerversicherungsprämien, die in der Kommission fast von allen Parteien abgelehnt worden war, soll wieder beschlossen werden. Doch soll eine Ermäßigung des Betrages eintreten, so daß die Steuer anstatt der geplanten 35 Millionen nur 20 Millionen Mark bringen würde. Die anderen Ertragsteuern, also die Effekten-, Wechsel- und Scheckstempelsteuer sollen nach der Fassung der Finanzkommission Gesetz werden. Die Abschaffung der Fahrkartensteuer unterbleibt, ebenso unterbleibt die Ermäßigung der Zuckerversteuer. Die Patrimonialbeiträge sollen auf 80 Pf. erhöht werden und somit eine Mehrernte von 25 Millionen Mark bringen.

Am interessantesten ist, was über die Rotierungssteuer verlautet, die der Kanzler und die Verbündeten Regierungen auch nach dem bereits vollzogenen Umfall als durchaus unannehmbar bezeichnet haben. Die Steuer soll auf die Hälfte ermäßigt werden und ein Teil der neuen Steuer zunächst nur für drei Jahre Gesetzeskraft erhalten. Während dieser Zeit soll die Regierung eine Wertwachstumssteuer auf mobiles als auch auf immobilies Kapital vorbereiten. Diese neue Rotierungssteuer soll einen anderen Namen bekommen, um den zweiten Umfall der Verbündeten Regierungen zu erleichtern.

Bei all diesen Kompromißverhandlungen spielen die indirekten Steuern keine große Rolle, weil die gegenwärtige Rumpfreierung und der schwarze Block in diesen Fragen sich in gleicher Gewissenlosigkeit begegnen. Nur die Rückherabsetzung der Zuckerversteuer, die vom Reichstage beamtlich beschlossen und von der Regierung nach der Erledigung der Finanzreform feierlich zugesagt worden ist, findet eigentlichen Widerstand bei den Agrariern, deren Interesse einmal ausnahmsweise an die Herabsetzung einer indirekten Steuer geknüpft ist. Größere Schwierigkeiten machen nur die Besitzsteuern. Ramentlich das Zentrum kämpft für die Rotierungssteuer in alter Höhe und sperrt sich noch gegen den endgültigen Abschluß des Kompromisses. Ihm kommt heute die „Deutsche Tageszeitung“ zu Hilfe mit folgender Drohnote:

„Wie verlautet, setzt der Bundesrat allen Versuchen, das mobile Grohkaptial und die Börse in wicklamer Weise zu den neuen Lasten des Reiches heranzuziehen, einen Widerstand entgegen, der in einem bezeichnenden Gegenlage zu der Bereitwilligkeit steht, mit der die Verbündeten Regierungen durch die Erbschaftsteuer und den Stempel auf Feuerversicherungsquittungen den immobilien Besitz belasten wollten. Wir vermögen bis auf weiteres doch noch nicht zu glauben, daß dieser Widerstand von Dauer sein wird. Nicht nur die Mehrheit des Reichstages ist der Ansicht, daß auf dem Gebiete des mobilen Kapitals die wirtschaftlich unbedenklichen und sozial gerechten Besitzsteuern zu suchen sind; man würde es auch im Volke nicht verstehen, wenn der Bundesrat die Börse und das Grohkaptial für sakrosankt ansehen wollte! Und die Verbündeten Regierungen würden eine sehr schwere Verantwortung auf sich laden, wenn sie deswegen das Zustandekommen der ganzen Reichsfinanzreform erschweren oder gar gefährdeten.“

Wir zweifeln nicht daran, daß diese Drohnungen, wie ja bei dem Charakter der Regierung auch nicht anders möglich, den gewünschten Erfolg erzielen werden.

Wenn es nach den Plänen des Schnapsblocks geht und wenn die Liberalen auch jetzt noch sich zu keinem energischen Widerstande aufzuraffen vermögen, dann wird die Finanzreform bis nächsten Donnerstag erledigt sein. Man kann nur hoffen, daß die Rotierungssteuer recht ausgiebig ausfällt, denn nur dann, scheint es, würden die Liberalen zu einigem Widerstand bereit sein. Die indirekten Steuern sind ihnen ja nicht des Kampfes wert.

Das passive Verhalten der liberalen Opposition findet übrigens in ihrer eigenen Presse keine Billigung. Die „Frankf. Jtg.“ gibt unsere Mahnungen wieder, der Durchbreitung der Finanzreform endlich Widerstand zu leisten, und bemerkt dazu:

„Auch wir sind der Ansicht, daß die Linke eine überstürzte Verabschiedung der Finanzreform nicht durch Passivität fördern oder auch nur dulden darf. Dazu sind die Vorlagen, um die

es sich hier handelt, zu wichtig und für die gesamte Volkswirtschaft zu gefährlich. Die Linke muß deshalb eine ernsthafte und sachliche Beratung verlangen, und zwar um so mehr, als ein großer Teil der Steuerprojekte gar nicht genügend durchdacht und zur Erledigung noch völlig unreif ist. Natürlich wird der schwarze Block ein solches Verlangen der Linken mit der ihm eigenen Gedanklosigkeit sofort als Obstruktion übersehen und sich diskreditieren lassen; die Linken müßte also derart sein, daß man im Lande allgemein sieht: die Linke treibt hier keine unparlamentarische Obstruktion, sondern sie lehnt sich lediglich gegen einen steuerpolitischen Schnellsohlereibetrieb. Inwieweit kann man der sozialdemokratischen Anregung durchaus zustimmen?

Die Nachrichten über das neue Kompromiß beweisen, daß der schwarze Block sich ansieht, ein Werk zu vollenden, das für die Arbeiterklasse noch viel drückender ist als selbst die miserable Regierungsvorlage. Die Regierung beugt sich vollständig den Geboten des Zentrums und der Konservativen, obwohl sie genau weiß, daß die Herrschaft der schwarzen Majorität eine freche Usurpation ist, die in dem Moment der Reichstagsauflösung ihr Ende gefunden hätte. Aus Furcht vor der Sozialdemokratie unterlassen die regierenden Jantennamen, zu tun, was nach ihrer eigenen Ueberzeugung ihre Pflicht wäre. Die liberale Opposition aber scheut davor zurück, im Parlament ernstlichen Widerstand zu leisten, und erleichtert dem Schnapsblock seinen Triumph. In den arbeitenden Massen aber, die das Opfer dieser Politik werden, steigt mit jedem Tage die Empörung und Erbitterung über den Verrat, den die bürgerliche Welt an ihren Interessen verübt. Bei den nächsten Wahlen wird den Herren die Rechnung präsentiert werden.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 2. Juli 1909.

Der Tabak muß auch bluten.

Aus dem Reichstag. 2. Juli. Nach dem Bier kam heute der Tabak an die Reihe. Seit der Zeit, als Bismarck auf das Tabakmonopol steuerte, ist bei jedem Steuerbedürfnis der Reichsregierung der Tabak als geeignetstes Besteuerungsobjekt ins Auge gefaßt worden. Man macht dafür geltend, daß der Tabak dasjenige Genussmittel sei, dessen Verbrauch sich am leichtesten, je nach den Mitteln des Verbrauchers, regulieren und einschränken lasse, so daß also eine Steuer auf Tabak am wenigsten drücke. Nun haben sich die nährlichen Steuerfächer, die mit diesem Argument operieren, gar nicht gescheut, auch solche Verbrauchsartikel mit Steuern zu belasten, die dem Volke die unentbehrlichsten Nahrungsmittel sind, wie Brot und Fleisch. Aber obgleich man zugeben kann, daß die Verteuerung von Brot, Fleisch, Milch, Salz und anderen Nahrungsmitteln weit schlimmer ist als die des Tabaks, zeigt sich doch auch bei einer Genussmittelbesteuerung, wie verderblich für das Volkswohl überhaupt die Besteuerung von Verbrauchsartikeln ist. Denn in der Belästigung der Konsumenten erschöpft sich die übele Wirkung nicht. Gerade beim Tabak werden durch die Besteuerung zahlreiche in der Produktion tätige Erzeugnisse schwer geschädigt. Die Verteuerung des Tabaks und der Zigarren wirkt natürlich einschränkend auf den Konsum. Und wie im Laufe der heutigen zweiten Lesung der Tabaksteuernovelle ein Fabrikant, Herr Schmidt-Altenburg, selbst eingestand, werden die Fabrikanten versuchen, der Einschränkung des Konsums nach Möglichkeit dadurch entgegenzuwirken, daß sie die Steuer durch Herabsetzung der Löhne auf die Arbeiter abwälzen. Arbeitslosigkeit und Lohnherabsetzung sind also die Gespenster, die den Tabakarbeitern infolge dieses Gesetzes gleichzeitig drohen.

Unsere Genossen Wollendörfer und Böhle nahmen wiederholt in der Debatte das Wort, um die schwere Gefährdung des Volkswohls durch das Gesetz nachzuweisen und gleichzeitig den sozialdemokratischen Antrag zu empfehlen, der für den Fall der Annahme der Vorlage eine Entschädigung arbeitslos gemachter Arbeiter nach bestimmten Sätzen von 500 M. bis zu 2500 M. vorsieht. Der schwarze Steuerblock hielt aber auch hier wieder zusammen. Das Gesetz wurde in der Kommissionfassung mit einigen von der Regierung vereinbarten Änderungen gegen die Sozialdemokraten und Liberalen angenommen. Nur so viel hat die Sozialdemokratie zugunsten der Arbeiter erreicht, daß das Zentrum nach altem Brauch eine Abschwächung des sozialdemokratischen Entschädigungsantrages einbrachte, der nach Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages auch unter Zustimmung unserer Partei mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Morgen Branntweinsteuer.

Die liberalen Oppositionshelden.

Die rechtsnationalliberale „Magdeburger Zeitung“ bemerkt zu der famosen Erklärung Bethmann-Hollwegs:

Die Versicherung über ungestörte Harmonie zwischen dem Reichskanzler und dem Bundesrat wird kaum den Erfolg haben, alle Zweifel aus der Welt zu schaffen, da die etwas brutale Tatsache bestehen bleibt, daß der Kanzler über eine Finanzreform fällt, die für den Bundesrat unannehmbar ist. Das gibt dieser eigenartigen Kanzlerkrise ihre Bedeutung, daß die nationale Sammlungspolitik des Fürsten Althoff nun Vanterott anmelden muß und der Bundesrat nach 12-jährigen vertrauensvollen Beziehungen zu seinem Vorstehenden die Masse im Verein mit dem Zentrum liquidieren wird.

Es geht wirklich nicht an, hierüber mit der einstimmigen Erklärung des Bundesrats hinwegzukommen, daß die Behauptung einer Meinungsverschiedenheit jeder Unterlage entbehre, ebenso leicht möchte es dem Bundesrat gelingen, durch einstimmigen Beschluß das Blaue vom Himmel fortzukudeln. Es ist unerlässlich, daß der Reichstag sich über diese Frage gründlich ausspricht, die wichtiger als selbst Branntwein- und Tabaksteuer ist.

Das ist ganz die Meinung der Sozialdemokraten und deshalb beantragte Genosse Singer diese Debatte auf die Tagesordnung zu setzen. Es war der Abg. Wassermann, der mit seiner Partei den schwarzen Block dazu verhalf, den Antrag zu Fall zu bringen und so die Durcheinanderung der indirekten Steuern zu erleichtern. Natürlich fehlten dabei auch einige Freistimmige nicht. Man sieht, die nationalliberale Reichstagsfraktion ist noch reaktionärer als die nationalliberale Presse. Der schwarze Block kann sich zu dieser liberalen „Opposition“ wirklich gratulieren.

Diskrete Indiskretionen.

In der Freitagssitzung der Budgetkommission des Reichstags kam vor Eintritt in die Tagesordnung wieder einmal eine Indiskretion zur Sprache. Die offiziellen Sitzungen der Kommission sind in letzter Zeit sehr eingeschränkt und durch sogenannte inter-

fraktionelle Sitzungen ersetzt worden. In diesen nehmen außer sämtlichen Mitgliedern auch die Vertreter der Reichsregierung teil. Der Unterschied zwischen diesen und den offiziellen Sitzungen besteht lediglich darin, daß keine Beschlüsse gefaßt werden können; Vereinbarungen erlangen ihre Geltung erst durch Beschlüsse, die in den ordentlichen Sitzungen herbeigeführt werden. Gegenüber den früher so beliebten Subkommissionen haben jene interfraktionellen Besprechungen für die Geheimnisthümer den Vorteil, daß kein Protokoll gefaßt und in der Hauptkommission kein Bericht erstattet wird.

Da die geheim gehaltenen Vereinbarungen die Vorläufer der Beschlüsse sind, so hat die Öffentlichkeit natürlich ein außerordentliches Interesse daran, zu erfahren, was vereinbart worden ist. So kommt es denn auch, daß zu wiederholten Malen bürgerliche Zeitungen sich Berichte über jene Abmachungen zu verschaffen wußten. Die „Magdeburger Zeitung“ z. B. war kürzlich in der Lage, einen eingehenden Bericht über eine solche Sitzung zu bringen, einen Bericht, der von sehr guter Information zeugte.

Der Abg. Wed. Heidelberg nahm infolgedessen Veranlassung, im Namen seiner Freunde zu erklären, daß von ihnen keiner die „Magdeburger Zeitung“ informiert habe! Dieselbe Erklärung gaben der Reihe nach die Vertreter sämtlicher Fraktionen ab, wobei der Abg. Görke-Brandenburg auch auf wiederholte Indiskretionen der „Ndn. Volkszeitung“ hinwies. Dies gab wieder dem Abg. Erzberger Veranlassung, seinerseits zu erklären, daß er den Mitteilungen der „Ndn. Volkszeitung“ völlig fernstehe, was ja schon daraus hervorgehe, daß er selber in dem betreffenden Artikel am meisten angegriffen worden sei. Das Resultat war schließlich, daß es niemand gewesen sein wollte!

Nach dieser erbaulichen Overtüre behandelte die Kommission die Klasseneinteilung der Städte für die Wohnungsgeldbemessung der Beamten. Der Antrag, München in die erste Klasse zu versetzen, fand Annahme. Im übrigen wurde die Regierungsvorlage nur unwesentlich verändert.

Teufelsmehel in Sachen der Beamtenbefolgung.

Herr Erzberger wird von der „Ndn. Volks-Ztg.“ wie ein dummes Junge abgefanzelt. Das rheinische Zentrumorgan beantwortet die Beschwerde Erzbergers, auch die „Ndn. Volks-Ztg.“ habe sich über die Haltung, die er, Erzberger, bei einer vertraulichen interfraktionellen Besprechung in der Frage der Beamtenbefolgung eingenommen habe, an-schwindeln lassen, mit den massivsten Grobheiten:

Wir haben Herrn Erzberger persönlich geschont, soweit der objektive Tatbestand und das Interesse der Partei dieses zuließen. Der Artikel im „Tag“ aber war, gelinde gesagt, so maßlos ungeheuerlich, und das Verhalten des Herrn E. in den Kommissionen vorbesprechungen ließ solche Deutungen zu, daß er nicht bloß den Unwillen seiner Kollegen und die Entrüstung der Beamten wachrief, sondern auch eine Zurückweisung in der Parteipresse im Interesse der Partei geradezu herausforderte. Man hätte vom Abg. Erzberger deshalb eine andere Erklärung mit weniger Selbstbewußtsein etwa mit der Feststellung erwarten sollen, daß sein Artikel im „Tag“ mißverstanden, daß seine Absicht in den Kommissionen falsch gedeutet worden sei, daß er nichts gesagt und nichts getan habe, was als Unfall hätte ausgelegt werden können. Diese Erklärung vermiffen wir noch. Sie abzugeben hätte ihm auch die jetzt so peinlich gewachte Schweigepflicht nicht verboten und die Öffentlichkeit hätte mehr davon gehabt. Bis dahin müssen wir an unserem Artikel in allem festhalten.

In der Sache handelt es sich darum, daß Herr Erzberger der Regierung zu verstehen gegeben haben soll, daß das Zentrum sich unter Umständen auch an seinen Forderungen für die Beamten mancherlei abhandeln lassen werde. Dies Eingeständnis erklärt die „Ndn. Volks-Ztg.“ für um so tölpelhafter, als ja gerade Erzberger selbst der eifrigste Verfechter der Forderungen für die Beamten gewesen sei und außerdem die Verbündeten der Regierung ein Unannehmbar noch gar nicht ausgesprochen gehabt hätten.

Es will uns scheinen, als ob die „Ndn. Volks-Ztg.“ Herrn Erzberger hauptsächlich deshalb spottet, weil er einen Umfall des Zentrums allzu früh und läppisch angekündigt hat. Die übrigen Herren der Zentrumsfraktion werden denken: so was tut man, aber man sagt es nicht vorzeitig.

Ueber die Schachermachereien mit der Regierung meldet ein anderes Blatt:

„Zwischen der Regierung und Kommissionsmitgliedern aus allen Parteien finden gegenwärtig vertraulich geführte Verhandlungen über die Befolgungsfrage statt, die den Zweck haben, ähnlich wie im preussischen Abgeordnetenhaus eine Plattform zu finden, auf der sich alle Parteien mit der Regierung vereinigen können. Dah dabei nicht alle Wünsche erfüllt werden können, liegt auf der Hand.“

Na also!

Dank für die polnische Hilfe beim Stenerraubzug.

Im Anhang wird die Polizei veranlaßt und zwar wesentlich, um das Polen-tum wirksamer bekämpfen zu können.

Vor einigen Tagen berieten die Geheimräte Laubach und Rössenbeck vom Ministerium des Innern die Bezirke der am 1. Juli in Wirksamkeit tretenden „Königlichen“ Polizeidirektionen in Essen, Bochum und Selsenkirchen, um sich von dem Stande der Einrichtungsarbeiten zu überzeugen und einige wichtige Organisationsfragen mit den beteiligten Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten zu besprechen. Dabei wurde insbesondere auch die Frage der Schaffung einer Zentralstelle für die Ueberwachung der Polenbewegung im Westen bei der Polizeidirektion in Bochum erörtert.

Streit im konservativen Lager.

Die städtischen Konservativen, die zumeist neben Hausagrarern und Mittelhändlern aus Beamten bestehen, haben natürlich an dem Kampf, den der Bund der Landwirte für die Steuerfreiheit der Junfer geführt hat, kein Interesse. Zudem geht der Bund mit dem Zentrum und den Polen ihrer nationalliberalen Ideologie gegen den Strich. Es ist daher kein Wunder, daß in ihrem Reihen sich Opposition gegen die konservative Parteileitung regt. So hat der konservative Verein Groß-Lichterfelde eine Kundgebung erlassen, in der es heißt:

„Der Vorstand verurteilt auf das allerstärkste das Verhalten der konservativen Partei im Reichstage und die von ihr verfolgte Richtung. Er scheidet daher von der jetzigen Parteileitung los. Wir halten es mit wahrhaft konservativen Grundsätzen unvereinbar, daß sich die konservativen Reichstagsabgeordneten in einer Lebensfrage des Reichs, wie die Finanzreform, gegen die Regierung mit den deutschfeindlichen Polen und dem Zentrum verbünden haben. Wir können nicht Verleumdungen unterstellen, die nur dem Zentrum zur Vorberührung verhelfen und zum Sturz des Fürsten Bälou beitragen, wodurch dem Kaiser ein treubewährter, dem Reich ein unerschütterlicher Kanzler geraubt wird. Ueberzeugt, daß Stadt und Land sich in nationaler Opferwilligkeit zusammenschließen müssen, bebauern wir aufs höchste, daß der Bund der Landwirte in kurzfristiger und einseitiger Weise sein Interesse über das des Reichs gesetzt und die Massen in demagogischer Weise bearbeitet hat. Geradegu als ein Verhängnis müssen wir

es aber betrachten, daß die konservativen Reichstagsabgeordneten diesem Einfluß unterlegen sind. Wenn die konservative Partei nicht bald verstehen sollte, sich diesen unheilvollen Einflüssen zu entziehen, dann werden viele bis dahin treu konservative Männer nicht mehr in der Lage sein, der Partei Folgschaft zu leisten.“

Auf diese Kundgebung hat die konservative Parteileitung geantwortet:

„In der Loslösung von der jetzigen Parteileitung erblicken wir, solange diese Parteileitung zu Recht besteht, eine Loslösung von der Gesamtpartei. Wir nehmen hieron Kenntnis und betrachten den unter Ihrer Leitung stehenden konservativen Verein Groß-Lichterfelde nunmehr als aus der Deutsch-konservativen Partei ausgeschieden.“

Also ein Ausschluß aus der Partei in aller Form. Man wird aber abwarten müssen, ob das der Partei, deren rein funktionieller Charakter so deutlich zutage tritt, viel nützen wird. Auch aus anderen Orten kommen ähnliche Kundgebungen, und in Sachsen sind zwei Mitglieder der konservativen Partei, der Landtagsabgeordnete Behrens und sein Fraktionskollege Grumbt, ebenfalls aus der Partei ausgetreten.

Hanseatengeist.

In der letzten Sitzung der Hamburger Bürgerchaft brachte Genosse Paplow eine den Geist der Verwaltung des Gewerbebeschulungswesens charakterisierende Vorschau eines Entwurfs zur Sprache. Der Vorschau war so vermerkt gewesen, vor dem Eingang des Gewerbebeschulungsbauwerks ein bei Auer u. Co. gedrucktes, zum Besuch einer vom Jugendbunde nach dem Gewerkschaftshause einberufenen Versammlung aufforderndes Flugblatt zu verbreiten, in der — wie schrecklich! — die Gefahren des Alkohols mißbrauchs behandelt wurden. Und dieser Tatbestand führte zur Relegation des Vorschlags! In der Debatte, die mehr vom burschlichen als vom Hanseatengeist befeuert war, hatte der Vertreter der betreffenden Deputation gegen die Relegation nichts einzuwenden, denn „in dem Flugblatt wird aufgeführt, Vorträge im Gewerkschaftshause zu besuchen, und es ist bei Auer u. Co. gedruckt“. Ein Entgegenbemerkte sich ob dieser Worte der „echten“ Hanseaten, daß der linksliberale Dr. Petersen und Genosse Stolten nicht zu bannet vermöchten, zumal das Flugblatt auch noch, wie mit Nachdruck hervorgehoben wurde, aufforderte „unserer Blätter, unsere Zeitungen zu lesen“.

Die Vorschau ist also zu „Recht“ erfolgt, womit die Anträge ihre „Erledigung“ fand.

Ausweisung.

Die preussische Polizei hat sich wieder einmal einen ihrer würdigen Streich geleistet. Sie hat den Genossen Fritz Löw, einen Oesterreicher, der in Wien heimathberechtigt ist, als lästigen Ausländer aus Preußen ausgewiesen. Genosse Löw war Abmann des Rixdorfer Bildungsausschusses, einer unpolitischen Körperschaft, die sich mit der Vermittlung von Bildungsvorträgen befaßt. Am 18. März wurde ein Vortrag über die geschichtliche Bedeutung des Tages veranstaltet. Das Referat hatte der Genosse Lebedour übernommen. Durch ein Versehen wurde die Versammlung bei der Polizei zu spät angemeldet. Das gab Anlaß zu einer ausgedehnten Staatsrettungsaktion. Die Rixdorfer Polizei demühte sich schon seit langer Zeit um unsere Genossen. Vor dem neuen Vereinsgesetz bedachte sie den Vorstand des Wahlvereins mit allerlei Fragen über die Wichtigkeit und Genauigkeit der Mitgliederanmeldungen. Nach dem Erlaß des neuen Vereinsgesetzes nimmt sie sich mit besonderem Eifer der Jugendbewegung an. Auch jetzt suchte sie durchaus einen Zusammenhang zu konstruieren zwischen dem Bildungsausschuss und der Jugendbewegung. Besonders der Kriminalwachmeister Hertung gab sich dabei große Mühe. Er erschien in der Wohnung des Genossen Löw und wollte durchaus erfahren, ob nicht Jugendliche im Bildungsausschuss Mitglieder seien. Natürlich erfuhr er nichts. Auch das Amtsgericht in Rixdorf brachte nicht mehr heraus, aus dem einfachen Grunde, weil die Jugendlichen mit dem Bildungsausschuss nichts zu tun haben. Wegen der verspäteten Anzeige erfolgte ein Strafmandat von 10 M. und außerdem die Ausweisung. Genosse Löw ist seit fünf Jahren in Berlin und steht gegenwärtig als Mechaniker bei Goerz in Arbeit. Er ist Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes.

Die Ausweisung aus einer so wichtigen Ursache beweist aufs neue die völlige Rechtslosigkeit des Ausländers in Preußen. Die ausländische Arbeitskraft ist Kapitalisten und Agrariern als Ausbeutungsbjekt gerade recht. In dem Moment aber, wo sich die ausländischen Arbeiter weigern, als Lohnbrüder zu fungieren und anfangen, die Klassenbestrebungen ihrer Genossen zu unterstützen, werden sie der preussischen Regierung lästig und ausgewiesen. Es ist eine Politik, die provozierend und gleichzeitig lächerlich wirkt. Denn wenn das Deutsche Reich nun einmal die Unsturzbestrebungen von 8 1/2 Millionen Sozialdemokraten aushalten muß, so wird es auch durch die paar Hundert Ausländer schließlich nicht erheblich mehr gefährdet. Es ist übrigens zu erwarten, daß über die preussische Ausweisungspraxis auch im österreichischen Parlamente so scharf geredet werden wird, wie kürzlich im italienischen.

Soldaten im Dienste des Duellunfugs?

Dieser Tage brachte das „Berl. Tagebl.“ aus Blankenburg am Harz eine Korrespondenz über ein Duell, in dem der Oberleutnant Zwinger vom Infanterie-Regiment Nr. 165 in Blankenburg von seinem Gegner, dem Oberleutnant Gronier vom Infanterie-Regiment Nr. 61, erschossen wurde. Die Veranlassung zu dem „ritterlichen Zweikampf“ war der Umstand, daß Zwinger sich gegen die Frau Groniers unritterlich benommen haben soll. Das Duell unterscheidet sich also in Begleitumständen und Verlauf nicht von Dutzenden anderer derartiger widerlicher Schacherereien. Wenn wir es doch noch nachträglich erwähnen, so geschieht es um der folgenden Stelle aus der Schilderung:

... Zwei Kerls waren zur Stelle, der Platz war in großem Umkreise von zwei Sektionen Soldaten gesperrt, auf dem Bahnhof Blankenburg stand eine Lokomotive mit einem Vakuumabsauger bereit, in dem dann der Verwundete in das Halberstädter Krankenhaus geschafft wurde. ...

Wir haben erwartet, daß das Kommando des Regiments Nr. 165 oder irgendeine andere beteiligte militärische Behörde dem „Berliner Tageblatt“ sofort eine Verichtigung senden würde, in der die hier wiedergegebene Behauptung über die Rolle der Soldaten bei der Affäre kategorisch dementiert werde. Bis heute ist das aber nicht geschehen! Ist also wahr, daß die Soldaten von ihren Vorgesetzten dazu befohlen werden, Offiziere ungesetzer Juchauer und Störungen vom Seibe zu halten, wenn die Herren dem deutschen Strafgesetz zuwiderhandeln wollen? Die höchste Militärbehörde hatte allen Anlaß, darüber der Öffentlichkeit unverzüglich Auskunft zu geben. Tut sie es nicht, so wird sich der Kriegsminister im Reichstag dazu bequemen müssen.

Eine Reichstagsnachwahl

Nicht für den Wahlkreis Coburg in Aussicht. Der den Kreis seit der letzten Wahl vertretende nationalliberale Abgeordnete Justizrat Quarz ist gestorben. Am den Coburger Wahlkreis ist immer heiß gestritten worden. Ehemals war er ein fester Bestandteil der Freistimmigen, die Siemens und später Beckh-Nürnberg in den Reichstag sandten. Beckh konnte aber nur in der Stichwahl mit sozialdemokratischer Hilfe gemählt werden. Bei der Wahl 1903 wurde der Freistimm aus der Stichwahl gedrängt und unsere Genossen fanden den vereinigten Nationalliberalen und Landwirtebündlern gegenüber, der „Freistimm“ fiel natürlich um; die meisten

seiner Wähler stimmten für den Nationalliberalen, so daß unser Kandidat, Genosse Krüger, Halle, mit 330 Stimmen unterlag. Bei der Hottentottenwahl 1907 gingen die Freisinnigen wiederum mit den Nationalliberalen und Bündlern in der Stichwahl zusammen. Mann für Mann traten die Freisinnigen für den bündlerischen Nationalliberalen ein, der 7852 Stimmen erhielt, während unser Kandidat, Genosse Jietzsch-Charlottenburg, 4780 Stimmen erlangte. Die zwischen der letzten Wahl und heute liegenden Vorkommnisse im politischen und wirtschaftlichen Leben dürften auch auf die bevorstehende Wahl wirken und nicht ohne günstige Folgen für uns bleiben.

Zweierlei Maß.

Zu den Mitteilungen, daß der Bundesrat die Herabsetzung der Zuckersteuer verhindern will, schreibt die „Deutsche Tageszeitung“ entrüstet:

Wir müßten einem solchen Plane auf das entschiedenste widersprechen. Die Herabsetzung der Zuckersteuer ist bedingungslos und feierlich zugesagt worden; und nur diese Zusage der Verbündeten Regierungen hat eine ganze Anzahl von Mitgliedern des Reichstags dazu veranlaßt, trotz schwerer Bedenken der Brüsseler Konvention ihre Zustimmung zu geben. Es müßte das Vertrauen zu feierlichen Regierungserklärungen bedenklich beeinträchtigen, wenn der Bundesrat so leicht von einer derartigen Zusage abgehen wollte. Ein solches Verhalten wäre um so unerbittlicher, als unter einer Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Zuckersteuer nicht nur weitestgehende Landwirtschaft, sondern auch die ganze Bevölkerung zu leiden hätte und es sich hier um einen Konsum handelt, dessen Ausdehnung und Verbreitung im Interesse einer gesunden Volksernährung überaus wünschenswert ist.

Das ist gewiß richtig. Nur daß bei diesen Leuten die Gesamtheit des deutschen Volkes nur dann Berücksichtigung findet, wenn dies im Einklang zu bringen ist mit agrarischen Profitinteressen. Noch wichtiger und unentbehrlicher als der Konsum des Zuckers ist der des Brotes. Da aber hier nicht die Verbilligung, sondern die Verteuerung das Einkommen der Agrarier erhöht, so wehren sich die Brotmischer ohne jede Rücksicht auf die Volksgesundheit gegen die Herabsetzung der Getreidezölle trotz der Hungersnötpreise.

Wirkungslos.

Der „Reichsbote“ hält gegenüber der gestrigen Ablehnung Wetthmann-Hollwegs seine Mitteilungen aufrecht. Er schreibt:

Was über mangelnde Konformität oder Kongruenz im Bundesrat, der notabene nicht etwa einzig und allein im Deutschen Reich über der Kritik steht, bisher mehr angedeutet als spezifiziert wurde, bezog sich darauf, daß über die Würdigung und die Tragweite des Bloßes und der Blockpolitik die Meinungen verschiedentlich auseinandergingen.

Dadurch wurde die Kraft der praktischen Entscheidung gehemmt, vom Bundesrat aus ein konzentriertes Vorgehen mit Parteien des Reichstags dann wirksam werden zu lassen, wenn Gefahr im Verzuge war.

Die feierliche Erklärung hat also den Herren vom Bundesrat nicht einmal bei dem frommen „Reichsboten“ das geringste genügt.

Zur Nachwahl in Neustadt-Landau.

Der Kandidationsausschuß der Freisinnigen Volkspartei hat folgenden Beschluß gefaßt: Wegen der Abmachungen des Bundes der Landwirte mit den Nationalliberalen soll, wenn möglich, ein eigener Kandidat aufgestellt werden. Andernfalls ist strikte Wählenthaltung zu proklamieren. Keinesfalls aber soll die nationalliberale Kandidatur Wahl in irgend einer Weise unterstützt werden.

Wenn das Zentrum herrscht.

In Donaueschingen im badischen Schwarzwald, dem Sitz des Fürsten von Fürstberg, hat bei der letzten Gemeinderatswahl das Zentrum gesiegt. Jetzt soll ein neuer Bürgermeister gewählt werden. Der Zentrumsführer Bauer, Redakteur des katholischen Organes für Donaueschingen, stellte folgende Forderungen für den zu wählenden Bürgermeister auf: Er muß 1. katholisch sein, 2. in katholischer Ehe leben, 3. seine Kinder katholisch erziehen lassen, 4. seinen religiösen Verpflichtungen nachkommen. In letzter Beziehung habe für ihn Fürst von Fürstberg vorbildlich zu sein.

Erfülle der neue Bürgermeister die verlangten Obliegenheiten nicht, würde ihm die Zentrumsmehrheit bei jeder Gelegenheit Opposition machen.

Gründungsfluch.

Der „Nordhaller Grenzboten“, das Organ des bayerischen liberalen Abgeordneten Pfarrer Gründinger, verleiht seiner Unterstützung über das Verhalten von Zentrum und Konservativen gegenüber der Reichsfinanzreform mit folgenden Worten Ausdruck:

Zentrum und Konservative haben die Erbschaftsteuer abgelehnt. Acht Stimmen ist die Mehrheit. Dem Zentrum half die dreifache Kollaterale. Der Teufel fahre mitten hinein in den schwarzblauen Bloß, der das Reich schände in Schulden stecken läßt, der auf den Kongler des Reiches pfeift und für den die kaiserliche Wohnung Luft ist. Und abermals fahre der Teufel mitten hinein in den schwarzblauen Bloß, der sich antideutsch bis an die Knochen zeigt, der und dem Ausland zum Gespött überliefert und der auf die Zinler- und Rittgeldbeutel den Daumen legt und die armen Leute Steuern zahlen läßt. Und zum dritten Male fahre der Satan in die schwarzblauen Bloßblase, die Ministerfärgerei auf Volles Unkosten treiben will, die miteinander einen Eid geschlossen hat, fürs Wohl des Reiches zu arbeiten, die im Verein mit den Judyl und Dmily Schindluder mit dem Staatsgedanken treibt.

Oesterreich.

Gegen die preussische Ausweisungsvorgänge.

Wien, 2. Juli. Im Einlaß des Abgeordnetenhauses befindet sich eine Interpellation des Sozialdemokraten Doetsch über die Behandlung der österreichischen Staatsbürger in Preußen.

Gegen die tschechische Konvention.

Die österreichische Sozialdemokratie sucht das Spiel der agrarischen tschechischen Reaktionen, die um Handelsverträge mit dem Balkan zu hinterreiben, das Parlament arbeitsunfähig machen wollen, zu hinterreiben. Sie hat deshalb heute im Reichsrat neue Dringlichkeitsanträge eingebracht.

Frankreich.

Nachspiel zum Poststreik.

Paris, 2. Juli. Das Zuchtpolizeigericht von Versailles verurteilte zwei frühere Postbedienstete, welche während des Poststreiks mehrere Telegrafeneinrichtungen zerstört hatten, zu je zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis.

England.

Ein politischer Mord.

London, 2. Juli. Gestern schon ein indischer Student auf den Obersten im indischen Hof. Die William Curzon Whitley, tötete ihn und ersetzte einen Arzt aus Schanghai namens Cavallaloca. Der Student wurde verhaftet; man fand zwei geladene Revolver und einen Dolch bei ihm. Oberst Curzon Whitley wurde am Augenblick getötet, als er aus einer von mehreren hundert Studenten besuchten Versammlung der indischen Gesellschaft im Imperial Institute kam.

Der Attentäter ist der 22jährige Hindu Madar Lal aus Dhinagri. Der Mörder wurde am Freitag dem Polizeigericht vorgeführt. Er trug eine gleichgültige Haltung zur Schau, schüttelte auf die Frage, ob er etwas zu seiner Entschuldigung anzuführen habe, den Kopf, erklärte aber, er habe auf den Kopf nur in der Notwehr geschossen, als dieser auf ihn eingedrungen sei.

Türkei.

Ein Verfahren gegen Abdul Hamid?

Konstantinopel, 1. Juli. (Meldung der „Agence Havas“.) Das Kriegsgericht hat die Untersuchung über die Ereignisse vom 13. April zu Ende geführt und beschlossen, Abdul Hamid vor den Staatsgerichtshof zu stellen.

Persien.

Ausbreitung der Revolution.

Teheran, 1. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Zweihundert Bachiaren ziehen aus Rum nach Harid, um sich mit den Revolutionären zu vereinigen. In der Hauptstadt sind sämtliche Bazare geschlossen, die Ministerien haben ihre Tätigkeit eingestellt, die Bevölkerung verläßt die Stadt. Die Stadtwirer Revolutionäre richten an die ausländischen Gesandtschaften einen Protest wegen der russischen Offiziere und der Kosakenbrigade. Sie machen Rußland für das bevorstehende Blutvergießen verantwortlich.

Marokko.

Neue Niederlagen.

Paris, 2. Juli. Nach einer Meldung aus Fes vom 28. Juni haben die Aitussi und die Aitfarhushi die Cherarga bei Sefru südlich von Fes angegriffen. Die drei Mahalla des Sultans wurden in einen Hinterhalt gelockt und erlitten schwere Verluste, vermochten jedoch ihr Lager wieder zu erreichen. Die Angriffe dauern fort. Der Nachschub ist unruhig über einen großen Erfolg, den Mulay Kebir neuerdings über den Skid Jaiani errungen hat, dessen zwei Söhne gefallen sind. Nach einer noch nicht bestätigten Meldung ist Mulay Kebir in Melines eingerückt.

Aus der Partei.

Noch ein letztes Wort zur Affäre der „S. M.“

Es wird und geschrieben: Auf das „letzte Wort“ des Genossen Bebel auch mein letztes Wort. Genosse Bebel fügt seinen früheren Verdächtigungen die neue hinzu, die Verurteilung der „Sozialistischen Monatshefte“ würde, wenn der Parteivorstand die Bücher geprüft hätte, diesen getäuscht haben. Das ist einfach eine niedrige Unterstellung, auf die auch nur einzugehen ich ablehnen muß.

Auch seine Gewährsmänner Elbert und Schmidt sind gezwungen, meine und des Genossen Wolf Darstellung zu bestätigen, daß ich nicht mit der sogenannten „Liste“ von Stadt zu Stadt gereist bin, daß die Liste vielmehr das Verzeichnis der Geldgeber für das Frankfurter Gewerkschaftshaus enthielt und mir von Parteigenossen in Frankfurt gegeben wurde. Diese vertrauenswürdigen Ehrenmänner wissen aber nicht, wen von diesen Herren ich besucht habe. Was sie über meine „Absichten“ auszusagen, sind leere Vermutungen, die ein anfänglicher Mensch ohne Beweise nicht äußern würde. All ihr Gerede widerlegt auch nicht im mindesten das, was ich wahrheitsgemäß behauptete, daß ich von allen diesen Herren nur Charles Hallgarten um eine Unterstützung des Blattes gebeten und von ihm eine solche erhalten habe, und dies unter Hallgartens ausdrücklicher Erklärung, er gehöre keiner Partei an.

Ich muß hier einen Irrtum des Genossen Wolf berichtigen. Nicht Herr Hallgarten hat mir 100 M. gegeben, sondern eine Genossin hatte dies Geld von einer Dame erbeten und erhalten; ich habe es aber zurückgeschickt, weil diese Dame sich vorwiegend der Witwen- und Waisenspflege widmet, und ich das Geld diesem Zweck nicht entziehen wollte. Herr Hallgarten hat mir erst später die 5000 M. überweisen lassen, Genosse Wolf konnte dies damals nicht wissen.

Herr Hallgarten pflegte wissenschaftliche Unternehmungen zu unterstützen im Interesse der Wissenschaft, nicht aus Parteilichkeit. Nicht das geringste spricht dafür, daß er mit der Zuwendung an die „S. M.“ andere Zwecke verfolgte hätte. Die Behauptung, die mehr oder weniger ausgesprochen den Angriffen gegen die „S. M.“ zugrunde liegt, und auf die allein es ankommen kann, daß nämlich Hallgarten durch seine Geldspende die Sozialdemokratie habe korrumpieren wollen, und daß die Leitung der „S. M.“ durch die Annahme die Partei an bürgerliche Gegner verkauft habe, ist eine Verleumdung des verstorbenen Hallgartens und des Redakteurs der „S. M.“, und für sie ist trotz allen Geschreibes des Genossen Dittmann, Elbert, Schmidt und Bebel nicht der geringste Beweis erbracht.

Es mag nunmehr den Lesern überlassen bleiben, sich selber ein Urteil über derartige aus der Luft gegriffene unqualifizierbare Verdächtigungen zu bilden.

W. M. D.

Geschäftsführerin des Verlages der „Sozialistischen Monatshefte“, W. M. D.

Genossin Wundt hat in ihrer Erklärung den Wunsch des Genossen Bebel, keine Rücksichten auf seine Person zu nehmen, sehr beifällig befolgt. Ihre Position und die der „S. M.“ verbessert sie durch die arrogante Anwürfe gegen einen Mann wie Bebel nicht, dazu ist die Distanz zu groß.

Stark an Komik freilich die amnahnende Bemerkung gegen die Genossen Elbert und Schmidt. Sie werden angefahren, weil sie aus der Tatsache, daß sich die Genossin Wundt die Namen mehrerer vermöglicher Bürgerlicher angeben ließ, den Schluß zogen, daß die Genossin Wundt die Absicht hatte, diese Herren um Geld anzugehen. Wenn sie in den Augen der Genossin Wundt vertrauenswürdige Ehrenmänner sein wollten, so hätten sie wohl schließen müssen, daß die Genossin Wundt sich die Namen geben ließ, um nicht versehentlich diese Herren um Geld anzugehen.

Ueberblickt man jetzt die Angelegenheit, so bleibt ein erheblicher Rest, der für den Sozialdemokraten zu tragen peinlich ist. Festgestellt ist nun, daß die „S. M.“ 5000 M. von einem Mann erhalten, der zwar als Ausländer formell keiner Partei angehörte, tatsächlich aber ein Linkliberaler war. Der Versuch, diese Spende mit einer Zuweisung einer Gesellschaft für Wohlfahrtseinrichtungen an die Herbergskommission der Frankfurter Gewerkschaften und der Übergabe einer Hypothek an das Frankfurter Gewerkschaftshaus gleichzustellen, kann nicht verlangen. Eine Herberge, ein Gewerkschaftshaus sind nicht Mittel, durch die man Einfluß auf die Theorie und Taktik der Sozialdemokratie gewinnen oder zu gewinnen versuchen kann. Eine sich sozialistisch nennende Zeitschrift aber ist ein solches Mittel. Ob Hallgarten eine solche Einwirkung gewünscht hat, läßt sich natürlich nicht feststellen. Gewiß aber ist, daß ihm die Haltung der „S. M.“ gefallen hat und daß er voraussetzte, daß sie ihm später keinen Grund geben würde, seine Unterstützung zu beauern.

In der Leitung der „S. M.“ hat das Gefühl für diese Tatsache nicht gefehlt. Das zeigt die Ausherrung in der Zusammenkunft in

Frankfurt, die von den Genossen Schmidt und Elbert bestimmt bestanden, von der Genossin Wundt besprochen, vom Genossen Wolf als möglich zugegeben, aber ins Harmlose auszudeuten versucht wird. Diese Deutung ist etwas sehr gesucht. Genosse Wolf gibt dabei selbst zu, daß die liberalen Herren, deren Namen er der Genossin Wundt gab, die „extremen Ansichten unserer linken Flügel“ wahrscheinlich für bekämpfenswert halten. Es liegt also sehr nahe, die Wendung, daß diese Leute „das größte Interesse an der Erhaltung der „S. M.“ haben“, anders zu deuten.

Damit ist der springende Punkt der Angelegenheit erreicht. Das ist der: die Leitung eines Organs, das beständig Kritik an der Taktik und Theorie der Partei übt, hätte vor allem Grund, auch den Schein irgend einer Spur von Abhängigkeit von bürgerlichen Kreisen zu vermeiden. Ganz besonders aber finanzielle Unterstützungen aus solchen Kreisen!

Soziales.

Ein skandalöser Fall von Diensthofensklaverei

Was jetzt Gegenstand einer Verhandlung vor dem Schöffengericht in Dresden. Wegen Nötigung hatten sich die verwitwete Frau Meißig und deren Tochter aus Nadebul bei Dresden zu verantworten. Ein 15jähriges Dienstmädchen, welches bei M's in Stellung war, wurde schlecht behandelt. Das Mädchen vermochte dies nicht auf die Dauer zu ertragen und kündigte deshalb die Stellung. Während der Kündigungsfrist kam es, wie schon oft vorher, zwischen der „Dienstherrin“ und dem Mädchen zu Differenzen. Nichts machte das Mädchen nach Ansicht ihrer „Herrin“ mehr gut genug. Außerdem wurde das Mädchen verschiedentlich schikaniert. Bis dem Mädchen eines Tages abermals Vorwürfe über ihre Arbeit gemacht wurden, geriet das Mädchen in eine große Erregung und sagte zur „Herrin“: „Sie treiben es auf die Spitze, das halte ich nicht mehr aus, ich gehe jetzt!“ Das Mädchen begab sich nach ihrer Kammer, schloß sich um und wollte sich bei der Polizei über die Behandlung beschweren. Währenddessen verschlossen aber die beiden Angeklagten die Haustür, damit das Mädchen an der Ausführung des Planes verhindert wurde. Das Mädchen verlangte die Öffnung. Sie wurde mit dem Hinterteil verweigert, daß es lieber an die Arbeit gehen sollte. Wegen dieser Gefangenhaltung geriet das Mädchen begreiflicherweise in eine große Erregung. Es rüttelte an der Tür und verlangte wiederholt, hinausgelassen zu werden; jedoch umsonst. Die Erregung des Mädchens steigerte sich immer mehr und artete schließlich in Schreien und Toben aus. In ihrer Verzweiflung lief das Mädchen die Treppe hinauf, bestieg das Dach und sprang auf die Straße, um in die Freiheit zu gelangen. Mit schweren Verletzungen und bewußtlos blieb das Mädchen liegen; es mußte in das Krankenhaus übergeführt werden. Das unglückliche Mädchen hat jetzt, nach vier Monaten, noch schwer unter den Folgen des Verzweiflungssprunges zu leiden. Es kann sich schwer fortbewegen, und es ist zu befürchten, daß es ihr Leben lang unter den Folgen zu leiden hat.

Die Angeklagten wollen, wie sie vor Gericht angeben, nicht gewußt haben, daß das Mädchen zur Polizei gehen wollte. Sie hätten es außerdem für ihre Pflicht gehalten, das Mädchen zurückzuhalten, weil sie verhindern wollten, daß dieses sich ein Leid antut.

Das Schöffengericht erkannte auf — — Freisprechung. Die beiden Angeklagten hätten in „berechtigter Selbsthilfe“ gehandelt. Das Gericht stützte sich dabei auf den § 30 der sächsischen Gefindeordnung, wonach ein Diensthofe die Wohnung der Herrschaft nicht ohne deren Genehmigung in eigener Angelegenheit verlassen darf. Da die Angeklagten nach ihrer Behauptung, der man Glauben beigemessen hat, nichts davon gewußt haben, daß das Mädchen zur Polizei wollte, sei die Herrschaft zur Zurückhaltung des Mädchens berechtigt gewesen. Aber auch subjektiv seien die Angeklagten berechtigt gewesen, das Mädchen zurückzuhalten, weil es sehr aufgeregt war. Auch der Anwalt hatte Freisprechung beantragt.

Das Urteil schlägt gefundem Rechtsempfinden ins Gesicht und schreit geradezu nach endlicher Beseitigung der Gefindeordnungen.

Auch ein Kerzelenflikt.

Der dirigierende Arzt des Kreiskrankenhauses zu Salzwedel, Dr. Appun, geriet mit der hochabigen Oberin des Krankenhauses in Differenzen, die in dem Weshin der Oberin ihre Ursache haben sollen. Die Oberin wandte sich an den Landrat des Kreises Salzwedel. Dieser kündigte schließlich dem Arzt und sorgte für einen Nachfolger. Dessen Weibchen sollte aber nicht lange sein. Denn die Vertragskommission der Kammer wies ihn an, sofort seine Tätigkeit einzustellen und verzögerte außerdem die Freire über das Krankenhaus. Das hat nun zur Folge gehabt, daß das Krankenhaus am 1. Juli geschlossen worden ist. Die Leidtragenden des landrätlichen Eingriffs sind die Kranken.

Die Rechtslosigkeit der Landarbeit

wurde wieder in einer Verhandlung dargelegt, die vor dem Schöffengericht in Krosen a. O. stattfand. Angeklagt war ein Vorarbeiter, der dem Besitzer des Rittergutes Lammendorf und gleichzeitigen Amtsvorsteher bei der Festnahme Widerstand geleistet und auch noch mißhandelt haben sollte. Der Angeklagte sagte aus, daß er für das Gut etliche Arbeiter besorge und diese kontraktlich gegen eine besondere Vergütung zu beaufsichtigen gehabt habe. Eines Tages hätte er seinen Lohn, wohl aber die Auforderung erhalten, selbst mitzuarbeiten. Das habe er nicht getan, weil es kontraktlich anders ausgemacht gewesen wäre. Da sei der Gutsinspektor gekommen, um ihn zu verhaften. Natürlich habe er sich in Wahrung seines Rechtes geweigert, mitzugehen. Nicht lange danach wäre der Gutsbesitzer selbst gekommen, um die ungerechte Handlung vorzunehmen. Das hätte ihn aber nicht abgehalten, von neuem sein Recht zu wahren. Doch hätte ihn der Gutsbesitzer nun ohne weiteres am Halse gewürgt und gefesselt, so daß er in der Notwehr nun zur Selbstverteidigung habe greifen müssen. Der Gutsbesitzer suchte natürlich die Sache anders darzustellen und meinte zur Rechtfertigung seines Vorgehens dem Vorarbeiter gegenüber, daß dieser nicht zum Aufseher zu brauchen gewesen wäre, außerdem auch seine Leute „aufgewiegelt“ hätte. Er habe bei dem Aufsprechen der Verhaftung nur die Hand auf die Schulter des Vorarbeiters „gelegt“, und das schon habe diesen veranlaßt, auf ihn einzudringen. Im übrigen war an seiner Aussage noch bemerkenswert, daß er mit einem aus einer eisernen Lanze gefertigten Stab nach dem Haupte der Schnitter gegangen ist! Ob er ihn gebraucht hat, konnte nicht festgestellt werden. Die übrigen Zeugenangaben ergaben, daß sich der Gutsinspektor mit in den Streit einmischte und mit einem Revolver bewaffnet war; daß er den Vorarbeiter schließlich aus der Stube gewürgt und gefesselt hat, daß dieser aber von seinen Kameraden wieder befreit und mit fortgenommen wurde, da sie alle die Arbeit niederbeleggt hätten. Die Entlassungszeugen bezeugten, der Amtsvorsteher habe den Vorarbeiter an der Gurgel gepackt, und dessen „Ausweisung“ hätte darin bestanden, daß er zu seinen Kameraden auferste: Er höhe, da die Forderung, mitzuarbeiten, gegen den Kontrakt sei, wer mit wolle, solle mitkommen. Sie hätten jedoch erst nach dem Streik die Arbeit niedergelegt, und zwar aus Angst. Der Amtsvorsteher beantragte darauf nicht weniger als drei Monate Gefängnis. Dem schloß sich der Vertreter des als Nebenkläger zugelassenen Gutsbesizers an und beantragte außerdem noch eine Geldbuße von 200 M. Der Verteidiger kennzeichnete das Vorgehen des Gutsbesizers mit Recht als unerlaubt und geschwürdig. Der Angeklagte brauchte sich diesen Eingriff in seine persönliche Freiheit nicht gefallen zu lassen, und bei Freiheitsberaubung könnte sich jeder Bürger des Angriffs erwehren. Im übrigen habe er gegen den Gutsbesitzer und den Inspektor Strafantrag, wegen Körperverletzung gestellt. Er beantragte Freisprechung. Seinen Deduktion schloß sich das Gericht an. Der Angeklagte wurde freigesprochen, die Kosten hat die Staatskasse zu tragen.

Treffliche Zustände: Der Gutsbesitzer und der Gutsinspektor begehen rechtswidrige Handlungen. Nicht sie, sondern der in einem Recht schwer verletzte Vorarbeiter wird angeklagt.

Gewerkschaftliches.

Die Krise in der britischen Kohlenindustrie.

London, 30. Juni. (Eig. Ber.)

Am 1. Juli tritt das Achtstundengesetz für Bergleute in Kraft; allein soweit man im gegenwärtigen Augenblicke urteilen kann, wird es nur durch schwere und umfangreiche Kämpfe zur Geltung gelangen. Die Ursache dieser Kämpfe läßt sich in wenigen Worten erklären: Die Bergbesitzer versuchen, die Kosten des Achtstundengesetzes auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen.

Den Mittelpunkt des Kampfgebietes bildet Südwales mit seinen reichen Kohlenfeldern, die 190 000 Bergleute und Hilfsarbeiter beschäftigen und etwa 40 Millionen Tonnen Kohle jährlich fördern im Werte von 18 Millionen Pfund Sterling. Etwa 25 Prozent der südwalisischen Kohlenförderung ist zur Ausfuhr bestimmt.

Die Arbeitsverhältnisse in diesem Gebiete wurden in den letzten Jahren durch einen Einigungsamtsvertrag reguliert, der noch bis zum 31. Dezember 1909 zu laufen hatte. Dem Vertrage gemäß betrug die Arbeitszeit 54 Stunden pro Woche. Das Achtstundengesetz, das dem parlamentarischen Druck der Bergarbeitervertreter zu verbanen ist und das die wöchentliche Arbeitszeit auf 48 Stunden festsetzt, tritt aber schon am 1. Juli, also sechs Monate vor Ablauf des Einigungsamtsvertrages, in Kraft. Die Bergbesitzer verlangten von den walisischen Bergarbeitervertretern, daß sie bei der Regierung dafür eintreten, die Inkraftsetzung des Achtstundengesetzes bis zum 1. Januar 1910 zu verschieben, um inzwischen über den Abschluß eines neuen Vertrags unterhandeln zu können. Dieses Verlangen wurde von den Bergleuten abgelehnt. Hierauf ließen die Bergbesitzer am 1. Juni den Arbeitern die einmonatige Kündigung zugehen, da das am 1. Juli in Kraft tretende Achtstundengesetz die bestehenden Verträge heftige und beide Parteien von ihren Verpflichtungen entbinde. Diese Begründung der Kündigung war aber nur ein Vorwand, denn wie es sich bald zeigte, machten die Bergbesitzer den Versuch, die Arbeitsverhältnisse zuungunsten der Arbeiter zu ändern. Sie stellten eine ganze Reihe von Forderungen auf, von denen die beiden folgenden die wichtigsten sind:

1. Einführung von Doppelschichten oder Erhöhung der Arbeiterzahl von zwei auf drei Mann in jeder Abbaustrecke;
2. die 60 Ueberstunden, die das Achtstundengesetz im Jahr gekostet, so zu verteilen, daß regelmäßig je einen Tag der Woche neun Stunden gearbeitet werden soll, während die noch bleibenden acht Stunden für besondere dringende Fälle zu reservieren sind.

Die Bergbesitzer verlangten auch die Zustimmung der Arbeiter zu einer Lohnherabsetzung entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit, aber sie stellten vorläufig diese Forderung zurück, um vorerst eine Einigung betreffend Doppelschichten und Ueberstunden zu erzielen.

Seit der Kündigung fanden fortgesetzt Konferenzen der Bergbesitzer und Bergleute statt. Bei diesen Konferenzen sind folgende Auseinandersetzungen: der südwalisischen Bergleute in Cardiff und der Führer des Verbandes der britischen Bergleute in London. Aber alle diese Konferenzen waren die Folge der Schwierigkeiten, die der Einführung des Achtstundentages entgegengekehrt wurden. Soweit bei Niederschrift dieser Zeilen bekannt ist, sind die Konferenzen erfolglos geblieben.

Die Bergleute lehnten die Forderungen der Bergbesitzer ab. Sie erklärten: Doppelschichten oder Erhöhung der Arbeiterzahl in jeder Abbaustrecke würden erstens die Gefahren und die Unfälle in den Gruben erhöhen und würden auch zur Ueberproduktion und deshalb zu Lohnherabsetzungen führen. Und was die 60 Ueberstunden betrifft, so seien sie vom Gesetze nur als Ausnahmen, aber nicht als Regel vorgesehen worden. Wäre es die Absicht der Gesetzgeber gewesen, einen Tag der Woche regelmäßig neun Stunden arbeiten zu lassen, so würden sie das im Gesetze gesagt haben. Die Bergleute seien bereit, neue Verträge abzuschließen und etwaige Differenzen dem Einigungsamte vorzulegen, aber am Achtstundengesetz dürfe nicht gerüttelt werden. Die Forderungen der Bergbesitzer seien aber nur darauf berechnet, die Vorteile, die das Achtstundengesetz den Arbeitern bringen könnte, illusorisch zu machen.

Demgegenüber sagen die Bergbesitzer: wir wollen Herren im Hause bleiben und unsere Betriebe so einrichten, daß sie rentabel sind. In den meisten der südwalisischen Gruben würde die effektive Arbeit nur höchstens 6 1/2 Stunden pro Tag währen, wenn das Achtstundengesetz so angewandt würde, wie die Bergleute es wünschen.

Bei der letzten gemeinschaftlichen Konferenz zwischen den Vertretern der Bergbesitzer und der Bergleute beantragte der schottische Bergarbeiterführer Emillie, daß die Bergbesitzer die Kündigung bis zum 31. Juli verschieben. Der Antrag wurde von den Bergbesitzern abgelehnt.

Am 18. Juni hielten die walisischen Bergleute eine Konferenz in Cardiff ab, die von 278 Delegierten besucht war. Die Verhandlungen wurden unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt und betrafen die oben erwähnten zwei Forderungen der Bergbesitzer, betreffend Doppelschichten und 60 Ueberstunden. Die Delegierten nahmen einstimmig folgende Resolution an:

„Die Konferenz kann — trotz ihres Wunsches, den industriellen Frieden in den südwalisischen Kohlenfeldern aufrechtzuerhalten — die Vorschläge der Bergbesitzer nicht annehmen. Sie ist fernher der Ueberzeugung, daß die Vorschläge der Arbeitervertreter betreffend eine Regelung dieser Frage so weitgehend sind, daß weitere Konzessionen nicht gemacht werden können.“

Sollten die Bergbesitzer zum Mittel der Aussperrung greifen, so müßte die Konferenz des Verbandes der britischen Bergleute, die jetzt in London tagt, instruiert werden, die Anwendung der Sektion 20 zu beschließen.“

Sagung 20 des Verbandes der britischen Bergleute lautet: „Wenn irgendeine Distriktsorganisation in Lohnfragen angegriffen wird, so sollen alle Mitglieder des Verbandes die Kündigung einreichen, falls eine zu diesem Zwecke einberufene Konferenz einen derartigen Schritt billigt.“

Die südwalisischen Bergleute verlangen also vom Verband, daß eine Aussperrung in Südwales mit einem allgemeinen Streik der britischen Bergleute beantwortet werden soll.

Am 29. Juni nahmen die Delegierten des Verbandes in London den Bericht der südwalisischen Konferenz (von Cardiff) entgegen und faßten folgenden Beschluß:

„Nachdem wir den Bericht von Südwales gehört haben, der den Konflikt über die Inkraftsetzung des Achtstundengesetzes behandelt, billigen wir die Haltung der südwalisischen Konferenz gegenüber den Bergbesitzern betreffend die Forderung, ihnen in bezug auf Schichtenzahl und Ueberstunden vollständig freie Hand zu lassen, und wir empfehlen den Arbeitern, im Falle einer Aussperrung der südwalisischen Bergleute die Sektion 20 zur Ausführung zu bringen. Um den Distrikten Gelegenheit zu geben, die Empfehlung zu besprechen und eine Abstimmung darüber zu veranstalten, vertagt sich die Konferenz bis zu einem bestimmten Datum im Monat Juli, an dem die Taktik des Verbandes definitiv festgesetzt wird, wobei zu bedenken ist, daß die Taktik davon abhängt, ob die südwalisischen Bergbesitzer

die Zustimmung zu einer erheblichen Lohnherabsetzung verlangen werden.“

In dem Konflikt sind demnach folgende Faktoren zu beachten: 1. Der Konflikt in Südwales, der sich hauptsächlich um Doppelschichten oder um Erhöhung der Arbeiterzahl in jeder Abbaustrecke, dann um die Ueberstunden dreht; 2. die Stellungnahme des ganzen Verbandes der britischen Bergleute, die aber davon abhängt, ob die südwalisischen Bergbesitzer eine Lohnherabsetzung durchsetzen wollen, denn nur in einem derartigen Falle könnte die Sektion 20 zur Ausführung gelangen, also ein allgemeiner Streik der britischen Bergleute herbeigeführt werden.

Außer dem Konflikt in Südwales, wo es sich um das Achtstundengesetz handelt, bestehen Lohnschwierigkeiten in den Bergwerksdistrikten in Schottland: die Bergbesitzer wollen den Tagelohn um 12,5 Proz. herabsetzen.

Arthur Henderson, der Führer der Arbeiterfraktion, sprach gestern in der Provinz in einer öffentlichen Versammlung über den Konflikt in der Kohlenindustrie. Er sagte:

„... Meiner Ansicht nach sind die Ansprüche der Bergbesitzer derartig, daß sie den Verdacht rechtfertigen, sie seien darauf gerichtet, das Achtstundengesetz illusorisch zu machen. Kommt es zu keiner Einigung, so wird man daraus den Schluß ziehen müssen, daß der Geist des Entgegenkommens und der Versöhnlichkeit, der seit Jahren in der Kohlenindustrie herrschte, rasch zu Ende gehe. Ich möchte besonders hervorheben, daß, wenn der Kampf einmal ausbricht, es schwierig sein dürfte, ihn auf die Kohlenindustrie zu beschränken. Es ist wesentlich, daß sich die ganze organisierte Arbeitererschaft hinter die Bergleute stellt, und ich glaube, das wird auch geschehen, wenn die Arbeiter die drohende Haltung der Bergbesitzer begreifen.“

Berlin und Umgegend.

Abwehrmaßnahmen gegen die Lohnrückfälle in der Album- und Galanteriewarenindustrie.

In der Album-, Wappen- und Galanteriewarenindustrie haben die Arbeiter und Arbeiterinnen infolge der wirtschaftlichen Krise in besonders starkem Maße unter Lohnrückfällen zu leiden, die um so schwerer zu ertragen ist, als es sich hier immer mehr um Saisonarbeit handelt, die meisten also mit einer Jahr für Jahr wiederkehrenden Zeit der Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Das fortgeschrittene Vordringen einiger Fabrikanten, die Lohnverhältnisse zu verschlechtern, hat bereits im Laufe dieses Jahres zu mehreren Abwehrbewegungen in den einzelnen Werkstätten geführt, und es zeigte sich hierbei, daß, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen gut organisiert sind und fest zusammenhalten, es auch jetzt in der Zeit der Krise wohl möglich ist, der Lohnrückfälle einen Damm entgegenzusetzen. Am Mittwoch fand nun bei Graumann in der Raunpfortstraße eine große Versammlung jener Branchen des Buchbinderverbandes statt, in der der Verbandsvorsitzende Roth über die Aufgaben der Gewerkschaften in der Krisenzeit sprach.

Im Anschluß an den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag Roths sprach Bruck als Vertreter der Branchenleitung über die Mittel, den ungünstigen Einflüssen der Krise auf das Erwerbaleben entgegenzutreten. Er gab zunächst eine Uebersicht über die Lohnherabsetzungen bei einzelnen Firmen und die Abwehrbewegungen, die dagegen geführt werden mußten. Es handelte sich hier hauptsächlich um die Album- und Galanteriewarenfabriken von Georg Weigand, Jean Kästig, Julius Schlunk und Hubert Wunke. Die Lohnabzüge betragen z. B. bei Schlunk 8—40 Proz., und im Durchschnitt 20 Proz. Es kommt in der Galanteriebranche vor, daß ein geschickter Arbeiter bei fast voller Beschäftigung nur 20—21 M. die Woche verdient, also weit hinter dem seinerzeit vereinbarten Stundenlohn von 60 Pf. zurückbleibt. Darum will auch z. B. die Firma Wunke bei Zeitarbeit nicht den Minimallohn zahlen, sondern den Stundenlohn nach dem Aufwandsverdienst des einzelnen Arbeiters berechnen, wobei dann nur zwei oder drei ihrer Arbeiter auf 60 Pf. kommen. In den meisten Fällen ist es bei den genannten Firmen gelungen, die Lohnverschlechterungen, wenigstens teilweise, abzuwehren und einige Vorteile zu erringen. Der Redner hob hervor, wie notwendig derartige Abwehrbewegungen vor allem mit Rücksicht auf die steigende Teuerung und die neuen ungeheuerlichen Steuerpläne der Reichsregierung sind und betonte, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen in allen solchen Fällen der Unterstützung ihrer Organisation sicher sein können. Der Redner brachte dann im Namen der Branchenleitung eine Resolution in Vorschlag, wonach aus den maßgebenden Werkstätten eine Kommission gebildet werden soll, die die Aufgabe hat, die Affordlöhne aller Betriebe zu prüfen und dahin zu wirken, daß dort, wo die Arbeiter nicht mindestens 60 Pf., die Arbeiterinnen nicht mindestens 35 Pf. Stundenverdienst erzielen können, eine dementsprechende Erhöhung der Affordlöhne eintritt. In Betrieben, wo die Affordarbeiter und -Arbeiterinnen infolge Unterbrechung der Arbeit durch Mangel an Material oder unregelmäßige Arbeitsverteilung nicht auf jenen Minimalverdienst kommen, soll der Stundenlohn garantiert werden und ebenso ist die Wartezeit nach dem Stundenlohn zu vergüten. Im in dieser Weise eine Regelung der Affordlöhne zu erzielen, soll die Organisationsleitung alle erforderlichen Maßnahmen treffen.

Die Resolution dieses Inhalts wurde nach reger Debatte, in der die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch näher beleuchtet wurden, einstimmig angenommen.

Deutsches Reich.

Die Dachbedeckungsarbeiten in Solingen sind am 1. Juli in den Streik getreten. Da der alte Tarif am 30. Juni 1909 abließ, wurde von Seiten der Gehilfen den Meistern schon vor Monaten ein neuer Tarif vorgelegt, in dem ein Stundenlohn von 60 Pf. und 9 1/2 stündige Arbeitszeit verlangt wurde. Bisher betrug der Stundenlohn 55 Pf. bei zehnstündiger Arbeitszeit. Verhandlungen wegen Abschluß eines neuen Tarifs mit den Meistern auf Grund der Gehilfenforderungen führten zu keinem Ergebnis, weshalb die organisierten Gehilfen am 1. Juli einmütig die Arbeit niederlegten.

Eine „Berichtigung“.

In Nr. 139 des „Vorwärts“ brachten wir folgende Notiz: „Wegen großer Miskände auf der Grube Ländigen am Mittwoch auf der Grube Berne im Kreise Hamm 150 Bergleute.“ Wir erhalten nun folgende Berichtigung: „Es ist unwar, daß auf der Grube Berne wegen Miskände in diesem Monat 150 Bergleute gekündigt haben; es kündigten nur 85 Bergleute, eine im Verhältnis zur Größe der Belegschaft nicht außergewöhnliche Zahl.“ Also 85, nicht 150 Kündigungen! Und die Ursache derselben? Darüber schweigt die Belegschaftsverwaltung sich aus.

Ausland.

Streikende Feuerwehren in der Schweiz.

In Sitten (Hauptstadt des Kantons Valais) streiken die Feuerwehren um Lohnherabsetzung. Am letzten Sonntag haben sie nun mit Musikbegleitung und unter Beteiligung der ganzen Bevölkerung ihre Uniform nebst der übrigen Ausrüstung abgeliefert und so das ganze Feuerwehrcorps aufgelöst. Es bleibt abzuwarten, ob nun der katholische Gemeinderat Veranlassung annehmen und einlenken wird, oder ob er hartnäckig das größte Unglück für die ganze Gemeinde heraufbeschwören will.

Aus Industrie und Handel.

Die Mehl- und Brotpreise.

Die Veröffentlichung der amtlich ermittelten Detailpreise für den Monat Mai ist etwas verspätet erfolgt, was bei der Wichtigkeit der Wirkung der hohen Getreidepreise auf die Mehl- und Brotpreise zu bedauern ist. Nach den amtlichen Großhandelspreisen stellte sich in Berlin der Preis für eine Tonne:

	Januar	Mai	gegen Januar in Proz. mehr
Weizen	209,08	250,20	23,66
Roggen	167,90	187,02	11,75

Der Weizenpreis stellt sich im laufenden Jahre höher als im Vorjahre; im Mai 1908 notierte Weizen in Berlin mit 220,55 M., für Roggen wurden im Mai 198,00 M. bezahlt. Die ungewöhnliche Steigerung der Getreidepreise hat sich auf Mehl noch nicht in vollem Umfange übertragen. Es stellte sich im Durchschnitt der preussischen Erhebungsorte der amtlich ermittelte Mehlpreis für den Detailverlehr pro Kilogramm in Mark, wie folgt:

	Januar	Mai	gegen Januar in Proz. mehr
Weizenmehl	0,85	0,40	14,67
Roggenmehl	0,81	0,32	3,23

In der Bewegung der Brotpreise folgte die Steigerung in der Hauptsache den Mehlpreisen: Weißbrot aus Weizen (Semmel) ist fast ebenso stark gestiegen wie der Weizenmehlpreis, während Roggenbrot mit Zusatz von Weizenmehl einen stärkeren Anstieg erlitten hat als Roggenmehl, dagegen einen geringeren als Weizenmehl. Es kostete ein Kilogramm im Durchschnitt von 50 Orten in Mark:

	Januar	Mai	gegen Januar in Proz. mehr
Weißbrot (Semmel)	0,49	0,58	14,29
Roggenbrot (mit Zusatz von Weizenmehl)	0,30	0,32	6,67

Der Weizenpreis ist demnach um 23,66, der Weizenmehlpreis um 14,67, der Roggenpreis um 11,75, der Roggenmehlpreis um 3,23, das Weißbrot um 14,29, das Roggenbrot um 6,67 Proz. gestiegen. Dabei ist allerdings zu bemerken, daß bei Roggenbrot der Zusatz von Weizenmehl den Grad der Steigerung beeinflusst. Besonders unerfreulich ist, daß an einzelnen Orten der Roggenbrotpreis schon ganz ungewöhnlich über den Stand vom Januar hinausgeht, während viele Orte noch den Januarpreis haben, einige wenige sogar noch unter dem Januarniveau notieren. Wir führen nachstehend einige der Plätze auf, in denen der Preis von Roggenbrot im Mai ganz erheblich über den Januarstand hinausging. Es kostete ein Kilogramm Roggenbrot in Mark:

	Januar	Mai
Memel	0,36	0,39
Graudenz	0,25	0,29
Liegnitz	0,30	0,34
Altona	0,32	0,38
Kiel	0,26	0,32
Emden	0,30	0,35
Düsseldorf	0,34	0,39
Köln	0,40	0,44

Die absolut höchsten Brotpreise hatten im Mai nachfolgende Plätze: Köln 44, Neuk., Kachen mit je 40 Pf. Die niederksten Preise notierten: Allenstein, Danzig mit je 25 und Erfurt mit 24 Pf. In außerpreussischen Städten notierte reines Roggenbrot zwischen 23 Pf. in Dresden und 27 Pf. in Stuttgart.

Der Anbruch von Hilfspersonal in Wäbern und Kurorten ist in diesem Jahre viel lebhafter als sonst. Der Druck, der trotz der Erholung auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt lastet, veranlaßt einen beträchtlichen Teil der Arbeitssuchenden, sich in Wäbern und Kurorten nach Beschäftigung umzusehen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Massenunglück.

Dortmund, 2. Juli. (B. T. Z.) Ein Extrablatt der „Dortmunder Ztg.“ meldet aus Hoerde: In der Nähe der Seelante und des Schlachthausweges platzte heute abend ein großes Gasrohr des Hoerder Werkes. Die Zahl der Verwundeten wird auf 40 geschätzt. Die Dortmunder Feuerwehre ist sofort mit allen verfügbaren Mannschaften dorthin ausgerückt.

Jaurès gegen den Zaren.

Paris, 2. Juli. Die Deputiertenkammer schloß heute die Debatte über die Interpellationen betreffend die allgemeine Politik fort. Jaurès sprach von dem bevorstehenden Besuche des Kaisers von Rußland und sagte, er wolle gern erklären, daß die Zusammenkünfte von Staatsoberhäuptern, wer sie auch seien, zur Aufrechterhaltung des Friedens beitragen könnten. Es würde unrecht sein, die ganze Mißbilligung der Völker auf einem Haupte lasten zu lassen. Wie würde man aber Abdul Hamid empfangen haben, wenn er eine Reise durch Europa in dem Augenblicke unternommen hätte, als das Blut der Armenier floß? Jaurès wies dann auf den in England erhobenen Widerspruch gegen den Besuch des Kaisers von Rußland hin und sagte, das Schiff des mörderischen Zarismus werde gezwungen sein, um Götter herumzuzweifeln. Der Minister des Aeußern Richon erklärte, er könne die Worte nicht ohne den lebhaftesten Widerspruch lassen, und da Sie das Beispiel England angeführt haben, werde ich so antworten, wie der englische Unterstaatssekretär unter ähnlichen Umständen im englischen Unterhause einem Sozialisten geantwortet hat: Der Kaiser von Rußland wird in unserem Lande als Verbündeter empfangen werden, der ebenso der Freund Frankreichs wie ein Herrscher ist, der wirksam zur Aufrechterhaltung des internationalen Friedens beigetragen hat. (Lebhafter Beifall auf allen Bänken, ausgenommen bei der äußersten Linken, die sich in heftigen Ausdrücken gegen den Kaiser von Rußland erging.) Jaurès erklärte darauf, er habe gewollt, daß die Völker, die sich für die Freiheit opfern, erfahren, daß ihr Verdienst nicht verkannt werde.

Jaurès wandte sich dann der inneren Politik zu und führte aus, die Sozialisten seien bereit, an jeder ernsten Reform mitzuarbeiten, welche die sozialen Verhältnisse würden. Dejeante (Sozialist) tabelte die Regierung wegen der Gewalttätigkeiten, welche die Polizei bei der Kundgebung am 24. Mai sich habe zuschulden kommen lassen. Ferdinand Wuisson (sozialistisch radikal) betonte sich darüber, daß die Regierung Beamte wegen eines Reinigungsbergebens gestraft habe und hat sie, den bestrafte Beamten die Amnestie nicht zu verweigern.

Eine Katastrophe auf dem Meere.

London, 2. Juli. (B. T. Z.) Nach einer Lokhds Meldung aus Gibraltar ist der britische Dampfer „Quart“ mit dem deutschen Dampfer „Odenfels“ zusammengestoßen. „Odenfels“ ist gesunken. Die Mannschaft ist gerettet.

Ein mörderischer Dambruch.

London, 2. Juli. (B. T. Z.) Bei dem Bau der neuen Hafenanlagen in Newport (Wales) sind durch einen Dambruch gegen 40 Arbeiter ums Leben gekommen.

Die Cholera.

Petersburg, 2. Juli. (B. T. Z.) Seit gestern sind 92 Krankerlungen und 40 Todesfälle an Cholera vorgekommen. Die Gesamtzahl der Erkrankten beträgt 615.

Reichstag.

278. Sitzung vom Freitag, den 2. Juli, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Sydow, v. Rheinbaben.

Präsident Graf Stolberg teilt mit, daß der Abg. Quard (nass.) heute gestorben ist. Das Haus ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Tabakverbrauchssteuergesetzes.

§ 1 enthält die Festsätze nach Gewicht, § 1a bestimmt, daß Tabakblätter, bearbeitet und unbearbeitet, außer dem vorgeschriebenen Zolle (85 M. pro Doppelzentner) einem Zollaufschlage von 40 vom Hundert des Wertes unterliegen. Doch sollen von diesem Zuschlage diejenigen Tabakblätter befreit bleiben, die zur Herstellung von Tabakerzeugnissen dienen, auf welche das Zigarettensteuergesetz Anwendung findet.

Die Diskussion über beide Paragraphen wird verbunden.

Abg. Wollenbutz (Soz.):

Es ist ja nichts Neues, daß wir uns über die Tabaksteuer zu unterhalten haben. Bei den Finanzleuten ist ja der alte Über-glauben vorhanden, dem in früheren Zeiten auch Ärzte gehuldigt haben, daß mit dem Tabak alle möglichen Krankheiten kuriert werden können. Auch die Finanzminister glauben mit dem Tabak die Krankheiten der Finanzen heilen zu können. Zur Begründung wird in allen möglichen Vorträgen mitgeteilt, daß der Tabak kein Nahrungsmittel sei. Aber diese Eigenschaft teilt er doch mit dem weitens größten Teil aller Industrieprodukte. Auch die Holz-industrie, die Papierindustrie, die Lederindustrie, die Metallindustrie, die Textilindustrie, die keramische Industrie, die Industrie der Steine und Erden stellt keine Nahrungsmittel her. Wenn man also diese Begründung liest, so muß man sich sofort sagen, daß sie nur des-halb angeführt wurde, weil wirklich maßgebende und aus-reichende Gründe, den Tabak als Steuerobjekt zu betrachten, nicht vorhanden sind. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In einem deutschen Steuergesetz klingt doch eine Behauptung um so eigentüm-licher, weil man ja daraus schließen müßte, daß man Nahrungs-mittel in Deutschland nicht besteuern will. Aber gerade unser Pol-larität zeigt, mit wie erheblichen Steuern Nahrungsmittel be-lastet sind. Unsere Finanzminister besteuern, je nachdem es gerade paßt einmal Dinge, die man essen kann, und dann wieder solche, die man nicht essen kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber sie lassen ganz außer acht, daß der Tabak das Rohprodukt für eine bedeutende Industrie ist, die

mehr als 200 000 Arbeiter

beschäftigt, wenn man die Hilfsindustrien in Betracht zieht. Welchen Einfluß hohe Steuern auf den Beschäftigungsgrad der Arbeiter haben, sieht man in den Monopolländern mit ihrer genauen Produktionsstatistik. Frankreich hat zum Beispiel 1872 für seine Monopolprodukte eine Preiserhöhung von 9 Frank auf 11 1/2, vor-genommen, und der Konsum ging von 30,8 auf 27 Mil-lionen Kilogramm zurück. (Hört! hört! bei den Sozial-demokraten.) Einen ähnlichen Rückgang des Konsums werden auch wir zu erwarten haben und wenn wir ihn nur zu 10 Proz. an-nehmen, so werden dadurch

20 000 Arbeiter betroffen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das rührt natürlich die Finanzminister sehr wenig. Wenn sie nur Geld in die Kasse kriegen. Wie sich die armen Leute durch helfen, ist nicht ihre Sache. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Bei uns wurde im Jahre 1879 der Tabakzoll von 24 auf 85 M. pro Doppelzentner hinaufgesetzt. Man hat uns stets vorgehalten, daß die Industrie das sehr leicht ertragen habe. Wenn damals ein erheblicher Rückschlag nicht ein-getreten ist, so liegt das daran, daß man damals den größten Teil der Pöllerhöhung den Arbeitern vom Lohne abzog. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann geht natür-lich der Konsum nicht zurück, denn den Konsumenten ist es natürlich gleichgültig, ob er in der 5 oder 6 Pf.-Zigarre einen Pfennig Arbeits-lohn und einen halben Pfennig Steuer oder einen Pfennig Steuer und einen halben Pfennig Arbeitslohn bezahlt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Durchführung des Lohnabzuges zeigte sich bei den Lohnunterschieden, die wir damals in Deutschland hatten. Die Verbündeten Regie-rungen bestreiten zwar diese Wirkung der Pöllerhöhung, aber sie scheinen nicht zu wissen, daß sie sie selbst in die Motive hineingeschrieben haben. Es sind damals in den Jahren 1879 bis 1881 eine große Masse Zigarrenarbeiter aus der Ham-

burger und Bremer Gegend nach Amerika gegangen. Ich habe damals in einer amerikanischen Fabrik gearbeitet, in der allein in einem Saale 300 Hamburger Zigarrenmacher waren. In den Motiven wird uns auf Seite 89 mitgeteilt, daß in den Jahren 1881/82 in Schleswig-Holstein noch 4380 Zigarrenmacher waren, im Jahre 1895 nur noch 2651. In Hannover schmolzen sie von 5925 auf 5044 zusammen. In Oldenburg ging die Zahl von 1666 auf 1493 zurück, in den Hansestädten von 5888 auf 4502. Dieser Rückgang also, der im Jahre 1876 mit der Pöller-höhung eingeleitet hatte, wirkte noch lange nach und ich glaube, diese Zahlen beweisen die

verheerende Wirkung,

welche eine verärgerte Steuererhöhung auf den Arbeitslohn hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weiter führt die Regierung an, daß andere Staaten höhere Tabaksteuern hätten. Aber gerade dieser Hinweis auf Oesterreich-Ungarn, Frank-reich, Großbritannien ist das wichtigste Argument gegen die Steuererhöhung. Denn die Regierung müßte konsequent sein und sagen, daß man zwar die Erträge aus dem Tabak auf diese Höhe gebracht hat, gerade dadurch aber die Produktion so tief herabgedrückt hat, daß all diese Länder zu-sammen nicht annähernd soviel Tabakarbeiter beschäftigen als wir in Deutschland. Kupfer-dem sind doch diese Staaten, Oesterreich-Ungarn, Frank-reich usw. Monopolländer. Da sitzt in die Staatskasse auch das, was bei uns die Händler verdienen. Wollte man konsequent sein, so müßte man zum Vergleich auch diejenigen Beträge heranziehen, welche die Fabrikanten und Händler bei uns in Form von Einkommensteuer zahlen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daher kann man sagen, alle diese Mittelungen der Regierung sind

auf Täuschung der Leser berechnet.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.) Wenn Sie die 45 Millionen Mark aus dem Tabak herausheben, so kann man sie heute nicht mehr den Arbeitern vom Lohn abziehen. Denn die Tabak-arbeiter gehören schon jetzt zu den schlechtestgelohnten Arbeitern in Deutschland. Seit 1903 hat sich ihr Einkommen zwar allmählich etwas gehoben, aber trotzdem steht es auf einer sehr niedrigen Stufe, und jetzt kommt die Regierung wieder mit der neuen Steuer, um sie noch weiter zurückzuwerfen. Dazu kommt, daß im Tabakgewerbe sehr viele kleine selbständige Gewerbetreibende sind. Die werden von diesen Steuern erheblich mehr betroffen als der kleine Mann. Bei der Wertsteuer wollen Sie das nicht zugeben. Aber da muß man doch sagen, daß alle diejenigen, die dieses Steuerprojekt ausgearbeitet haben, von jeder Sachkenntnis vollständig un-berührt sind. Es gibt keinen noch so guten Sachkenner von Tabak, der nicht doch zuweilen hineinfällt und zu erheblich höherem Preise kauft, als die Ware wert ist. Wenn nun minderwertige Ware zu einem hohen Preise verkauft wird, wie soll sie dann tarifiert werden? Diese Wertsteuer durchzuführen, ist eben ganz unmöglich. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auf alles Mögliche hat man Wertsteuern gelegt, aber den Tabak nach dem Wert zu besteuern, darauf ist bisher noch niemand verfallen, weil es eben vollständig unmöglich ist. Eine solche Steuer würde auch fortwährend in ihren Erträgen schwanken, weil ja der Wert des Tabaks erheblich schwankt. Zigarettabak kostete z. B. im Jahre 1900 142 M. in Hamburg, vier Jahre später 86,81 M. und im Jahre 1907 wieder 183 M. Demgemäß hätte die durchschnittliche Steuer 56,84, dann nach vier Jahren 34 M. und wieder drei Jahre später 50 M. betragen müssen. Aber nicht nur die durchschnittliche Steuer von Jahr zu Jahr schwankt, sondern derartige und selbst noch höhere Preisschwankungen können innerhalb jedes Jahres bei jeder einzelnen Tabakart vor- und da soll nun der Steuerbeamte feststellen, ob der Wert richtig angegeben ist. Das ist selbstverständlich ganz unmöglich. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Am schwersten wird der kleine Fabrikant geschädigt, der in den meisten Fällen auch dann kaufen muß, wenn die Preise außerordentlich hoch sind; der große dagegen braucht das nicht, er hält mit dem Kauf zurück, wenn der Preis über dem Durchschnitt steht. Also weil er mehr Geld hat, braucht er weniger Steuer zu zahlen, bekommt er geradezu eine Reichsprämie. Aber der Kleine, der nicht Vorrat auf Jahre hinaus kaufen kann, der von der Hand in den Mund leben muß, der muß aus diesem Grunde, weil er arm ist, auch mehr Steuern bezahlen. Solchen Steuergesetzen können wir nicht zustimmen. Sie sprechen so viel von Familienstimm, hier sind Hunderttausende von Tabakarbeitern, deren Familien vollständig zerstört werden. Das sind aber arme Leute, die können natürlich nicht Verzichtigung von Ihnen (nach rechts) verlangen. Die können ruhig

los amüsanter ist als die Reichsfinanzreform. In dessen wird man, bei aller Anerkennung des von Zeppelin Geleisteten, sagen müssen, daß wir vorläufig noch weit entfernt sind von der Durchführung solcher Pläne. Die Entfernung der Großbair vom Nordpol beträgt circa 900 Kilometer. Es wird wohl noch vieler Versuche auch für Zeppelin bedürfen, um eine solche Strecke in Deutschland bei günstigem Wetter zurückzulegen. Zudem ist die Orientierung in einem bekannten Lande natürlich eine andere als in unerforschten Schwüben, deren klimatologische und aerologische (Luft) Verhält-nisse erst noch viel genauer bekannt sein müßten, ehe sie solches Wagnis vernünftig erscheinen lassen.

Es wird also noch gute Weile haben, bis eine Zeppeline den preussischen Vogel am Nordpol aufblättern läßt. Die erste geo-graphische Wissenschaft wird zudem von einer solchen Schnell-forschung vom Luftballon aus kaum allzuviel profitieren, um so weniger, da sie die Geheimnisse des Nordpols ziemlich kalt lassen.

Der „neue Tod“ der indischen Witwe. Dank der energischen Maßnahmen der englischen Regierung in Indien ist die Witwen-verbrennung überwunden, aber ein „neuer Tod“ ist an die Stelle des Scheiterhaufens getreten, ein zweifacher Tod, so hart, wie ihn nur die blinde Inbrunst des tiefwurzelnden Fanatismus erfinden konnte. In der „Nivista delle Missioni“ gibt ein in Indien weilender Missionar eine erschütternde Schilderung der Erniedrigungen und Demütigungen, die die indische Witwe heute an Stelle des Scheiterhaufens erdulden muß. Der Glaube der Indier be-schäftigt die überlebende Witwe, den Tod des Mannes verursacht zu haben, und sie wird dann „eblich degradiert“. Wenn der Mann bestattet ist, versammeln sich die Anverwandten bei der Witwe, die dann mit prächtigen Gewändern und Juwelen geschmückt wird. Auf einer Sänfte, ähnlich der, die sie am Hochzeitsstage benutzte, bringt man sie an die Opferstelle und hier werden ihr nun die Juwelen, Blumen und Seidenkleider vom Leibe gerissen. Ihr Haar wird abgeschnitten, der Kopf rasiert und das Gesicht, das sie am Halse trägt, zerfassen; erst dann ist sie wirklich Witwe. Von dieser Stunde an aber ist ihr Leben nur noch das der untersten Magd im Hause. Die Mutter muß selbst das Lächeln ihrer Kinder entbehren, denn ihre Söhne betrachten sie als die Schuldige am Tode ihres Vaters. Den Gläubigen ist sie ein Abscheu und alles wendet verachtungsvoll den Blick von der Ungläubigen. Viele Frauen haben dies furchtbare Martyrium nicht ertragen können und freiwillig den Tod vorgezogen; sie begehen Selbstmord. 1907 zählte man in Indien nicht weniger als 21 Millionen Witwen, darunter 700 000 junge Geschöpfe, die noch nicht großjährig waren und so in der Blüte ihrer Jugend lebendig als tot erklärt und einem bitteren Dasein voll Demütigungen und Verachtungen preisgegeben sind.

Ein Besuch bei den letzten Profeten. Eine wahllose Ansamm-lung kleiner Häuser und Hütten aus Holz und Stein, hart an der Grenze einer halben Wildnis, inmitten eines lässig kultivierten

dem Hungertode preisgegeben

werden. Es gilt ja, hundert Millionen Mark für das Reich zu bekommen, aber die Tausen der Reichen dabei zu verschonen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie diese Steuer be-willigen, so werden Sie nicht nur Hunderttausende von Arbeitern vernichten, sondern Sie treiben damit auch eine mittelstands-feindliche Politik, weil gerade in der Tabakindustrie noch eine sehr starke Kleinindustrie vorhanden ist, die Sie damit totschlagen. (Sehr richtig! links.) Die Leute, welche diese Steuer bewilligen, können sich ruhig als Kvantgarde im Dienste des Tabaktrusses be-trachten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Strefemann (nass.): Man sollte nicht bei uns den Wertzoll, diejenige Steuer einführen, die andere Staaten abgeschafft haben, weil sie ihre schädigende Wirkung erlangt haben. Die Vonderolle wird zur Folge haben, daß die Anonymität in der Zigarettenindustrie aufhört, wie es bei der Zigarette der Fall war. Damit aber würde nur ein fehlglücklicher Wunsch der Großfabrikanten erfüllt, deren Interessen durch Aufhebung der Anonymität ge-fördert wird. Dafür können wir uns nicht einleihen. Wir müssen deshalb dabei bleiben, daß das Gewichtsteuersystem, trotz der ihm anhaftenden Mängel, immer noch das beste ist. Der Antrag Albrecht u. Gen., der eine Entschädigung der arbeitslos werdenden Arbeiter fordert, ist für uns unannehmbar. Im übrigen habe ich, wie gestern mein Kollege Weber, die Erklärung ab-zugeben, daß wir zwar an der weiteren Gestaltung des Gesetzes mit-arbeiten, bei der gegenwärtigen Lage der Finanzreform aber das ganze Gesetz ablehnen werden. (Bravo! bei den Nationalliberalen, Unruhe rechts.)

Abg. Schulz (Sp.): Der Bund der Landwirte verhält sich ganz anders als der deutsche Tabakverein; er stimmt dem Stantwein-gesetz zu, das doch der Landwirtschaft ganz andere Opfer auferlegt. (Schallende Heiterkeit links.) Der Tabak muß mehr hergeben, das verlangt man im Volke. (Lachen links.)

Abg. Hornmann (fr. Sp.): Die Freunde einer hohen Tabaksteuer verweisen stets auf das Ausland, aber kein Land hat eine so blühende Tabakindustrie wie gerade Deutschland. (Sehr richtig! links.) Außer den Arbeitern wird durch diese Steuervorlage auch der Zwischen-handel schwer geschädigt, und dadurch dokumentiert sich die Vorlage als im höchsten Maße mittelstandsfeindlich. (Sehr richtig! bei den Freiwirtschaftlichen.) Ich verweise auf die Schädigungen, die eine Steuererhöhung den Hilfsindustrien bringt. Die Tabakarbeiter sind schlaue Arbeiter; sie arbeiten nicht heute hier und morgen dort, sie sind bodenständig. Solche Elemente sollten wir in ihrer Existenz nicht bedrohen. Vergeße man auch nicht, daß jede Steuererhöhung eine Vermehrung des Beamten-apparates zur Folge haben muß. Wir haben aber wirklich schon genug Beamte! Ich bitte dringend um Ablehnung der Kommissions-beschlüsse. (Beifall links.)

Abg. Erzberger (Z.): Der Gedanke des Wertzuschlags stammt gerade von der nationalliberalen Partei, und die „Nationalzeitung“ war es, die den Wertzuschlag als das schlimmste Beizugmittel hat, was der Tabakindustrie passieren könnte. Viele Kleingewerbetreibende haben und in Zuschriften um Ablehnung des Wertzuschlags gebeten.

Reichsfinanzdirektor Sydow: Es wird vom Volke nicht verstanden, daß ein entbehrliches Gehalt nicht stärker herangezogen wird. (Sehr richtig! rechts.) An einen Konsumrückgang glauben wir nicht. Auch davon kann keine Rede sein, daß 25 000 Arbeiter betroffen werden. Vorübergehend kann wohl eine Verminderung der Produktion eintreten, aber eine Einschränkung der Mäucher in bezug auf den Rauchgenuss wird in allgemeinen nicht eintreten. Auch zufolge des Zigarettensteuergesetzes sind keine Arbeiter-entlassungen eingetreten. Die sozialdemokratische „Tabakarbeiter-Zeitung“ hat behauptet, 108 Fabriken seien infolge dieses Gesetzes eingegangen. Nur 28 Fabriken sind eingegangen, aber nicht wegen des Zigarettensteuergesetzes, sondern aus anderen, zum Teil per-sönlichen Gründen.

Abg. Schmidt-Altenburg (Sp.) spricht sich für seine Person, im Zusammenhang unverständlich, gegen eine Erhöhung der Tabak-steuer aus.

Abg. Wiesberts (Z.) [zur Geschäftsordnung] beantragt, seinen Antrag auf Unterstützung und den Antrag Albrecht u. Gen. (Soz.) wegen Entschädigung arbeitslos werdender Arbeiter der Tabak-industrie jetzt mit zur Diskussion zu stellen.

Abg. Gezer (Soz.) [zur Geschäftsordnung]:

Die Entschädigung der Arbeiter ist ein vollständig anderes Thema als die Erhöhung der Tabaksteuer und ihr System. Erst wenn die Entscheidung darüber gefallen ist, kann man auf die Frage eingehen, ob die Entschädigung der Arbeiter notwendig ist. Wie die Abstimmung ausgeden wird, wissen wir noch nicht, wenn der neue Vorschlag die Sache auch schon in der Tasche zu haben glaubt.

Kleines Feuilleton.

Deutschland zum — Nordpol voran. Solange es Luftschiffe gibt, haben Kühne Phantasien und rechnende Konstrukteure Pläne erdacht, im Luftschiff unerforschte Gegenden zu überfliegen und vor allem das alte und heiß umämpfte Problem des Nordpols zu lösen. In der Tat, nichts liegt näher als ein solcher Gedanke. Aber daß selbst von dem forschtlich überlegten und durch methodische Untersuchungen gestützten Plan bis zu seiner Ausführung in diesem Falle ein sehr weiter Weg sich streckt, mußte auch dem Enthusiasten klar sein — oder werden. Den ersten praktischen Versuch unternahm am 11. Juli 1897 Andree. Er rechnete mit einer festen Windrichtung, die ihn von Spitzbergen zum Pole führen sollte und wollte außerdem seinem Luftballon durch Schleppe eine gewisse Steuerbarkeit geben. Inbes, von ihm und seinen beiden Begleitern ist uns nie mehr Kunde geworden. Die nächsten, sehr problematischen, ziemlich reismachenden und ganz ergebnis-losen Unternehmungen sind mit dem Namen des Amerikaners Wellman verknüpft, der 1906 und 1907 in Spitzbergen seinen lenkbaren Ballon vergeblich starten ließ und auch heuer kein Glück zu haben scheint, da seine Halle im Winter zerstört wurde. Man hat Wellmans Pläne nicht recht ernst genommen, mit einem gewissen Recht, denn er wollte ohne genügende Vorbereitungen unter un-günstigen und ziemlich unbekanntem Bedingungen leisten, was bis dahin überhaupt nicht und vor allem von Wellman nicht geleistet worden war.

Anzweifeln hat die Technik des Lenkbalkons wieder erhebliche Fortschritte gemacht und es war zu erwarten, daß auch neue Projekte aufstauen würden. Ueberraschenderweise will Zeppelin selbst sich an die Spitze eines solchen Unternehmens stellen. Wie die Scherzpresse, die wieder hoffähig zu sein scheint — denn sie wurde zuerst mit der Sensation beglückt — erfährt, hat der um die Erforschung der Luftverhältnisse verdiente Prof. Hergesell, der Präsident der internationalen aeronautischen Kommission, Wilhelm II. zu Kiel Vortrag gehalten über die Erforschung der arktischen Regionen mittels eines Zeppelinschen Luftschiffes. Zeppelin und Hergesell werden das „rein wissenschaftliche Unter-nehmen“ leiten. Als Stützpunkt für die einzelnen Expeditions-fahrten des Luftschiffes ist die Großbair an der Westküste von Spitzbergen in Aussicht genommen, die für besonders geeignet ge-halten wird. Die Fahrt nach Spitzbergen soll das Luftschiff von Deutschland über Norwegen mit einer oder mehreren Zwischen-landungen antreten. Die Vorexpeditionen zur Unterstützung des Hauptunternehmens sollen bereits im nächsten Jahre beginnen.

Die Sensationsblätter, denen dieser heilsame Zwischenfall dazu dient, die Aufmerksamkeit von der schweren inneren Krise abzulenken, geben bereits die genauesten Details über Möglichkeit und Ausföhrung dieses neuesten Unternehmens, das ja zweifel-

Landes“, so schildert ein englischer Besucher die kleine Siedelung Kainawake, einige Meilen von Montreal, die Stätte, wo heute die letzten Abkommen der Profeten, die einst als unumhänke Herren das Land beherrschten, friedlich und müde dahinleben. „Ein Volk mit den dumpfen, toten Gesichtszügen einer Nation, die ohne Ideal und ohne Zukunft ist, ein Volk, in dem vergangene Größe mit ärmlicher Gegenwart sich wunderbar vermischte; alles eingebettet in das Schweigen einer stillen, melancholisch beschränkten Landschaft. Aber es sind auch nicht mehr die kühnen, wagemutigen, roten Krieger von ehedem, die hier zwischen den Häusern einher-schlendern. Der Indianer hat sich geändert, tief verändert. Noch trägt er das lange, schwarze Haar seiner Väter, und in den Augen leuchtet bisweilen ein Abglanz vergangener Ruhmeszeiten; aber die rote Farbe ist verblüht und oft so hell wie die der Skandier oder Europäer. Sein Wigwam hat er an die Wildweib-Aus-stellungen verkauft, seine Wildweib und seinen Lederanzug an Kuriositätenhändler. Der moderne Profete begrüßt den Fremden in stichendem Englisch, geht dann spielend in ein vollkommenes Französisch über. Wohl kennt er noch die alte Stammessprache. Aber mit einem Lächeln, hinter dem ein bitterer Pessimismus lebt, erzählt er, daß die Sprache der Väter zwar eine prächtige Sprache sei, aber doch für moderne Ansprüche nicht genüge. Das Volk wird völlig nach europäischem Muster verwalltet; es hat seinen Gemeinderat, seinen Bürgermeister; doch der Stamm hat auch noch seinen Häuptling, der dem Volke Vater ist. Die breite Haupt-strasse unterseidet sich kaum von einer Straße in Montreal; auf dem Straßendamm spielen Kinder wie in anderen Städten, und aus den Häusern klingen die Mahnrufe besorgter Mütter. 1687 ward diese Siedelung begründet, dicht am Ufer des breiten Flusses; Kämpfe wurden hier gekämpft, ein Fort errichtet, Pfahlbauten gezogen und schließlich, nach der Niederlage der Indianer, fanden hier die Befehrten einen Unterschlupf. Die Pfahlbauten sind ver-schwunden, das Fort geschleift, aber die letzten Abkommen der kriegerischen Profeten leben noch hier, abhängig von den weißen Männern, bis die letzten des Stammes dereinst unter der Erde Ruhe finden werden.“

Notizen.

— Ein zeitgemäßes Zitat. In Heines „Waldheims Leben“ aus Paris vom Jahre 1831 findet sich eine Stelle, die merkwürdig gut auch heute geschrieben sein könnte und wie eine Anspielung an-mutet. Sie lautet:

„Es gab aber ein Portait im Salon, worin eben die Schaeffer'sche Manier ganz geeignet war. Nur mit diesen unbedimmten, gelogenen, gestordenen, charakterlosen Farben konnte der Mann ge-malt werden, dessen Natur darin besteht, daß man auf seinem Gesichte nie seine Gedanken lesen konnte, ja, daß man immer das Gegenteil darauf las. Es ist der Mann, dem wie hinten Zugstreife geben könnten, ohne daß vorn das stereotype Lächeln von seinen Lippen schwände.“

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch wird unser Antrag einer eingehenden Begründung bedürfen, und die Debatte würde durch Verbindung dieser Materie mit der Steuer geradezu ins Uferlose gezogen.

Abg. Gruber (Z.) (zur Geschäftsordnung): Für eine prinzipielle Stellungnahme zur Steuererhöhung scheint mir die Entscheidung darüber, wie man sich zur Entschädigung der arbeitslos werdenden Arbeiter stellt, wichtig; ich bitte daher, die Diskussion zu verbinden.

Abg. Wassermann (natl.) (zur Geschäftsordnung) spricht sich ebenfalls für die Verbindung aus.

Abg. Wiemer (fr. Sp.) (zur Geschäftsordnung) schließt sich dem Vordränger an.

Abg. Geher (Soz.) (zur Geschäftsordnung) zieht unter den von den Abgeordneten Wassermann und Wiemer angegebenen Voraussetzungen seinen Widerspruch zurück.

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Wir haben beantragt, daß man den Arbeitern, die durch dieses Gesetz brotlos gemacht werden, eine Entschädigung gibt. Einen solchen Antrag zu stellen hätten wir nicht nötig gehabt, wenn die Geschädigten nicht Arbeiter, sondern Rittergutsbesitzer wären. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Als seinerzeit eine Gleichheit aller Kreise vor dem Gesetz herbeigeführt werden und die Steuerfreiheit der Standesherren aufgehoben werden sollte, hat man den Herren den kapitalisierten Betrag der Steuer, die sie in Zukunft zahlen sollten, gegeben. (Hört! hört! bei den Sozialdem.) Bei den Arbeitern ist es natürlich etwas anderes. Die zu entschädigen, läßt die Regierung sich nicht herbei. Da sagt sie: das müßt Ihr auf dem Altar des Vaterlandes opfern! Was man den Reichsmittelbaren und Rittergutsbesitzern nicht zuzumutet, wird dem Arbeiter zugemutet. Bei früheren Gesetzesvorlagen — ich erinnere an den Denopolantrag — hat die Regierung freilich selbst einen derartigen Vorschlag gemacht. In der Vorlage des Tabakmonopols von 1882 fand sich ein Entschädigungsvorschlag, welchem unser Antrag nachgebildet ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch in Gesetzen, durch welche neben den Arbeitern auch Kapitalisten geschädigt wurden, hat man eine derartige Entschädigung zugebilligt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere an die Entschädigung bei der Ablösung und Uebernahme der Privatposten und an das Sacharinsgesetz. Ueberall wo Kapitalisten geschädigt waren, konnte man nicht umhin, auch den in diesen Betrieben geschädigten Arbeitern eine gewisse Entschädigung anzubieten.

Wir verlangen nun, daß auch hier die geschädigten Arbeiter entschädigt werden. Zunächst ist da zu erörtern, ob Arbeiter voraussichtlich geschädigt werden. Der Abgeordnete Schulz wies darauf hin, daß eine gewisse Arbeitslosigkeit dadurch eintreten wird; daß vorher die Produktion gesteigert wird. So war es wenigstens im Jahre 1879; auch damals hatten wir sehr angespannte Arbeit, aber in dem Moment, wo das Gesetz in Kraft trat, jagte derselbe Fabrikant, der vorher gesagt hatte: liefert uns so viel Zigarren, als Ihr irgend wollt; wenn Ihr noch ferner Arbeit behalten wollt, müßt Ihr dieselbe Sorte um 6 M. billiger liefern! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wollt Ihr das nicht, so könnt Ihr gehen. (Erneutes Hört! hört!) Statt 24 M. bekommen wir also nur noch 18 M., und überall trat Arbeitslosigkeit ein, die einen erheblichen Rückgang der Löhne auch für diejenigen Arbeiter herbeiführte, die noch in Arbeit blieben. Im Jahre 1893 nahm man an, daß ein

Produktionsrückgang von einem Sechstel eintreten werde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nimmt man den Produktionsrückgang zufolge des gegenwärtigen Gesetzes auch nur als ein Sechstel an, so bedeutet das nichts anderes, als daß

33 000 Arbeiter brotlos werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese kann man nicht ohne weiteres in anderen Berufen unterbringen. Sobald die Preisrückgang eintritt, ist die notwendige Folge:

Konsumrückgang und Produktions Einschränkung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und damit werden sehr viele Arbeiter arbeitslos.

Wenn nun der Arbeitslose ohne jede Entschädigung bleibt, so erfolgt auch eine weitere Verschlechterung für die Arbeiter, welche noch Arbeit haben, da die Löhne dann leichter herabgedrückt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und stellen Sie sich weiter vor, was die Arbeitslosigkeit für Arbeiter bedeutet, die nur ein Einkommen von 600 M. haben! Das heißt, sie direkt dem Hungertode ausliefern. Deshalb verlangen wir, daß das gegenwärtige Gesetz für die Schädigung, die es anrichtet, auch eine Entschädigung vorsieht. Sie können dem einzelnen Arbeiter nicht zumuten, daß er so viel Patriotismus hat, im Interesse des Vaterlandes zu verhungern.

Die Herren, die diese Anforderung stellen, sollen es dem Arbeiter einmal vormachen!

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber diese Herren sind noch nicht einmal bereit, dem Vaterlande einen kleinen Teil ihrer Ersparnisse abzutreten.

Die Regierung nimmt an, daß gar keine Schädigung der Arbeiter durch dieses Gesetz eintreten wird. Ist das der Fall, so braucht eine Entschädigung auch nicht bezahlt zu werden. Wenn aber Arbeiter brotlos werden zufolge der Gesetzgebung, so müssen sie entschädigt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man hätte in unseren Antrag auch hineinsehen können, daß eine Entschädigung der Arbeiter stattfinden soll, wenn eine Lohnherabsetzung stattfindet, aber ich glaube, eine solche Lohnherabsetzung wird nicht durchführbar sein, falls die brotlos werdenden Arbeiter entschädigt werden, und deshalb kann man von der Entschädigung für die Lohnherabsetzung Abstand nehmen. Aber der arbeitslos werdende Zigarrenmacher resp. die Zigarrenmacherin können nicht ohne weiteres in ein anderes Gewerbe übergehen. Die Kunst, Zigarren herzustellen, ist das einzige Vermögen, das sie haben, und dieses Vermögen wird durch die Gesetzgebung wertlos gemacht. Deshalb müssen wir eine Entschädigung für sie verlangen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ferner haben wir in den Antrag hineingesetzt, daß auch die Arbeiter entschädigt werden, welche durch Uebergang vom Handbetrieb zur Fabrikation mittels Maschinen arbeitslos werden. In vielen Betrieben wird man nämlich versuchen, die Produktion durch Uebergang zum Maschinenbetrieb zu verbilligen, wodurch ebenfalls Arbeiter auf Grund dieses Gesetzes überflüssig werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich hätte, wie ich schon sagte, nicht nötig gehabt, unseren Antrag so eingehend zu begründen, wenn die durch das Gesetz geschädigten Großgrundbesitzer wären, denn dann hätte die Regierung von selbst gern eine Entschädigung gegeben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Bei Arbeitern ist es natürlich etwas anderes! Wer also glaubt, daß eine Schädigung der Arbeiter nicht eintritt, der kann für unseren Antrag stimmen, weil er ja dann keine Kosten verursacht. Wir appellieren aber auch an das Gerechtigkeitsgefühl derjenigen, welche glauben, daß eine Schädigung der Arbeiter eintreten wird, damit das Reich den Schaden, den es anrichtet, auch wieder gut macht. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wiesner (Z.): Es ist leider zuzugeben, daß mindestens zeitweilige Arbeiterentlassungen im größeren Umfange zu befürchten sind. Darum haben wir unseren Antrag gestellt, hinter dem die konservative Zentrumspartei steht. Reichspost, Eisenbahnen usw. sollen es sich zur Ehrenpflicht machen, geeignete arbeitslos gewordene Tabakarbeiter zu beschäftigen. Wir bitten um Annahme unseres Antrages, der vielfache Vorzüge vor dem sozialdemokratischen hat. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Stiermann (L.) erklärt sich gegen das ganze Gesetz und für den Antrag Wiesners und bittet, im Falle der Ablehnung eine von ihm beantragte Resolution anzunehmen, wonach aus den Erträgen der Tabakarbeiter ein Fonds zur Unterstützung arbeitslos gewordener Tabakarbeiter gebildet werden soll.

Abg. Areth (L.): Ich verzichte darauf, an dieser Stelle auf die politischen Ausführungen der Redner der bürgerlichen und sozialdemokratischen Linken und ihre fortgesetzten Angriffe auf Konservative und Bund der Landwirte einzugehen. (Lachen links.) Der Tag der Abrechnung wird kommen! (Schallende Heiterkeit links.) Rufe: Nur her mit der Reichstagsauflösung! Abgeordneter Mollenhuth hat furchtbar übertrieben. So viele Arbeiter werden schon nicht brotlos werden. Wir lehnen den sozialdemokratischen Antrag ab, sind aber einer anderweitigen Regelung der Entschädigungsfrage nicht abgeneigt, wenn bis zur dritten Lesung das nötige Geld beschafft wird.

Reichstagssekretär Schwab: Der Entschädigungsantrag Areth ist völlig unannehmbar. Die vom Abg. Mollenhuth angeführten Präzedenzfälle sind nicht zureichend. Vielleicht findet sich bis zur dritten Lesung eine annehmbare Fassung der Resolution Stiermann. Die Voraussetzung ist allerdings die Erhöhung der Sätze der Kommissionsfassung. (Bravo! rechts.)

Abg. Graf Nollmann (Vole): Der Antrag der Sozialdemokraten geht uns zu weit. Der Antrag Wiesners ist uns viel sympathischer.

Einem Vorschlag des Präsidenten Graf Stolberg, eine Abend Sitzung abzuhalten, wird allgemein widersprochen. Die Beratung geht also weiter.

Abg. Böhle (Soz.):

Uns Sozialdemokraten ist es ganz gleich, welche Form der Besteuerung Sie wählen. Wir lassen uns in den Streit „Wertzuschlag oder Gewerbesteuer“ nicht hineindrängen. Wir sind der Meinung, daß durch beide Systeme die Arbeiterchaft in erster Linie betroffen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber nicht nur die Arbeiter werden betroffen, sondern auch die Konsumenten. Werden aber die Konsumenten geschädigt, dann geht der Konsum zurück und Arbeiterentlassungen müssen stattfinden. Man denke doch freudig daran, daß es sich in der Tabakindustrie nicht um vollwertige Arbeiter handelt, sondern um Arbeiter, die in anderen Gewerben nicht unterkommen können. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es gibt vor allem im Süden große Mengen kleiner Unternehmer, die mit einem geringen Betriebskapital arbeiten. Diese kleinen Betriebe werden eingehen, denn sie können die neuen Lasten nicht tragen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Früher war auch die Regierung die schärfste Gegnerin des Wertzuschlag. Nach Freiherr v. Stengel hat ihn für undurchführbar erklärt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der jetzige Reichstagssekretär hat bei den Vorarbeiten weder die Organisationen der Arbeiter, noch die der Händler gefragt. Das ist doch aber das mindeste, was wir verlangen müßten.

Mehrere Vordränger haben auf die höhere Belastung des Tabaks im Ausland verwiesen. Aber das Ausland bedrückt auch nicht wie wir alle Ausgaben für Heer und Flotte durch indirekte Steuern.

Herr Erzberger hat in seiner Rede erklärt, er werde am Schluß der Rede den Nachweis führen, daß die Wertsteuer im Interesse der Kleinhandlung liege. Ich habe auf diesen Nachweis vergeblich gewartet, sein Wort davon hat er gesagt. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wenn das Ihre (zum Zentrum) Mittelstandspolitik ist, dann danken wir dafür.

Herr Areth hat seine Anträge offenbar nicht selbst gestellt, sondern im Auftrage der Regierung. (Heiterkeit links.) Deshalb sind diese auch gleich mit seinen Anträgen einverstanden. Daß Herr Areth gegen unseren Antrag auf Entschädigung ist, hat uns nicht gewundert, auch wenn die Konservativen immer gleich bei der Hand sind, den Schnapshenken Liebesgaben zuzuschicken.

Herr Wiesner hat vorhin am Schluß seiner Rede, als er für seinen Antrag plädierte, ausgerufen: Sorgen Sie dafür, daß Not und Elend im Tabakgewerbe nicht größer wird! Dafür hätte er in seiner Fraktion sorgen sollen: er hätte dafür sorgen sollen, daß sie diesem Entwurf die Zustimmung versagt. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Weber (natl.) erklärt, dem Antrage der Sozialdemokraten auf Entschädigung der brotlos werdenden Tabakarbeiter nicht zustimmen zu können, wohl aber dem Antrage des Zentrums; doch muß dort hineingesetzt werden, daß es sich nur um Arbeiter und Hausgewerbetreibende der Tabakindustrie handelt, was wohl auch in der Absicht des Antrages lag.

Abg. Frhr. v. Gump (Sp.): Ich freue mich, daß der Gedanke des Antrages Wiesners jetzt allseitig Unterstützung findet; doch wird der Antrag noch etwas anders gefaßt werden müssen.

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Man hat unserem Antrage auf Entschädigung der arbeitslos werdenden Arbeiter unklare Fassung vorgeworfen; wir werden bis zur dritten Lesung eine schärfere Fassung finden. Dieser Einwand braucht also niemand abzuhalten, für den Antrag zu stimmen.

Herr Areth bestritt, daß infolge der höheren Besteuerung Lohnrückgänge eintreten werden und früher eingetreten sind. Die Tatsachen beweisen das Gegenteil.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgeordneten Dr. Stiefemann (natl.), Erzberger (Z.), Areth (L.) schließt die Diskussion.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Areth u. Gen. (Soz.) auf Entschädigung arbeitslos werdender Arbeiter mit 296 gegen 57 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmen außer den Sozialdemokraten einige Freisinnige, unter anderen Gothein, Dohrn, Raumann, Dr. Reumann-Hofer.

Darauf wird in namentlicher Abstimmung der Antrag Wiesners u. Gen. (Z.), welcher die Unterstützung arbeitslos werdender Arbeiter fordert, mit 341 gegen 12 Stimmen angenommen.

Hierauf wird zu § 1 der Antrag Mollenhuth-Gehring abgelehnt, und unter Annahme der konservativen Anträge der § 1 angenommen. Ueber § 1a (Zollzuschlag bei Tabakarbitern von 40 Proz. des Wertes) wird namentlich abgestimmt. Der Paragraph wird mit 191 gegen 155 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen angenommen. Der Rest des Gesetzes wird ebenfalls angenommen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend 10 Uhr (Branntweinsteuer, Gesetz über das Erbrecht des Staates, Weinsteuergesetz, Elektrizitäts- und Gassteuer).

Schluß 1/9 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Kommission zur Beratung der Gewerbeverordnungen beschäftigte sich am Freitag mit der zweiten Lesung des Kapitels über die Hausarbeit. Eine größere Debatte entwickelte sich über die Einrichtung der Lohnämter. Nach den Beschlüssen der ersten Lesung sollte dem Reichskanzler, der Bundeszentralbehörde oder den höheren Verwaltungsbehörden die Befugnis erteilt werden, für bestimmte Gewerbebezirke, in denen Hausarbeiter in größerer Zahl beschäftigt sind, Lohnämter einzuführen, die, unter paritätischer Zusammensetzung aus Arbeitern und Unternehmern gebildet, unter einem von der Behörde ernannten Vorsitzenden Mindestarbeitszeit oder Mindestlöhne festsetzen. Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg wandte sich sehr entschieden gegen diese Bestimmung: Wenn auch der Bundesrat zu der Frage noch keine Stellung genommen habe, so könne man doch annehmen, daß die Lohnämter keine Zustimmung finden werden. Die Regierung müsse es ablehnen, in diese Lohnverhältnisse einzugreifen. Das würde mit allen bisherigen Grundsätzen brechen und der Weg zum sozialistischen Staat sein! Die Heimarbeit müsse, wie die übrigen Arbeiter, freihändig von Organisation zu Organisation Tarifverträge abschließen; der Staat könne hier keine Autorität nicht einsehen. Von unseren Genossen Schmidt-Rehlin und Mollenhuth wurde dem entgegengehalten, daß bei der Reichsversicherungsordnung in Bezug auf die

Herbeiführung eines Vertrages der Kerze mit den Krankenkassen der Staatssekretär seinen grundsätzlichen Standpunkt verlassen habe, denn hier sind Zwangsverträge zugelassen! Für die Heimarbeiter hätte diese Frage eine ganz andere Bedeutung; ihre Organisationen sind schwach, ihre elenden Lohnverhältnisse allgemein bekannt, so daß die Lohnämter die wichtigste Position in den Kommissionsbeschlüssen sind. Ohne Lohnämter ist die Vorlage von sehr minimaler Bedeutung für die Heimarbeiter.

Unsere Genossen beantragten dann, daß die Lohnämter ohne Ausnahme für die Heimarbeiter eingeführt werden. Für die Lohnämter sprach noch Raumann (fr. Sp.) und Dr. Fleischer (Z.), während sich Lang (fr. Sp.) auf den Standpunkt des Staatssekretärs stellte. Die Debatte soll in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden; man hofft, dann das Kapitel der Heimarbeit fertigzustellen.

Ein Jubiläum.

Heute vor 25 Jahren wurden die zur Carl-Zeiss-Stiftung in Jena gehörigen Glaswerke eröffnet — ein für die Wissenschaft und für Sozialpolitik epochenmachendes Ereignis. Gewissermaßen als Jubiläumsgeschenk ist ein prächtiges Werk über die Glasindustrie in Jena und ihre Entwicklung erschienen: „Die Glasindustrie in Jena. Ein Werk von Schott und Abbe. Geschrieben von Eberhard J. Schimmer. Mit Zeichnungen von E. C. Kuitkan. Verlegt bei Eugen Neuberger, Jena 1900“ (Preis broschiert 6, gebunden 9 M.). Das Buch ist ein einzig dastehendes Meisterwerk anschaulicher Darstellung. In großen Zügen wird die allgemeine Entwicklung der Glasfabrikation von der 4000 Jahre zurückliegenden Zeit an bis zu der an Frauenhofers Namen anschließenden wissenschaftlichen Glasfabrikation im ersten Kapitel geschildert. Ein zweites führt uns die wissenschaftliche Glasfabrikation vor: Frauenhofers Problem, die Schmelzversuche des Warrers Harcourt, Experimente in der älteren Industrie, Studien des Chemikers Schott und des Physikers Abbe und das Zusammenarbeiten beider bis zur ersten Anlage des Jenaer Werkes im Jahre 1884 durch Abbe, Schott und Zeiss. Das Jenaer Werk selbst wird in dem letzten größten Kapitel geschildert. Wir behalten uns vor, auf die Darstellung der Entwicklung der Glasindustrie, die als ein Stück Kultur- und Lebensvoll in Schilderung und Bild uns vorgeführt wird, zurückzukommen. Für heute seien Abbes sozialer Tat, der im Jahre 1890 von ihm gegründeten Carl-Zeiss-Stiftung, nach dem Schimmerischen Buch einige Worte gewidmet.

Mit Preisgabe aller persönlichen Interessen ernannte Abbe die von ihm gegründete „Carl-Zeiss-Stiftung“ 1890 zur Mitinhaberin und späteren alleinigen Besitzerin des Glaswerkes, so wie er auch die optische Werkstätte von Carl Zeiss gleichzeitig zum Eigentum der Stiftung und dadurch ihren Ertrag zum Gemeingut der Gesellschaft gemacht hat.

„Unpersönlicher Besitz und Vertretung idealer, unpersonlicher Interessen“: Darin liegt — Abbe sagt es selbst — der Grundgedanke seiner großartigen Schöpfung. Weder eine einzelne Person noch die Gesamtheit der tätigen Mitarbeiter des Unternehmens sollen seine Besitzer sein. Sie haben dazu nach seiner Ueberzeugung kein Recht, weil bestehende industrielle Organisationen als solche viel mehr Gewinne bringen, als dem persönlichen Verdienst eines jeweiligen einzelnen Mitgliedes zuzunehmen. Jeder soll und muß aber dem Ganzen so weit dienen, daß das Unternehmen sich nicht nur mit dem marktgängigen Kapitalzins und einer notdürftigen Risikoprämie begnügt, sondern wie jede andere, innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsform sich erhaltende Unternehmung einen angemessenen Reingewinn ergibt. Ein Betriebszweig um die Selbstkosten würde das Abschreiben der „vorgelegenen Kässe der Organisation“, die beginnende Faulheit des Ganzen, bedeuten.

„Sozial“ sein, heißt arbeiten, für die Gemeinschaft arbeiten — so meinte es Abbe! — So lange wir nun in einem kapitalistischen Zeitalter leben, so lange ein Unternehmen durch die Wirtschaftsform gezwungen ist, „kapitalistisch“ zu produzieren, muß es deshalb auch einen Reingewinn abwerfen. Wenn nicht, dann haben seine Verwalter schlecht gearbeitet und schlecht geleitet. Sozial wird das Unternehmen allein dadurch, daß es seinen Reingewinn, wie die Abbeschen Stiftungswerte, dem Staat, d. h. der Kultur zur Verfügung stellt. Täten dies alle Fabriken, dann hätten wir, sagt Abbe, einen solchen Ueberfluß an Mitteln für Kulturzwecke, daß ohne weiteres ein großer Teil der sozialen Aufgaben eines besseren Staatswesens als das gegenwärtige gelöst wären.

Die Abbesche „Carl-Zeiss-Stiftung“, verwaltet durch das Großherzoglich-Sächsische Kultusdepartement, gemäß den Vorschriften des Stiftungsstatuts, ist: alleinige Besitzerin der selbstständigen, unter eigener Leitung stehenden Optischen Werkstätten Carl Zeiss und ferner Mitbesitzerin (nach Ausscheiden von Dr. Schott alleinige Besitzerin) des selbstständigen, unter eigener Leitung stehenden Glaswerkes Schott und Genossen.

Für jeden der beiden Stiftungsbetriebe gelten gesetzmäßig festgelegte Bestimmungen über: 1. Arbeitslohn; 2. Versicherung gegen Arbeitslosigkeit (Entlassung); 3. Fürsorge für die Familie des Arbeiters; 4. Arbeitszeit.

Nach Abbes Willen ist es nicht der Zweck der Jenaer Fabriken, einen möglichst hohen Reingewinn auszubringen, sondern „Nahrung“ zu liefern eines zahlreichen Personenkreises“ zu sein, deren gewerbliche Tätigkeit nur in solchen Industriezweigen besteht, welche die enge Verbindung zwischen Wissenschaft und Technik aufrecht erhalten, wie sie durch die Gräber der Unternehmungen selbst angebahnt worden ist.

Unter diesem Gesichtspunkt ergibt sich für die Angestellten zunächst das wirtschaftliche Verhältnis einer „Arbeitsgenossenschaft“ wie Abbe sagt, an Stelle eines ausgebeuteten, der Gewinnmacht eines persönlichen Unternehmers preisgegebenen „Personals“. Für das Werk ergibt sich als geschäftlicher Standpunkt, im Gegensatz zu anderen Unternehmungen, die Einbeziehungen des Arbeitslohnes in die Summe des wirtschaftlichen Gesamtvertrages.

Der Lohn setzt sich aus einem unveränderten festen Lohn und dem aus der Höhe des Reingewinns, also veränderlichen Gewinnanteil zusammen. Der Reingewinn der Stiftung ist Kulturzwecken gewidmet. Jeder Angestellte erwirbt nach hiesiger Dienstzeit einen Anspruch auf Invalidenpension (600—1200 M.). Die Witwe erhält 40 Proz., jede Witwe bis zum vollendeten 15. Lebensjahre 20 Proz. der Invalidenpension. Die Arbeitszeit ist eine achtstündige (mit einigen bis zu 8 1/2 Stunden gehenden Ausnahmen). Jeder Arbeiter hat Anspruch auf sechstägigen Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes.

Das sind einige der Hauptbestimmungen der Stiftung. Der Verfasser des Buches hat recht: das Schönste, das Abbe hinterlassen hat, ist der ideale Gedanke, den zu erhalten und fortzuführen Aufgabe insbesondere der Beamten des Werkes sein sollte. Die Abbesche Bestimmung sozialer Gerechtigkeit wird weiter wirken: die Achtung des arbeitenden vor dem arbeitenden Menschen, gleichviel was Standes er sei — die tiefe Verachtung jener hoffärtigen Menschenklasse, die nur sich selbst dient, von der Gesellschaft ernährt, die sie gewissenlos und schamlos ausbeutet.“ Ist auch das Ziel zu erreichen unmöglich, das Abbe früher nachschrieb, „Die Ueberreinerung eines gesunden Mittelstandes“, so wird seine Wirkmacht für die Erreichung des großen Ziels ihr Teil beitragen, das die Gleichberechtigung aller Bürger durch Beseitigung der Ausbeutungsmittel erstrebt.

Das Schimmerische Buch schließt mit folgendem, warm empfundenen Nachruf:

Ernst Abbe willt nicht mehr unter den Lebenden. Er brach zusammen unter der Last fast übermenschlicher Geistesarbeit, von der hier nur ein winziger Bruchteil geschildert werden konnte. Ein tragisches Ende zerküßte diesen Einsamen unter den Großen der Industrie und Wissenschaft, dessen Dasein identisch war mit der Arbeit, Arbeit für die menschliche Kultur; dessen höchstes,

innigstes Glück und Würde, die Früchte seiner genialen Gaben, seines aufreibenden Schaffens anderen hinzugeben.

Nach sind die „Optische Werkstätte“ und „Das Glaswerk“ mit ihren dreitausend „Arbeitsgenossen“ in Abbes Sinne einzig in ihrer Art. Wird das Plamenwort des großen Jenseiters auch andere Läter finden? —

Hier werden sich Kronen
In ewiger Stille,
Die sollen mit Hülle
Die Tötigen lohnen!
Wir heißen Euch hoffen.

Aus der Frauenbewegung.

Her mit der Reichs-Mutterschaftsversicherung!

Die große Säuglingssterblichkeit in Deutschland hat die Aufmerksamkeit der Sozialpolitiker schon lange herausgefordert. Mangelhafte, nicht naturgemäße Ernährung ist als die Hauptursache der bedauerndsten Erscheinung erkannt. In bezug auf die Säuglingssterblichkeit war bis jetzt jeder ernsthafte Versuch, eine Besserung von Staats wegen herbeizuführen, vergeblich. Es ist kein Geld da! Die Kosten für eine solche Forderung würden sich zu hoch belaufen! So lautet wie bei allen anderen Kulturfragen die heretische Redensart. Während man, um Menschenleben zu vernichten, Millionen über Millionen aus dem Volke preßt und sie dem Moloch Militarismus strupellos opfert, müssen so tief einschneidende Fragen wie die Säuglingssterblichkeit in ihrer Lösung an dem Kostenpunkt scheitern. Allerdings könnte diese Frage in den Kreisen der oberen Gesellschaft leicht gelöst werden, hätten nur die Damen mehr Pflichtgefühl und würden sie, anstatt täglich nach neuen verrückten Hüften und Kleider-schnitten zu suchen oder ihre Stunden auf Vällen, Rennen und sonstwo in dem Nichtstun zu verträdeln, ihre Kinder selbst pflegen und nähren und dies nicht fremden bezahlten Kräften überlassen. In den arbeitenden Schichten spielt der Mangel an

Zeit und die Verwendbarkeit von minderwertigen Ersatzmitteln eine ausschlaggebende Rolle. Sieht die arme Frau bei der Nähmaschine, so kann sie sich, will sie bei den bekannten Hungerlöhnen auf ihren notwendigen Verdienst kommen, nicht allzubiel mit der Pflege und der Wartung der Kinder abgeben. Geht sie dagegen in die Fabrik oder ist sie gar in Stellung, bedeutet das die gänzliche Trennung von ihrem Kinde. Zwar sind schon Ansätze mit Fabrikstillstunden gemacht, aber ehe diese Einrichtung verallgemeinert wird, läuft noch viel Wasser die Spree hinab. Nicht minder traurig liegen die Verhältnisse auf dem platten Lande, was in einem Leseabend kürzlich ergreifend illustriert wurde. Eine Genossin schilderte ihre Erlebnisse auf einem schlesischen Rittergut, wo sie die Arbeiten, wie Wäsche und dergleichen, zu verteilen hatte. Es war ihr bei Strafe der Entlassung verboten, während der Arbeit den dort beschäftigten Müttern zu gehatten, ihre Säuglinge zu stillen. Die Gräfin selbst war es, die dieses Verbot erlassen hatte. Nur in der halben Stunde Tischzeit war es den Frauen gütigst freigestellt, ihre mütterlichen Pflichten zu erfüllen.

Auch der heute gewährte gesetzliche Schutz der Mutter vor und nach der Mutterschaft ist in der Praxis wenig wert. Nur die in Orts- und Betriebskrankenkassen Versicherten erhalten eine Unterstützung und auch diese nur in Form eines Zweidrittel-Tagesverdienstes. Davon kann aber niemand leben. Es ist deshalb leicht erklärlich, daß die werdenden Mütter ihren Zustand möglichst lange, selbst bis einige Stunden vor der Niederkunft, verheimlichen, und daß die jungen Mütter bald nach der Geburt wieder zu arbeiten versuchen. Wenn der Staat Geld hat, um Milliarden zu kulturfürsichtigen Zwecken zu verwenden, wenn für Repräsentation, Brunnenbauten und unnützlich hohe Gehälter der oberen Beamten kolossale Summen vergeudet werden, dann ist es vor allem Pflicht, die am Marke des Volkskörpers gehenden Uebel zu beseitigen. Deshalb: Her mit der Reichs-Mutterschaftsversicherung!

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse! Montag, den 5. Juli, nachmittags 3 Uhr: Kaffeelocher im Victoria-

garten, Treptow, Köpenicker Landstraße 25/26, Joh. Karl Ludwig.
Mittwoch, den 7. Juli, im Neuen Klubhause, Kommandantenstraße 72: Generalversammlung. — Mitglieder, die schon längere Zeit im Besitz von Büchern aus der Bibliothek sind, werden um flehentliche Rückgabe gebeten.

Eingegangene Druckschriften.

Ein tschechisches Dienstmädchen. Kleiner Roman von W. Brod, 150 R. — Das Herz des Vitzke Pa. Roman von W. Gochdorf, 4 R. — Das Meer und die großen Wälder. Drei Erzählungen von H. Gausland, 250 R. — Lesungsgesellschaft. Frühjahrsheft aus Franken von R. Dauternde, 250 R. — Heber allen Verstand. Von R. Michaelis, 2 R. — Karl Junter, Berlin W. 15.
Kurzgefaßte Geschichte der Bildung und Entwicklung der Eigen wider den Zweikampf und zum Schutze der Ehre von S. R. G. Von Monso von Bourbon und Desterreich. Ehe, Infanterie von Spanien. Uebersetzt aus dem Französischen durch Maria Frein v. Vogelgang. Deutsch. 1. R. Koller u. Co., Wien.
Der deutsche Metallarbeiterverband im Jahre 1908. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder. Selbstverlag in Stuttgart.
Die Arbeitervertretung in der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung. 88 Seiten. Herausgegeben vom Zentralarbeitersekretariat in Berlin. Selbstverlag.
Mein kleiner Junge. Von R. Erwald. — Der Baum der Erkenntnis. Von Emen Lange. — Mondnacht in Analf. Von O. Bessmer. 4. Rangen, München.
Das österreichische Antik. Essay von J. Sallen. (S. Hfger, Berlin.) Geb. 4 R., geb. 5 R.
Aus deutscher Dämmerung. Schattenbilder einer Uebergangskultur. Von J. G. Freiherrn v. Grotthaus. Geb. 3 R., geb. 4 R. Greiner u. Pfeiffer, Stuttgart.
Park- und Gartenstudien. Von A. Lichtwart. 121 Seiten. B. Cassirer, Berlin W. 25.
Die Gemeindebetriebe der Stadt Düsseldorf. Von Dr. D. Rott, 380 R. — Die Gemeindebetriebe Mannheim. Von Dr. D. Rott, 440 R. — Die Gemeindebetriebe der Städte Magdeburg, Rumburg a. S., Frankfurt a. M. Von Prof. Dr. D. Landsberg, Dr. C. B. Schiele und Dr. A. Dusch, 4 R. Duncker u. Humblot, Leipzig.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Soweit Vorrat:

Montag, den 13. cr. Verkauf der

Sommer-Rest-Bestände

Die Preise sind teilweise bis zur Hälfte herabgesetzt

Unter anderem:

Wollmusseline .. 45 Pf.	Batistblusen reich m. Ein-sätzen garn. 1 ²⁵	Waschanzüge für Knaben ver-schle-dene Größen und Fassons 85 Pf.	Echte Panamahüte (Stumpen) 3 ⁵⁰
Seidenstoffe in vielen Mustern u. Qualitäten 95 Pf.	Seidenblusen aus Taffet u. Messal. 6 ⁷⁵	Waschblusen 60 Pf.	Oberhemden weiss und farbig ... 1 ⁹⁵

Beachten Sie unser Sonntags-Insert.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 3. Juli.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Neues königliches Operntheater.
Lillian und Holde.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. In einer Erde und im ersten Stod.
Kammerstücke. Ein Standal in Monte Carlo.
Fessing. Die Dollarprinzessin.
Berliner. Ein Herbstmander.
Neues Schauspielhaus. Moral.
Schiller O. (Königer-Theater).
Madame Bonvard.
Schiller Charlottenburg. Der Biberpelz.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schan-spielhaus. Der Trompeter von Säckingen.
Römische Oper. D diese Leutnants.
Rened. Der Goldschid.
Thalia. Im Café Roblesse.
Lustspielhaus. Die Sprudelfee.
Neues Operetten-Theater. Der fejsche Rudi.
Luffen. Die Kunde des Brietlers.
Folies Caprice. Drei Frauenhüte.
Der Defektur usw. Anf. 6 1/2 Uhr.
Metropol. Die oberen Rehnlaend.
Bernhard Rose. Das Mädchen ohne Ehre.
Berliner Prater. Non lebt ja nur einmal.
W. Noack Theater. Verbotene Wege.
Wpoko. Karstein. Er oder Er.
Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Vasage. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Stadt-Theater Moabit. Spezia-litäten.
Volksgarten. Spezialitäten.
Brunnen. Die Spreewald-Räthe.
Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Der Kompagnieball.
Urania. Kanonenruhe 48/49.
Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Lessing-Theater.

Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters.
Anfang 8 Uhr.
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.
Berliner Theater.
Operetten-Gastspiel.
Täglich 8 Uhr.
Ein Herbstmander.

Neues Theater.

Abends 8 Uhr:
Der Hoteldieb.
Sonntag und folgende Tage:
Der Hoteldieb.

Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).

Gura-Oper.
I. Mottl-Abend.
Tristan u. Isolde
in 3 Aufzügen v. Richard Wagner.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Sonnt.: Lehangria. Einfache Preise.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25. a. b. Luisenstr.
Anfang 8 Uhr:
Die Sprudelfee.
Operette in 3 Akten v. S. Reinhardt.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Der fejsche Rudi.

Max Kliems

Sommer-Theater und Festsäle.
Rudolf Krüger Hasenholds 13/15.
Täglich:
Grobes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Kst. Leitung: Walter Gravenitz.
Neben Donnerstag: Elitetag.
Hörsend und nach der Vorstellung Tanzkränzchen.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Königer-Theater).
Madame Bonvard.
Schwan in 3 Akten von Alexander D'Alfon und Antonio Mars.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Madame Bonvard.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Der Biberpelz.
Eine Liebeskomödie in 4 Akten von Gerhard Hauptmann.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Der Biberpelz.

CASTAN'S PANOPTIUM

Friedrichstr. 165 (Pachorpalast).
Heute: Letzter Sonntag!
Ohne Extra-Entree!
Mariedl die größte Riesin der Welt.
Täglich von 11-1 Uhr mittags und von 4 Uhr nachmittags ab:
Grobes Konzert von italienischer Damenkapelle.
Arturo's Zauberland! Solireen: 12 Uhr mittags und von 4 Uhr nachmittags stündlich. Hauptsoireen 8 Uhr abends.

Drei Züge

und Sie werden jubeln: „Endlich meine Liechugsmarke gefunden“
Epirus-Cigaretten
Lieblingsmarken:
Hadzi Loja . 2 bis 6 Pf.
Ring-Cigaretten 2 bis 3 ..
Polologow . 3 bis 12 ..
Lord Alayor . 4 bis 10 ..

W.Noack Theater

Direktion: Rob. Ott. Brunnstr. 16.
Im schattigen Garten, bei Regen im Prater-Theater!
Große Extra-Vorstellung!
Die Ehre des Hauses.
Vor- und nachher: Spezialitäten.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Berliner Prater-Theater

Kastanienallee 7-9.
Täglich:
Man lebt ja nur einmal!
Spezialitäten ersten Ranges.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Sonnabend, den 3. Juli, Anf. 8 Uhr:
Der Trompeter von Säckingen.
Op. in 4 Akten v. Bitt. Rehar. (RI. Dreis.).
Sonntagnachm. 3 Uhr: Martha oder Der Markt zu Richmond.
Abends 8 Uhr: Die Jüdin.

BERNHARD ROSE THEATER

Gr. Frankfurter Str. 132.
Das Mädchen ohne Ehre.
Sensationsstück in 4 Akten von Melotte.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Auf der Gartendüne Anfang 4 1/2 Uhr.
U. a.: Billi Kaston in Berlin auf Eiseln. Paul Corabint Spezialitäten.

Elysium

Sandberger Allee 40/41. Ecke Peterburger Straße.
Heute sowie täglich im prachtvollen Naturgarten:

Vorstellung

abwechslend von drei der bestrenommiertesten Sängergesellschaften.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
(Meysel, Britton, Schrader usw.)
Anfang mochenlag 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN

Täglich:
Grobes Militär-Doppel-Konzert.
Eintr. 1 M., v. abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kind. u. 10-Jähr. d. Hälfte.

Walhalla-Opern-Theater

Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr. Am Theater:
Die grandiosen Spezialitäten.
Im Garten: Freikonzert.
Vor der spanischen Arena.

Damms Volkspark-Theater

Sandberger Allee 74/77.
Große Vorstellung des Rheinischen Künstler-Ensembles
nicht aufzutreten in d. Spezialitäten.
Zum ersten Mal in Berlin.
Neben Mittwoh: Kinderfest.

Puhlmann's

Königliches Opern-Theater
Täglich: Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Die Dollarsprinzessin. Neu! 12 erstklassige Spezialitäten.
Beginn 4 1/2 Uhr.

Metropol-Theater

Die oberen Zehntausend.
Amerik. Operette v. Jul. Freund.
Musik v. Gust. Kerker. In Szene
gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Tänze von Mr. Bishop.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater

8 1/2 Uhr: Die neuen Spezialitäten.
Prolongiert! Jean Paul Prolongiert!
No. 9 Yanke Doodle Girls.
Novität! 9 1/2 Uhr: Novität!
Die lustigen Zecher.
Original-Staffel von Leo Billward.

Pro- longiert! Hartstein Pro- longiert!
in Er oder Er

WINTERGARTEN

„La Pia“
in ihren Phantasie-Tänzen.

Golemanns

gemischter Dressur-Akt
Garcias
Jonglierende Silhouetten
sowie eine Kette

Hervorragend. Kunstkräfte!
Reserviert. Platz 2 M. Entree 1 M.
(einschl. Programm u. Gardarobe.)

Castans Panoptikum

Friedrichstraße 163
(Pechorpalast).
Neu! Sensationell!
Lebend!

Zwei Köpfe
Ein Rumpf
Vier Arme
Vier Füße
Ohne Extra-Entree

Ein menschliches
Monstrum!

Passage-Panoptikum

Lebend!
Die letzten weiblichen Wesen
vom Stamme der
Azteken!
Gr. Schaulustungen
Vitascope-Theater usw.
Alles ohne Extra-Entree.

Brunnen-Theater

Badstraße 58. Direktion: Willi Voigt.
Heute sowie täglich:
X Erstklassige Spezialitäten! X
Novität! Novität!
Die Spreewald-Käte.
Gr. Musikantengesellschaft mit Gesang u. Tanz in 4 Akt. v. Hoffmann.
Raffeneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

Karls Garten

Rixdorf, Karlsartenstr. 6-11.
X Wunderschöner alter Naturgarten. X
Sonntags: **Konzert.**
Montags: **Die lustigen Kalauer.**
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Mittwochs: **Gr. Kinderfest.**
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
Rinder 10 1/2.
weiche Schärpe oder Mütze verabschiedet
wird.

Vereins-Brauerei

Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Ookonom: Max Wondt.
Täglich: **Gr. Militär-Konzert.**
Jeden Dienstag:
Gr. Kinder-Freuden-Fest.
Entr. 15 Pf. Mütze od. Schärpe grat.

Sozialdemokratischer Wahlverein des IV. Berliner Reichstags-Wahlkreises Sommerfest

Sonntag, den 4. Juli cr., in nachstehenden Lokalen:
Seeterrasse Lichtenberg
(zwischen Landsberger Allee und Röderplatz).
Fahrverbindungen mit Linien 71 bis Röderplatz, 64 bis Landsberger Allee (Ringbahn), Bahmannstraße, Hohen-Schönhauser Bahn bis Röderstraße, und von SO. m. d. Hoch- u. Nebenbahn bis Bornsdorferstraße. Theater, Turmspiel, u. Trapezünstler, Komiker, Puccini usw. Circa 75 Programmnummern der hervorragendsten Leistungen. 15 Ruderboote auf dem 11 000 q Meter großen See. Ruderpreise auf der 20 000 q Meter großen Wiese unter Leitung von Mitgliedern des Turnvereins „Nichte“. Preisfestlichkeiten. Konzert, Tanz, Feuerwerk.

Schwendwürdigkeiten aus dem preussischen Dreiklassenparlament.
Anfang der Vorstellungen hier pünktlich 3 Uhr.
Ludwigs Viktoriagarten Treptow, Köpenicker Landstraße.
Besichtigungen aller Art. Schwendwürdigkeiten aus dem preussischen Dreiklassenparlament, sowie Konzert, Tanz, Preisfestlichkeiten, Feuerwerk.

Alte Taverne, Stralau.
Konzert, Tanz, Schwendwürdigkeiten aus dem Dreiklassenparlament, Marionetten-Theater.
Raffeneröffnung 2 Uhr. 218/15* Billett 20 Pfennige.

Jedes Kind erhält am Eingang in allen Lokalen einen Bon für Stocklaterne und Karussell gratis.
Kaffeebojen in allen Lokalen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III, 1239. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt III, 1957.

Achtung! Geldschrankschlosser. Achtung!

Montag, den 5. Juli 1909, abends 6 1/2 Uhr:
Versammlung
sämtlicher in den Geldschrankfabriken beschäftigten Arbeiter
in Frankes Festsälen, Badstraße 19.

Tages-Ordnung: 119/9
1. Bericht über den Stand unserer Bewegung. 2. Diskussion.
Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, für zahlreichen Besuch dieser Versammlung zu agitieren.
Die Ortsverwaltung.

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 47/48.
Täglich:
Spezialitäten und
Theater-Vorstellung.
Anf. d. Vorstellung montags 7 Uhr,
Konzert 6 Uhr. Sonnt. 6 bzw. 5 Uhr.
Garteneröffnung 3 Uhr.
Neben Montag: Spezialitäten, Spezialitäten und Solos der „Lustigen Sängler“.
Bei Regenwetter Vorstellung im großen Theater-Saal.

Schweizer-Garten

Am Köpenicker. Am Friedrichshagen
Anfang 4 resp. 5 Uhr
Täglich Entree 30 Pf.
Theater-Vorstellung
Spezialitäten. D. neue Zaubrprogramm.
Kinematograph, Volksbelustigung.
Jed. Mo. Der Seekadett in 2 Akt.
Jed. Mittwochs: Kinderfreudenfest.

Kreuzberg-Festsäle und Garten.

Dirigiert von O. Ernert, SW., Kreuzbergstr. 48.
Neben Freitag:
Hoffmanns Norddeutsche Sängler.
Passen u. Vorzugst. gültig.
Neben Sonntag:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Entree frei.
Verf. d. Sonnab. an Vereine zu geb.

Zeuthen, Restaurant Albrechtshof

zum gemütlichen Heirath. 1401 L*
Bestester Ausflugsort, idyllisch am Zeuthener See zwischen Eichwalde, Schmückwitz u. Zeuthen gelegen. Fahrplanmäßiger Verkehr (stündlich) der Stern-Dampfer ab Berlin-Jannowitzbrücke und Grünau.
Den geehrten Vereinen und Gewerkschaften bestens empfohlen.
Hochachtungsvoll H. Spethmann.

Waidmannslust, Etablissement „Zum Bergschloß“

Inh.: R. Heinrichs. — (Schönstes Lokal an der Nordbahn.)
Sonntag, den 4. Juli 1909:
Großes Volksfest
veranstaltet von den soz. Wahlvereinen Waidmannslust u. Borsigwalde, bestehend in Konzert, Gesang, turnerischen und Radfahr-Aufführungen. Besichtigungen für Kinder, Feuerwerk usw.
Anfang 3 Uhr nachm. Eintritt 20 Pf., Kinder frei.
Im Saale: TANZ.

Herren-Stoff-Reste Wer — Stoff — hat

fertige Herrenanzug, 20 Stk. ohne Konkurrenz, gold. Medaille.
Ludwig Engel, Prenzlauer Str. 23, II. (Alexanderplatz.)
Spezialität: Frühjahrsanzug nach Maß, komplett „Napoleon“ R. 36, Sommerpaletot nach Maß, „Weltberühmt“ R. 32, neueste gestreifte Mäntel, reine Wolle. Siehe auch Warenbuch Teil I u. IV.
Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft!

M. Landau's

Waren- und Möbel-Kredit-Haus

liefert solide Waren zu soliden Preisen
nur 193 Oranienstr. 193
am Heinrichsplatz.
Möbel-Einrichtungen, wie auch einzelne Stücke
Herren- und Damen-Konfektion zu billigsten Preisen.
Wegen vollständiger Aufgabe des Artikels 1770 L*
Ausverkauf von Damengarderobe zu billigen Preisen auf Kredit.

Gesangver. Norddeutsche Schelle.

Am 1. Juli verschied unser Mitglied
August Weidener
Grimmstraße 7.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. Juli, nachmittags 5 Uhr, auf dem neuen Jakobikirchhof, Hermannstraße statt.
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau
Marie Zechert
geb. Richter
plötzlich verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. Juli, nachm. 5 Uhr, auf dem Thomas-Kirchhof, Rixdorf, Hermannstraße statt.
Wilhelm Zechert nebst Kindern.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Krankschreiben bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Baters, lagern wir allen Verwandten, Freunden, Genossen sowie Kollegen unseren herzlichsten Dank.
Witwe Elise Barschin nebst Kindern.

Ausnahme-Preise.

Wannabe: Mai, Juni, Juli.
A. B. Koch
Kohlen- und Holzgroßhandlung
Gegründet 1893.
Hauptkontor Berlin O. 34, Petersburger Straße 1 (vis-à-vis Warschauer Straße).
Fernspr. Amt 7 Nr. 8040 u. 8096.
Lagerplatz I: Berlin O. 34, Bromberger Str. 16 (am Ostbahnhof).
Lagerplatz II: Berlin O. 17, Fruchtstraße 13 (Güterbahnhof Ostbahn).
Lagerplatz III: Güterbahnhof, Weichensee, Greifswalder Straße 80a. Amt VII, 7624. 6902*
Lagerplatz IV: Berlin N., Behmstraße 28-31 (Ecke Schiedeler Straße).
Preise für nur 10 Marken ab Platz von 10 Stk. an:

- Prima Halbheine Ferdinand Str. 78 Pf.
 - „Halbheine Zauchhammer Str. 81 Pf.
 - „Halbheine Kfz. Str. 85 Pf.
 - „Ferdinand-Bril. Str. 80 Pf.
 - „Anna und Waldmannsheil Str. 87 Pf.
 - „Pflaumerstr. Str. 89 Pf.
 - „la Diamant-Salon (pr. Str. 110-120 St.) Str. 95 Pf.
 - „la Kuh, Kohlenwerke Str. 95 Pf.
 - „la Jule Salon Str. 95 Pf.
 - „la Antkrantz-Cade Str. 215 Pf.
- Kofz., Steintöfen usw. zu den billigsten Tages- und Konventionspreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf. mehr. — Bei Originalwaggons und größeren Abhängen verlangen Sie meine Spezial-Differenz.

Preiswürdig

kaufen Sie nur im

größtes Spezial-Geschäft
für feine Herren-Bekleidung
fertig und nach Maß
mit Lat. oroklass. Schneidermetr.
J. Kurzberg
Rosenthalerstrasse 40, I

gegen Bar und auf Teilzahlung!
Wochenrate

von 1 Mark an.

Nathan Wand

129 Stalher Str. 129.
Die schönsten 1754 L*
Herren-Sommer-Paletots und Anzüge sowie speziell Monats-Garderobe
von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Gausanzüge sind in großer Auswahl stets zu stannend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Stalher Str. 129.
Hochballustration Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Vorjährige

hochelegante 1755 L*
Anzüge und Paletots aus feinsten Stoffen, früherer Preis 60-90, jetzt 20-40, werden täglich im **Kavalier-Klub** Unter den Linden 61, II verkauft.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am 1. Juli verstarb unser Mitglied, der Friedhofsinhaber der Freireligiösen Gemeinde
Wilhelm Krause
Wappel-Allee 15/17.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 6. Juli, nachmittags 5 Uhr, auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstagswahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am 27. Juni verstarb unser Mitglied, der Arbeiter
Robert Roestel
Bräufelderstraße 8.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gnadenkirchhofs, Barfußstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.

Todes-Anzeige.

Am 30. Juni verstarb unser Mitglied, der Brauer
Anton Straub
(90. Bezirk).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
235/10 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter
Karl Ragötzky
am 30. Juni gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorf-Krankenhaus aus nach dem Heilandsfriedhof Pflägensee statt.
Rege Beteiligung erwartet.
119/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin I.
Todes-Anzeige.
Unserem Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Ewald Maske
Mitglied seit 23. Januar 1906, am 28. Juni cr. freiwillig aus dem Leben geschieden ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Aufseher-Kirchhofes in Weihensee aus statt. 68/9
Um rege Beteiligung ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Nachruf. 17562

Am 1. Juli verschied nach kurzem Krankenlager unser hochverehrter Chef, der Stadtgarten-Direktor,
Herr Mächtig.
Die Versterben in ihm einen stets gerechten und humanen Vorgesetzten.
In seinem Beruf und Pflichterfüllung wird er uns stets ein leuchtendes Vorbild bleiben.
Ehre seinem Andenken.
Verein städtischer Gärtner Berlins.

Todes-Anzeige.

Am 1. Juli starb meine liebe Frau und gute Mutter
Minna Kappelt
am Herzschlag. 8445
Die Beerdigung findet am Montag, den 5. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des Philipps-Apostel-Kirchhofes, Müllerstr. 44/45 aus statt.
Theodor Kappelt
und Kinder.

Partei-Angelegenheiten.

Auf! zum Sommerfest des 4. Kreises!

Das diesjährige Sommerfest des 4. Kreises findet am Sonntag, den 4. Juli, in den Lokalen Seeterrasse-Lichtenberg, Ludwigs Viktoriagarten-Treptow, und in der Alten Taverna, Stralau, statt.

Die im Lokal Seeterrasse vorhandenen Räumlichkeiten begünstigen besonders die in Aussicht genommenen Veranstaltungen und künstlerischen Aufführungen. Auch für die junge Garde ist Sorge getragen.

V. Wahlkreis. Der Familienausflug der siebenten Abteilung findet morgen Sonntag nach Pichelswerder zum alten Freund statt.

Weissenfee. Der sozialdemokratische Wahlverein veranstaltet Sonntag, den 11. Juli cr., in Nachhaus' Volksgarten, Udermarktstraße 6-9, ein großes Sommerfest.

Schlenker. Heute abend 8 Uhr findet im Lokale von Ried, Karlstr. 12, eine Volksversammlung statt.

Marientorf. Heute Sonnabend abend 8 1/2 Uhr bei Lucas, Königstraße, außerordentliche Mitgliederversammlung.

Lichtenberg. Die Bibliothek des Wahlvereins ist wieder geöffnet. Die Ausgabe der Bücher erfolgt Mittwochs und Sonnabends in der Zeit zwischen 6-8 Uhr.

Berliner Nachrichten.

Zweierlei Jugendausflüge.

An der lebenden erwachsenen Generation versucht die moderne Mädelerei ihre seelenreiterischen und staatsverhaltenden Künsteleien vergebens. Die mit Macht erwachte Ueberzeugung, daß die Kirche als eine Stütze der heutigen reaktionären Regierung angesehen werden muß, ist schon zu tief in die Massen gedrungen.

Ist es nicht eine wahre Lust und Freude, gegenüber diesen in die Zwangsjade christlich-sozialen Fanatismus gesperrten Jünglinge die kernige, freibetätigende Armee unserer arbeitenden Jugend zu betrachten? Das ist dochendes, lebenswarmes Blut vom Blute sozialgesinnter Mütter, strebender Geist vom Geiste zielbewusster Väter, die für Ideale und Freiheit kämpfen.

Ausflug und Reichsvereinsfest. Ein jugendlicher Arbeiter schickt uns folgende amüsante Schilderung eines Ausfluges:

Was wir noch nicht gewußt haben, aber was wir jetzt desto besser wissen, besser vielleicht als diejenigen, welche das Reichsvereinsfest geschlafen haben, ist, daß Ausflüge, an denen ein paar zehrend junge Leute teilnehmen, aus unserer preussischen Polizei als öffentliche Umzüge betrachtet werden, die 48 Stunden vorher angemeldet und genehmigt werden müssen.

Nächsten wir da (circa 40 Jugendliche) am Sonntag, den 27. Juni, einen kleinen Ausflug nach Dahlem, um uns dort in

dem Botanischen Garten einige Stunden an den Gebilden der Natur zu erfreuen. Als wir unseren Wissensdurst befriedigt hatten, und aber noch sehr rüstig fühlten, beschloßen wir, anstatt zu fahren, durch den Grunewald nach Berlin zu laufen.

„Wo ist der Ausweis, daß dieser Zug genehmigt ist?“ tönt es als Antwort entgegen. „Was wissen wir von Ausweis und Genehmigung. Wir sind hier junge Leute, die den freien Sonntag dazu benutzen, den Lungen etwas frische Luft zuzuführen und dem Körper gesunde Bewegungen zu verschaffen, und dazu ist bis jetzt noch keine Genehmigung notwendig gewesen.“

Das nächste Mal geht es in kleinen Kotten, zehn Schritt Entfernung, und zur Sicherheit 48 Stunden vorher angemeldet. Vielleicht um die Sache abzurunden: Heil Dir im Siegerfranz und dazu: Dieb Vaterland magst ruhig sein!

Ein Massenausflug der arbeitenden Jugend

findet am Sonntag, den 4. Juli, nach dem Lokal von Wöllstein in Adlershof, Wilmersdorf, 24, statt.

Der Ausflug wird in Gruppen veranstaltet. Die einzelnen Gruppen marschieren morgens um 7 Uhr von ihren Treffpunkten ab und treffen um 12 Uhr in Adlershof ein.

Treffpunkte:

Die einzelnen Gruppen treffen sich an folgenden Punkten um 7 Uhr:

Berliner Bahnhof. Um 7 1/2 Uhr Abmarsch über Treptow durch den Plänterwald. Dann weiter durch die Cöllnische Heide nach Adlershof.

Schlesischer Bahnhof. Vor der Willebrandstraße an der Madaustraße. Die Fahrt geht bis Karlsdorf. Wanderung durch den Wald bis eventuell Köpenick. Durch Wald nach Adlershof. Spiele und Frühstück diesmal im Walde.

Landsberger-Friedrichshain (Kriegerdenkmal). Fahrt vom Schlesischen Bahnhof nach Karlsdorf 10 Pf. Wohlheide, Sadowa, Köpenick, Adlershof.

Vinetaplatz. Abfahrt vom Bahnhof Schönhauser Allee um 7 Uhr bis Frankfurter Allee (10 Pf.). Marsch über Friedrichsfelde, Karlsdorf, Sadowa, Köpenick nach Adlershof. Fahrgeld 30 Pf. inkl. Rückfahrt.

Reiterfeldplatz. Abmarsch wird dort mitgeteilt. Bahnhof Neusselstraße. Fahrt bis Treptow. Marsch über Baumkautentweg. Dasselbst Frühstück. Weiter nach Adlershof. Bahnhof Alexanderplatz (an der Verolina). Fahrt nach Karlsdorf. Wanderung über Sadowa und Köpenick nach Adlershof. Rückfahrt von Stralau-Rummelsburg. Gesamte Fahrtkosten 30 Pf.

Potsdamer Bahnhof. Fahrt vom Potsdamer Ringbahnhof nach Treptow. Marsch durch den Treptower Park, Plänterwald, Königsheide nach Adlershof.

Die Gruppen der Vororte treffen sich gleichfalls um 7 Uhr an folgenden Punkten: Charlottenburg, Wilhelmplatz. - Nitzdorf, Kriegerdenkmal. - Rummelsburg-Lichtenberg, Warschauer Straße. - Köpenick, Köpenickerstraße. - Lichtenberg-Friedrichsfelde, Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde. - Reinickendorf und Pantow, Bahnhof Reinickendorf-Schönholz. - Schöneberg, Potsdamer Straße. - Ede Pallaststraße. - Tegel, Bahnhofspatz. - Tempelhof, Bahnhof Tempelhof. - Weissenfer, Antonplatz.

Die Teilnehmer aus der näheren Umgebung Adlershofs treffen sich an folgenden Stellen: Köpenick, nachmittags pünktlich 1 1/2 Uhr im Stahltheater; Grünau, nachmittags pünktlich 1 Uhr im Restaurant Joh. Franz, Köpenicker Straße 88; Niederschöneweide, nachmittags pünktlich 1 1/2 Uhr im Restaurant Karl Voite, Berliner Straße 54; Johannisthal, nachmittags pünktlich 12 1/2 Uhr im Restaurant Sensleben, Friedrichstr. 48; Bohndorf, nachmittags pünktlich 12 1/2 Uhr im Restaurant Falkenberg; Alt-Glenside bei Schöne Butte, Köpenicker Str. 6, um 2 Uhr.

Ober-Schöneweide. Die Teilnehmer an dem Ausflug treffen sich um 1 1/2 Uhr bei Rabe, Wilhelmshofstr. 43.

Die Jugendlichen wenden sich am besten dem ihrer Wohnung nächstgelegenen Treffpunkte zu. Dort sind Leiter zur Stelle. Die Ordner tragen weiße Binden.

Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind hierzu eingeladen.

Freisinn und Lehrerbefoldung.

Am Donnerstag hatten sich in ihrem Vereinssaale weit über tausend Berliner Lehrer versammelt, um noch am letzten Tage vor den Ferien Stellung zu nehmen zu der Behandlung der Lehrerbefoldungsfrage in der Stadtverordnetenversammlung. In der Debatte wurden die „Verdienste“ des Freisinn und die Lehrerbefoldung, sowie gewisse wenig freundliche Äußerungen des Berliner Oberbürgermeisters gebührend gewürdigt.

Der Berliner Lehrerverein erhebt gegen die Behandlung der Befoldungsvorlage durch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer außerordentlichen Sitzung am 29. Juni Protest.

Nach der Vorlage des Magistrats mit ihren geringfügigen Verbesserungen durch die Stadtverordnetenversammlung soll die

Befoldung jetzt so geregelt werden, daß der Berliner Lehrer in seinem Gehalt gegen seinen gleichartigen Kollegen in Charlottenburg, Schöneberg und Wilmersdorf dauernd durchschnittlich um 200 M. zurückbleibt. Zu demselben Zeitpunkt, wo die städtischen Körperschaften das Gehalt der Magistratssekretäre durchschnittlich um 576, das der Bureauassistenten um 487 Mark aufbessern, soll das Lehrergehalt im Durchschnitt nur um 320 Mark erhöht werden.

Der Berliner Lehrerverein beschließt, in dieser Frage die Entscheidung der königlichen Behörden anzurufen.

Rot und Arbeitslosigkeit. Der Volksbericht vom Donnerstag meldet: Die 23 Jahre alte Arbeiterin Helene L. sprang abends vor dem Hause Plan-Ufer 87 in den Landwehrkanal, wurde aber durch den Schiffsdreher Hermann Forstach aus Köpenick, der zufällig vorbeifuhr, wieder herausgezogen und aus dem Grundstück Rottbuser Ufer gelandet. Passanten schafften die Lebensmüde nach dem Krankenhaus am Urban, wo sie Aufnahme fand.

Verschüttet.

Zu der gestern unter „Lebte Nachrichten“ mitgeteilten Nachricht von der Verschüttung zweier Arbeiter beim Auswurf eines Brunnens auf dem Pionierübungsplatz an der Siboldstraße wird noch berichtet: Der vorgefundenen Schacht hinter den Scheibenständen in der Hasenheide beim Brunnenbau verschüttete Schachtmeister Robert Schüke, Nitzdorf, wurde nach zehnstündiger rastloser Arbeit tot aus dem 11 Meter tiefen Schacht herausgeholt. Die Ehefrau hatte bis dahin an der Unfallstätte, von der sie nicht fortzubringen war, ausgehalten. Die Leiche wurde nach dem Krankenhaus geschafft. Der gerettete Arbeiter Schwarzer, der vorgefunden über allgemeines Unwohlsein klagte und deshalb sich an den Rettungsarbeiten nicht beteiligte, ist ohne Schaden davongekommen.

Die Zukunft des Aquariums. Die Liquidation der Aquarium-Gesellschaft ist beendet, und das Institut soll bis auf weiteres wie bisher fortgeführt werden. Allerdings kann dieser Zustand nur ein Provisorium sein, und über kurz oder lang muß die Entscheidung darüber fallen, was mit dem Aquarium geschehen soll. Es ist zunächst erreicht worden, daß das Institut, das Direktor Hermes nunmehr auf eigene Rechnung — ohne die staatlichen Zuschüsse, nur die der Stadt blieben ihm vorläufig erhalten — weiterführt, bis über den 1. Oktober dieses Jahres in seinem alten Heim in der Schadowstraße, Ecke der Linden, verbleibt.

Entlassungen von Arbeitern aus der städtischen Parkverwaltung werden wieder gemeldet. Am letzten Sonnabend sind im Revier III fünf Mann (2 Gärtner und 3 Arbeiter) entlassen worden, denen am kommenden Sonnabend noch eine größere Zahl folgen soll. Man teilt uns mit, daß von Arbeitsmangel keine Rede sein kann. Sollen die Sammelplätze in der erforderlichen Weise gekehrt und gepflegt werden, so haben die zurzeit vorhandenen Arbeitskräfte den ganzen Sommer voll auf zu tun. Hierfür liefern die Nachbargemeinden den besten Beweis, indem sie um diese Zeit Arbeiterentlassungen nicht vornehmen. Berlin muß anscheinend unter allen Umständen immer an der Spitze marschieren, wenn es gilt, unförmlich zu handeln.

Ueberfahren. Beim Einlenken aus der Camphausenstraße in die Freiligrathstraße überfuhr vormittags ein Waghäuser der Meierei „Schweizerhof“ das 3jährige Schindlerkind Gerhard des Werkmeisters Franz Schwedel, Freiligrathstr. 4 wohnhaft. Die Mutter, die Jüngling war, die der Knabe plötzlich über den Straßenrand gesunken ist, trug das schwerverletzte Kind nach dem Krankenhaus am Urban, wo es bereits im Laufe des gestrigen Nachmittags gestorben ist.

Einen Raubmordanschlag hat gestern ein 17jähriger Gymnasiast fingiert. Er hatte einen größeren Geldbetrag von der Pant abgeholt, legte sich dann in einem Hause der Saarbrücker Straße hin und stellte sich, als sei er schwer verletzt worden. Der unbekanntes Täter war aber nicht aufzufinden. Schließlich kam heraus, daß keine Angaben alle erfunden waren. Das Geld hatte der junge Mann unter Whiffre an sich selbst abgeholt, weil er viel Geld für sich verwenden wollte.

Ein Lausbursche. Sohn armer Eltern, hat am Donnerstag ein Paket Korbzylinder im Werte von 10 M. verloren und muß für den Schaden aufkommen. Er bittet deshalb um christlichen Pardon, doch gestillt den Fundgegenstand abzugeben. In die Adresse Leberwarenfabrik P. Grohmann, Alexandrinerstr. 22, 3. Hof, Aufgang VII, 4 Treppen.

Gesperrt. Die Neue Friedrichstraße von der Spandauer Straße bis zur Burgstraße wird Kanalisationsarbeiten halber sofort bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Sisiert wurde am Donnerstagabend gegen 8 Uhr ein Arbeiter in der Koppentstraße, der die Brotverteilung bei Bremer besuden wollte. Bei dieser Sizierung angesehen hat, wird um Abgabe seiner Adresse an Otto Boese, Friedrichsfelder Straße 28, gebeten.

Ueber einen seltsam verlaufenen Ausflug von Herren der Technischen Hochschule nach Fürstentwale berichtet ein Teilnehmer, ein Regierungsbaumeister, merkwürdige Dinge. Nach der Besichtigung eines industriellen Werkes wurden die Herren von einem Bürger in der Stadt herumgeführt und kamen schließlich auch auf eine Wiese, wo sich die etwa 30 Herren photographieren ließen. Da er schien plötzlich mit einem Hund ein Polizeibeamter und forderte die Gesellschaft auf, sofort die Wiese zu verlassen. Da aber keine Warnungstafel vorhanden war und die Wiese auch nicht der Stadt gehörte, so wünschte man unter Hinweis auf die Studentenkarte eine Auskunft. Nun wiederholte der Beamte dreimal seine Forderung, erklärte dann, es liege Hausfriedensbruch vor, drohte schließlich mit dem Hund und soll sogar einige Teilnehmer angefaßt haben. Eine Vergründung seines Vorgehens vertweigerte der Mann. Er soll aber geäußert haben: „Technische Hochschule? Techniker haben ja auch das Denkmal lapus gemacht!“ Man verlangte nun seinen Namen. Darauf soll der Polizist mehrfach den Hund auf die Gesellschaft geschickt und den Säbel gezogen haben. Um Unheil zu verhüten, sahte einer der Teilnehmer den Säbel und zog sich dabei empfindliche Schnittwunden zu. Einem anderen wurde durch den Hund der Rock zerrissen. Die Leiter des Ausfluges begaben sich schließlich zum Bürgermeister von Fürstentwale, der gegebenenfalls weitere Schritte versprach. Eine amtliche Auffklärung ist wohl in kürzester Zeit zu erwarten.

Ein Glück, daß es sich im vorliegenden Falle um Leute aus besseren Kreisen handelt; mit Arbeitern hätte man noch weniger Federlesens gemacht.

Feuerwehrrachrichten. Die Feuerwehr wurde vorgestern abend zweimal nach der Nebenwälder Straße 8 alarmiert. Um 8 1/2 Uhr brannten dort auf dem Boden Strohsacke u. a. und eine Stunde später mußte ein Vienschwamm eingefangen werden. Terpentin u. a. brannte in der Thomastr. 64, Pechlöcher auf dem Nordbahnhof u. a. Stellen. Der 12. Zug mußte einen Küchenbrand in der Steglitzer Straße 14 löschen und der 16. Zug einen kleinen Wohnungsbrand in der Christianistr. 31. Der 7. Zug wurde nachts nach der Jungstr. 42 in Lichtenberg gerufen, wo in der Tischlerei von Beer ein großer Brand ausgebrochen war. Die freiwilligen Feuerwehren von Friedrichsberg und Lichtenberg waren schon zur Stelle und gaben mit vier Schlauchleitungen bereits tüchtig Wasser, so daß die Berliner Wehr keine Hilfe zu geben brauchte. Die Entstehung des großen Brandes konnte nicht mehr ermittelt werden. Der Schaden ist ganz bedeutend.

Die Schöneberger Feuerwehr hatte nachts einen umfangreichen Dachstuhlbrand in der Martin-Lutherstr. 21, Ecke der Rosenheimer Straße, zu löschen. Als die Feuerwehr, die erst alarmiert wurde, als die Flammen um 10 Uhr aus dem Dache emporschlügen, an der Brandstelle ankam, stand der Dachstuhl des Gebäudes schon in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten an dem Inhalt der Bodenverschläge reiche Nahrung gefunden, und die Treppen waren total verqualmt. Ueber zwei große mechanische Leitern ließ Branddirektor Hoeter vorgehen und mit fünf Schlauchleitungen von Dampfstrahl Wasser geben. Erst in später Nachtstunde konnte die Feuerwehr wieder abrücken. Ueber die Entstehungursache liegen nur Vermutungen vor.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Strafverfahren wegen Außerachtlassung der Unterhaltungs-pflicht gegen Familienangehörige. Wegen Außerachtlassung der Unterhaltungsspflicht gegen Familienangehörige auf Grund des § 361 10 des Strafgesetzbuches ist die Charlottenburger Armen-direktion im letzten Jahre in 667 Fällen eingeschritten, in denen sie die Pflichtigen zunächst zur Erfüllung ihrer Pflicht auf-gefordert hat. Die Aufforderungen betrafen 378 Fälle ehelicher Verwandtschaft und 289 uneheliche Kinder. Zu einem gerichtlichen Verfahren kam es in 184 Fällen. Der Strafantrag zurückgezogen wurde in 4 Fällen, das Strafverfahren eingestellt in 16, das Ver-fahren schwebt noch in 38, Freisprechung erfolgte 7 mal, während 44 Strafen erkannt wurden. Die Strafen gingen im letzten Jahre von 3 bis 40 M. Geldstrafe und von einem bis drei Wochen Haft. Auf die Strafen trat nur in 3 Fällen Verleserung ein, während ebenfalls 3 mal wiederholter Strafantrag gestellt wurde. Die Zahl der Strafen ist im letzten Jahre etwas zurückgegangen. Sie war seit 1898 bis zum Jahre 1905 stetig gestiegen, hat aber seit-dem langsam nachgelassen.

In der Lehrstellenvermittlung des händischen Arbeitsnachweises Charlottenburg, der mit dem freiwilligen Erziehungsbeitrag in ständiger Beziehung steht, ist im Interesse einer sachgemäßen Aus-wahl von Lehrstellen die Einrichtung getroffen, daß die zur Ent-laffung kommenden Schullinder zu frühzeitiger Angabe ihres beabsichtigten Berufes veranlaßt werden. So sind schon jetzt Anaben angemeldet, die für Michaelis 1909 eine Lehrstelle suchen, und zwar nicht nur in den stets begehrten Metallgewerben (als Mechaniker, Maschinenbauer, Maschinenhelfer, Werkzeugmacher, Dreher), sondern auch im Rangewesen (als Klempner, Tischler, Zimmerer sowie als Buchdrucker, Gärtner, Schneider, Schuhmacher, Barbier, endlich als Bureaubeamter, Buchhalter, Kaufmann, Schreiber usw.). Auch haben sich eine Anzahl Mädchen gemeldet, die eine Lehrstelle als Schneiderin, Putzmacherin, Buchhalterin und Verkäuferin suchen, sowie auch solche, die bereit sind, Dienstbotenstellen an-zunehmen, in denen sie für den häuslichen Beruf ausgebildet werden. Die Vermittlung im händischen Arbeitsnachweis, Reichstraße 5, in der Nähe der Luisenkirche, sowie in der Zweigstelle für weibliches Faupersonal am Wittenbergplatz 4, Ecke Weyreuther Straße 8, ist für beide Teile kostenlos.

Schöneberg.

Die Monatsversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins am letzten Dienstag hörte einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Lehmann-Wiesbaden über „die jetzige politische Situation“.

Der Vorsitzende, Genosse Reihfeld, gab bekannt, daß die kürzlich von den meisten Bezirken vorgekommene „Vorwärts“-Agitation einen Gewinn von 232 neuen Abonnenten brachte. — Mit der Provinzialkonferenz, die am 29. August tagen wird, und mit dem vom 12. bis 18. September abzuhaltenden Parteitag sollen sich die zahlreich beschäftigten und eventuelle Anträge rechtzeitig stellen. — Das Kreisfest findet am 18. Juli in Receptow statt. — Genosse Schenk wies dann auf die Kinder-Ferienansätze hin, zu deren Kosten die Stadt Schöneberg 1200 M. beisteuert. — Genossin Widert er-innerte an die vom Jugendauschuß Groß-Berlins arrangierte Zu-sammenkunft der Jugend in Adlershof am 4. Juli und an den vom Schöneberger Auschuß am 11. Juli geplanten Jugendausflug nach Eichlaup.

Rixdorf.

Nach Verzweiflung haben den 41 Jahre alten Schuh-macher Friedrich Braune aus der Richardstraße 49 in den Tod ge-trieben. Er hatte in den letzten Jahren viel durchzumachen ge-habt. Ein Schlaganfall folgte dem anderen. Jetzt stellte sich auch noch eine weitere Not ein. Infolge Arbeitslosigkeit hatte er schwer zu leiden. In der Verzweiflung wußte sich der Kermis schließlich keinen anderen Rat mehr, als freiwillig in den Tod zu gehen; er erhängte sich in der Wohnung und war bei Ent-deckung der Tat bereits tot.

Die neue Wahlbezirkseinteilung der Stadt Rixdorf ist vom Regierungspräsidenten genehmigt worden. Nachdem durch Orisstatut vom 29. September 1908 die Zahl der Stadt-berordneten von 60 auf 72 erhöht worden ist, hat der Magistrat eine neue Wahlbezirkseinteilung festgesetzt. Hiernach hat die dritte Wählerklasse 24 und die zweite Wählerabteilung 4 Wahl-bezirke: den Nord-, Ost-, Süd- und Westbezirk. Die erste Wählerabteilung umfaßt das ganze Stadtgebiet. Für die Neu-

einteilung der Wahlbezirke und die Zahl der von jedem Wahl-bezirke zu wählenden Stadtberordneten sind folgende Festsetzungen getroffen: von jeder Wählerabteilung sind 24 Stadtberordnete zu wählen. In der dritten Wählerabteilung hat jeder Wahl-bezirk einen Stadtberordneten, in der zweiten Klasse jeder Wahlbezirk sechs Stadtberordnete und in der ersten Abteilung 24 Stadtberordnete zu wählen. Zur Durchführung der Er-gänzungs- und Ersatzwahlen werden die jetzigen Stadt-berordneten neu verteilt. Aus der Vollzahl der Stadt-berordneten scheiden am 31. Dezember 1910, 1911 und 1912 aus der ersten, zweiten und dritten Wählerabteilung je acht Stadtberordnete aus. Die neue Wahlbezirkseinteilung und die Verteilung der Stadtberordneten auf die einzelnen Bezirke tritt am 1. August d. J. in Kraft.

Weißensee.

Ein schwerer Unfall ereignete sich vorgestern abend gegen 6 Uhr auf der König-Gasse in Weißensee. Als die in der Barnimstraße wohnende Frau R. mit ihrem neunjährigen Sohn an dem bis zu dem vierten Stock gebiegenes Neubau vorüberging, stürzte plötzlich ein Brett in die Tiefe, flog über den Laugau hinweg und traf Mutter und Sohn, daß beide zu Boden stürzten. Die Verunglückten wurden zu einem in der Nähe wohnenden Arzt gebracht und von dort, weil sie außer Kopfverletzungen aufweisend auch innere Verletzungen erlitten haben, nach dem Krankenhaus Friedrichshain übergeführt.

Rummelsburg.

In den Haaren liegen sich der „Rabatt-Spartverein Lichtenberg-Rummelsburg“ und der „Gewerbe-Verein Rummelsburg“ um die vereherten Hausfrauen, die nicht wissen, welchen Vereinen sie ihre Rabattspargeelder anvertrauen sollen. Daß solche Gebilde nur bestehen können auf Kosten der nicht denkenden Hausfrauen, ist längst bekannt und wird aufs neue bestätigt durch ein Flugblatt, daß der Lichtenberg-Rummelsburger Rabattverein gegen seinen Konkurrenten, den Gewerbeverein Rummelsburg, verbreiten ließ. Es wird darin behauptet, daß der Gewerbeverein Rummelsburg sich erstlich be-müht, die Hausfrauen von seinem Sparsystem durch Täuschung abhängig zu machen, und wenn dies erreicht ist, nur der Ver-ein auf Kosten der Hausfrauen seinen Nutzen ziehen wird. Na, die Herren müssen es ja wissen! Ob schwarze oder gelbe Rabattmarken, das System ist das gleiche. Es ist bloß zu be-dauern, daß zu den Verlockungen noch so viele Arbeiterfrauen ge-hören, die ihre sauer verdienten Groschen den „angesehnten“ Ge-schäftsleuten in den Laden tragen. Andererseits sind die Herren Rabattvereiner allemal dabei, wenn es gilt, die Bestrebungen der Arbeiterkraft zu bekämpfen. Am hiesigen Ort befinden sich Tür-schmidtstraße 6 und Blismarplatz 3 leistungsfähige Konsumläden, wo die Arbeiterkraft sicher ist, nicht überfordert zu werden, wie dies durch das Rabattsparsystem der Fall ist.

Vom Sommerfeste. Bei dem am Sonntag, den 27. Juni, statt-gehabten Sommerfest des Wahlvereins Rummelsburg sind eine Reihe Gegenstände gefunden worden, die in der „Vorwärts“-Expedition, Alt-Vogelhofen 66, abzuholen sind. Außerdem sind Verlosungsgewinne auf folgende Nummern in Empfang zu nehmen: 20, 108, 118, 122, 133, 210, 216, 242, 252, 255, 272, 339, 361, 375, 413, 430, 437, 442, 482, 561, 609, 627, 643, 659, 661.

Groß-Lichterfelde.

In der letzten Wahlvereinsversammlung referierte Genosse Wenzel über die jetzige innerpolitische und parlamentarische Lage und bezeichnete die unverzügliche Auflösung des Reichstags als absolute Notwendigkeit. — Unter Vereinsangelegenheiten wurde auf das am 18. Juli im Waldendorfs Gesellschaftshaus stattfindende Stiftungsfest des Vereins hingewiesen; das Komitee hat keine Mühe gescheut, das Fest in einer der Partei würdigen Weise auszugestalten. In bezug auf das am gleichen Tage statt-findende Kreisfest bemerkte der Vorsitzende, daß es leider nicht möglich gewesen sei, die Vereinsfeier zu verlegen, da alle Vor-bereitungen und Abschlüsse bereits vor Bekanntwerden des Kreis-festes perfekt waren. — Die Steglitzer Genossen laden zu zahl-reichem Besuch ihres Sommerfestes am 4. Juli im „Virkens-waldchen“ ein. Es wird betont, daß gerade die weiblichen Vororte sich gegenseitig möglichst unterstützen und daß aus diesem Grunde der Einladung recht viele Genossen folgen sollen. — In einer sehr regen und lange währenden Debatte führte das Verhalten des Gesangsvereins „Einigkeit“ zur Diskussion. Mit allen gegen eine Stimme wurde eine Resolution angenommen, die dem genannten Gesangsverein die Anerkennung der politisch organisierten Ar-beiterschaft versagt. — Eine Anzahl Genossen wurden als Mit-glieder aufgenommen.

Dammshulenev.

Das am vorigen Sonntag verregnete Wadfest des Gesangsvereins „Niederelmschulenev.“ Dammshulenev, findet morgen, Sonntag, nach-mittags, in der Königsfelde nahe des Zeltowkanals statt. Genossinnen und Genossen werden gebeten, sich mit ihren Kindern recht zahlreich an dem Feste zu beteiligen.

Steglitz.

Die Wahlvereinsversammlung am letzten Dienstag ehrte zu-nächst das Andenken des verstorbenen Genossen Ernst Sudrow, dem der zweite Vorsitzende, Genosse Krause, einen Nachruf widmete, in dem er den Verstorbenen den jüngeren Parteigenossen als leuchtendes Vorbild in bezug auf treue Pflichterfüllung und Hingabe an die Sache der Arbeiterschaft empfahl. Nach Er-lebigung einiger Renaufnahmen referierte Genosse Wolderski über die Änderungen des Organisationsstatuts. Er empfahl die vorgeschlagene Fassung zur Annahme, obgleich er selbst-mändige Bestimmungen für verbesserungsbedürftig halte. In der Diskussion wandte sich Genosse Heinrich Schulz dagegen, daß die gesamte Reichstagsfraktion berechtigt sein soll, an den Partei-tag teilzunehmen; eine Vertretung genüge vollkommen. Auch bemängelte er die Bestimmung des § 12, wonach zur Einberufung eines außerordentlichen Parteitages der einstimmige Be-schluß des Parteivorstandes oder der Kontrollkommission nötig sei. Hiernach könne ein einziges Mitglied jener Körperschaften die Abhaltung eines im Interesse der Gesamtpartei vielleicht dringend nötigen außerordentlichen Parteitages verhindern. Ferner wandte er sich gegen den Antrag der Parteivorstände von Groß-Berlin, bei § 5 den Absatz: „Den weiblichen Mitgliedern ist die „Gleichheit“ unentgeltlich zu liefern“, zu streichen. Von einem anderen Genossen wurde der Antrag Groß-Berlins, der sich auf die Ausschließung und Wiederaufnahme bezieht, bekämpft und die Fassung des Entwurfes empfohlen. Die Versammlung beschloß im Sinne der beiden Redner. Ein Vorstandsantrag, für die Zwecke der Jugendorganisation am Orte einen monatlichen Extrabeitrag von 5 Pf. obligatorisch zu erheben, wurde nach längerer und teil-weise erregter Debatte angenommen, jedoch mit der Aenderung, daß die weiblichen Mitglieder von diesem Extrabeitrag befreit sind.

Tegel.

Die Wahl des Genossen Krenschke in der letzten Gemeinde-vertreterwahl für gültig erklärt worden, und zwar mit 8 gegen 5 Stimmen. Die Kommission, die mit der Prüfung der Wahl betraut war, hatte Ungültigkeit erklärt, wurde aber von der Mehrheit der Vertretung desabwinkt. Die Proteste löschten vor allem die Frage der Anständigkeit an, weil Krenschke nur Teilbesitzer war. Die Tegeler Gemeindevertretung hat mit vollem Recht die Gültigkeit aus-gesprochen; interessant wäre es nun, die Personen festzustellen, die direkt und vor allem indirekt an den Protesten beteiligt waren.

Schmargendorf.

Im Wahlverein wurde mitgeteilt: Zur Beaufsichtigung von Schöneberger Arbeiterkindern, die während der Ferien nach dem hiesigen Orte kämen, sollen sich hiesige Genossinnen zur Verfügung

stellen. — Sammellisten für die Berliner Landtagswahlen werden ausgegeben.

In die Gemeindevertretung soll eine Petition gerichtet werden um Erhöhung der Zahl der Gemeindevertreter; außerdem soll Bezirks-einteilung gefordert werden. Unser Dorfparlament besteht aus neun Vertretern. Bei der letzten Gemeindevahl wählten in der ersten Abteilung drei Wähler, in der zweiten Abteilung waren einige achtzig und in der dritten Abteilung gegen 1100 Wähler. Auf die drei Wähler der ersten Abteilung und circa achtzig der zweiten Abteilung entfallen also je drei Gemeindevertreter, während die circa 1100 Wähler der dritten Abteilung ebenfalls nur drei Vertreter wählen dürfen. Dazu besteht die Gemeindevertretung aus lauter Hausbesitzern inklusive einem Vertreter der Stadt Tegel und einem einer Terringefellschaft als Wähler der ersten Klasse. Daß die Vertreter mit der Straßenbahn und andere Mißstände immer deutlicher sichtbar werden, verbanen wir eben einer solchen Ver-tretung. Auch der hiesige Bürgerverein bereitet eine dergleiche Petition vor.

Falkenhagen-Seegefeld.

Von der Agitation. Nach langer Zeit war es den Genossen gelungen, eine Volksversammlung unter freiem Himmel zu veran-stalten. Am Sonntag, den 27. Juni, sprach Genosse Denger, Berlin, vor den zahlreich erschienenen Männern und Frauen über: „Die politische Lage in Deutschland“. Die Stimmung der Versammlung drückte sich in der einstimmig und mit Begeisterung angenommenen Resolution aus: „Die versammelten Männer und Frauen schließen sich dem Protest der deutschen Arbeiter-klassen gegen die fortwährende Bedrückung des Volkes durch Lebens-mittel-S Steuern und gegen die ins Augegeheure anwachsende Ver-wendung der Einnahmen für Soldaten, Kanonen und Kriegsschiffe energisch an. Sie fordern, daß eine direkte Reichs-Einkommensteuer zur Deckung des großen Defizits eingeführt wird; daß ferner mit den unerträglichen Auflagen zu Wasser, zu Lande und in der Luft Schritt gemacht wird, und daß das dadurch ersparte Geld zum Arbeiterlohn verwendet wird.“ — Mit einem weithin schallenden Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Potsdam.

Für rund 2 Millionen Mark Ländereien sind von der Stadt-gemeinde seit 1. Januar v. J. erworben worden. Alle diese Ländereien sollen der Bebauung erschlossen werden mit der aus-drücklichen Bestimmung, daß nur Villen und Land-häuser erbaut werden dürfen. Macht sich schon gegen die Bodenpolitik, besonders über deren Umfang, eine große Miß-stimmung geltend, so noch mehr gegen die einschränkende Bau-bestimmung. Den Schaden dieser letzteren haben hauptsächlich die Arbeiterbedürftigen und der Mittelstand zu tragen. Für die Arbeiterschaft verteuern sich die Wohnungen immer mehr; sie wird gezwungen, nach den Vororten abzuwandern. Dadurch wird den kleineren Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden die an und für sich schon nicht große Kundenschaft bedeutend verringert; dem größeren Teil der Stadtberordneten (Beamte, Pensionäre usw.) kommt diese Politik aber sehr zuakuten. Wollen sie doch aus der „zweiten Residenzstadt“ eine recht „fürnehme“ Stadt machen. Solange wie sie selbst von den Kommunalsteuern befreit sind, können sie ja ganz gut wirtschaften, wenn sie aber erst einmal selbst bezahlen müssen, werden sie wohl auch Rücksicht auf die Arbeiterschaft und Gewerbetreibenden nehmen. Wenn es dann nur nicht zu spät ist!

Am drei Rähmaschinen. Das Provinzialschulkollegium fordert für den Handarbeitsunterricht der höheren Mädchenschule die Anschaffung dreier Rähmaschinen. Die Stadtberordneten haben dies abgelehnt. Sie erachten die Beschäftigung höherer Töchter an solchen Maschinen nur als Spielerei; der Referent war seinerzeit sogar der Ansicht, daß das Provinzialschulkollegium etwas anderes zu tun habe, als sich um solche Sachen zu kümmern. Jetzt hat sich daselbe erneut an den Magistrat gewendet mit dem Hinweis, falls die Anschaffung dieser Maschinen abermals ab-gelehnt werde, der Minister darüber entscheiden müsse, ob die Anstalt überhaupt als „höhere Mädchenschule“ anerkannt werde oder aber „Mädchen-Mittelschule“ verbleibe. — Schreck!

Gerichts-Zeitung.

Hochverratsdelict.

Unter dem Verdacht des Hochverrats wurde gestern der Schneider und verantwortliche Redakteur der anarchischen Zeit-schrift „Der freie Arbeiter“ durch Beschluß der 3. Strafkammer des Landgerichts I verhaftet. Vor dieser Kammer hatte sich der Redakteur Hermann Reck wegen Vergehens gegen den § 110 St. G. B. (Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Befehle) zu verantworten. In der Verhandlung war von Anfang an wegen Gefährdung der Staatssicherheit die Offenheit ausgeschlossen. Der Anklage liegen verschiedene im April und Mai d. J. er-schienene Artikel in dem Organ der hiesigen anarchischen Jöboration „Der freie Arbeiter“ zugrunde. In dem einen Artikel wird für den Generalstreik Propaganda gemacht. Hierin soll eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen das bürgerliche Gesetzbuch liegen, die darin gefunden wird, daß zur Wiederlegung der Arbeit ohne Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist aufgefordert wird. In einem zweiten Artikel vom 24. April mit der Ueberschrift: „Anfere Revolution“ soll ferner nicht nur zum Ungehorsam gegen die Befehle, sondern auch zu einem Bruch der Verfassung auf-gefordert worden sein. — Staatsanwalt Bernau beantragte die enorm hohe Gefängnisstrafe von einem Jahre. — Das Gericht, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber, hielt gar in den Artikeln einen Hochverrat im Sinne des § 88 St. G. B. für vor-liegend. Die Strafkammer erklärte sich deshalb für unzuständig und verwies die Sache an das Reichsgericht. Zugleich wurde der Angeklagte sofort verhaftet.

Die Musterpolizei in Tegel.

Gestern beschäftigte sich die 5. Strafkammer des Land-gerichts III in der Verurteilungsinstantz abermals mit den Heiden-taten des Polizeiferganten Regow in Tegel. Unsere Leser ent-finnen sich, daß nicht Regow, sondern 2 Opfer des polizeilichen Benehmens auf der Anklagebank gebracht waren.

Wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung waren der Schan-wirt Ernst Weile und dessen Ehefrau Anna W., geb. Schulz ange-klagt. Das Schöffengericht Berlin-Wedding hatte die beiden An-geklagten nicht nur auf Kosten der Staatskasse freigesprochen, sondern dieser auch noch die Kosten der Verteidigung und die den An-geklagten erwachsenen Auslagen der Staatskasse auferlegt. In diesem Urteil wird der Sachverhalt wörtlich in folgender Weise dargestellt:

Am 20. August d. J. fiel der Polizeifergant Regow in Tegel, der — wie es im ersten Urteil heißt — von seinen eigenen Name-raden als ein völlig bißigilistischer Beamter und gewalttätiger Mensch bezeichnet wird, schon auf der Straße durch ein ungebühr-liches Verhalten auf. Regow war ziemlich stark angetrunken und schwankte hin und her. Er ging u. a. auf eine Frau W. mit offenen Armen zu und versuchte sie zu umarmen. Die Frau gab ihm einen leichten Stoß, durch welchen er zu Boden stürzte. Regow wurde von einem Nachwächter im Raststein liegend aufgefunden, der ihm den Helm aufstülpte und ihn nach seiner in der Spandauer Straße gelegenen Wohnung schlepte. Hier spielte sich folgender Vorfall ab. Die im ersten Stockwerk wohnhafte Eheleute Weile erwarteten nach einem Geschäftsfreund des Mannes, namens Lindenberg, nach dem Tische ein Getränk hören, glaubten sie, daß es der Erwartete sei und öffneten die Korbtorüre. Frau Weile sah auf der Treppe einen Mann liegen und holte sofort eine Lampe. Erst jetzt wurden sie gewahrt, daß es der über ihnen wohnhafte Polizeifergant Regow war. Weile erkannte sofort, daß W. betrunken war und jagte ihm, daß er ja eine Treppe höher wohne. Regow schlug ohne weiteres der Frau W. in das Gesicht.

Sie flüchtete sofort in die Küche und stellte die Lampe auf den Tisch. Inzwischen hatte Regow seine Browningpistole hervorgeholt und mit dieser auf den Chemann Weile losgeschossen, der halb besinnungslos auf dem Korridor zusammensank. Frau W. lief an das Fenster und rief um Hilfe, während sich der Mann in die Küche flüchtete. Regow postierte sich vor der Tür auf und verlangte, daß geöffnet werde, mit der Drohung, daß er sonst schießen würde. Als Weile nicht öffnete, schloß Regow durch die Tür hindurch und traf den W. in den Oberschenkel. Sodann stürzte er in das andere Zimmer und warf der Frau in blinder Wut seinen Helm ins Gesicht. Auf die Hilferufe der Frau eilten schließlich zwei andere Polizeibeamten hinzu, denen sie den Gaudschlüssel aus dem Fenster hinunterwarf. Die beiden Beamten eilten hinauf und hatten alle Mühe, den Rasenden zu übermächtigen, der sogar die Pistole gegen sie richtete. Regow wurde dann von den Polizeibeamten mit vieler Mühe in seine Wohnung geschafft, wo sie ihn erst länderigen konnten, nachdem sie ihm Fesseln angelegt hatten. Sie mußten den Totenden drei Stunden bewachen, da er immer wieder Miene machte, in die Weile'sche Wohnung einzudringen und schwere Drohungen ausstieß. — Der schwerverletzte Weile mußte sofort in ärztliche Behandlung gebracht werden. Infolge der ungewohnten Erregung unterließ er es, sofort Anzeige zu erstatten. Als er nach sieben Tagen gegen Regow Anzeige erstattete, erfährt er, daß Regow gegen ihn und seine Ehefrau Anzeige erstattet hatte.

Das Schöffengericht kam auf Grund des vorstehenden in dem Urteil wiedergegebenen Sachverhalts zu dem schon erwähnten freisprechenden Urteil. Der Polizeibeamte Regow schloß sich nun unter Beistand des Rechtsanwalts Dr. Hürle dem Verfahren als Nebenkläger an und legte Berufung ein, mit der sich nunmehr die Strafkammer zu beschäftigen hatte. Vor Eintritt in die Verhandlung regte der Vorsitzende an, ob Regow nicht seine Berufung zurückziehen und die Angelegenheit außergerichtlich auf gutlichem Wege beilegen wolle. Regow lehnte dies ab. In seiner Vernehmung als Zeuge gab W. unter vorläufiger Ausschließung der Verteidigung eine Darstellung des Vorfalls ab, nach der er keinesfalls betrunken gewesen sei und sich — in Notwehr befunden habe. Es handelte sich bei der ganzen Sache um einen Racheakt der ihm feindselig gesinnten Angeklagten. Zwischen den W. und Weile'schen sei es sehr häufig zu sehr heftigen Szenen gekommen. Einmal habe ihn Frau Weile in Anspruch genommen und ihn um Rat gefragt, wie sie von ihrem Manne loskommen könne. Dies habe sie anscheinend später ihrem Manne wiedererzählt, der deshalb gegen ihn (Regow) nicht gut gesinnt war und ihn deshalb auf der Treppe überfallen habe.

Durch die weitere Beweisaufnahme in zweiter Instanz wurde der Sachverhalt so wie ihn das Schöffengericht für festgestellt ansah nur in unerheblichen Punkten abgeändert.

Sanitätsrat Dr. Meier hat festgestellt, daß der Schuß in der Tat durch die Tür und nicht vor der Tür abgefeuert worden sei und die Kugel den hinter der Tür stehenden Weile (gegen den der Musterpolizist in Notwehr gehandelt haben will) verletzt haben muß. Wie dieser Sachverstandige befandete, vertritt Regow nicht viel Alkohol und wird leicht sehr aufgereg.

Bürgermeister Weigert gab dem Regow im ganzen ein gutes Zeugnis. Derselbe habe sich eifrig bemüht, seine Dienstpflichten zu erfüllen. Kleine Differenzen seien allerdings vorgekommen, weil W. leicht aufgeregter sei; bei einigen Vorgängen sei auch behauptet worden, daß er jähzornig geworden sei, auf der anderen Seite habe er aber auf Vorhaltungen immer etwa beängstigendes Unrecht eingesehen. Wie in erster Instanz auf Befragen der Verteidigung mußte auch jetzt zugegeben werden, daß Regow bei anderen Gelegenheiten Kollegen und Vorgesetzte haranguiert, ja mit dem Revolver bedroht hatte. Die als Zeugen vernommenen Polizeibeamten, die an den Tatort gerufen worden waren, bestätigten, daß sie den Regow in einem so aufgeregten Zustande vorgefunden haben, daß sie ihn mit Gewalt zu Boden drücken und mit der Wadstleine binden mußten. Er habe mit den Fäusten um sich geschlagen, Schimpfworte ausgesprochen und die Beamten mit Worten wie: „Wenn ich meine Arme frei hätte, könnten Sie Ihre Testamente machen, denn ich schaffe Sie tot“, oder „Die erste Kugel ist Deine“ und dergleichen beleidigt. Auch nach dem Zeugnis dieser Beamten ist Regow ein leicht aufgeregter Mann. Er habe nach dem Vorfall mit Weile so getobt, daß er zwei Stunden lang an Händen und Füßen gefesselt im Bett gehalten werden mußte. Aus der Beweisaufnahme ist noch hervorzuheben, daß Bürgermeister Weigert auf Befragen erklärte: „Regow könne nicht viel vertragen und sei sehr reizbar. Durch vorsichtige Behandlung würden aber solche Charaktere leicht wieder in die richtigen Gleise gebracht.“ — Die Beweisaufnahme wurde erst in später Nach-

mittagsstunde geschlossen. Der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Dr. Hürle, wies darauf hin, daß dem Regow nicht nur bezüglich seiner 17jährigen Dienstzeit beim Militär das beste Zeugnis, sondern auch von dem Bürgermeister das günstigste Zeugnis ausgestellt worden sei. Es habe ganz den Anschein, als ob der Angeklagte auf eine günstige Gelegenheit gewartet habe, dem Regow, den er im Verdacht hatte, mit seiner Ehefrau in unerlaubten Beziehungen zu stehen, eine auszuweichen. — Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld beantragte als Verteidiger des Angeklagten wiederum die Freisprechung, da die Beweisaufnahme, abgesehen von einigen nebensächlichen Punkten, das selbe Ergebnis gehabt habe wie vor dem Schöffengericht. Den besten Beweis dafür, wer der Schuldige sei, gebe der Schußkanal in der Tür, der klar beweise, daß der Polizeibeamte Regow vor der verschlossenen Tür stehend den Angeklagten angeschossen habe, so daß von Notwehr keine Rede sein könne. Der Verteidiger sprach ferner seine Verwunderung darüber aus, daß ein Polizeibeamter, der sich so unglaublich benommen habe, noch die Uniform trage. — Der Staatsanwalt, der gegen das erste Urteil keine Berufung eingelegt hatte, teilte mit, daß das Verfahren gegen Regow noch schwebt und dieser demnach ebenfalls vor dem Strafrichter stehen werde. Das Gericht hielt für festgestellt, daß die Beweisaufnahme im wesentlichen das selbe Ergebnis gehabt habe wie vor dem Schöffengericht, jedoch habe die Strafkammer dieses Mal auf Grund eines non liquet (nicht aufgelöst) zu einer Freisprechung des Angeklagten kommen müssen. Man könne nicht allein den Angaben der Angeklagten, aber auch nicht den Befundungen des seinerzeit stark angezeigten Regow ohne weiteres folgen. Das erste Urteil wurde nur insoweit abgeändert, daß die Angeklagten die ihnen in der ersten Instanz erwachsenen notwendigen Auslagen selbst zu tragen haben. Die Kosten der Berufungsinstanz und die den Angeklagten erwachsenen Auslagen wurden dem Nebenkläger Regow auferlegt.

Eigenartige Rechtsempfindungen, die solchem Tatbestand gegenüber die Befassung des schlag- und schiefhütigen, trunksüchtigen Polizeibeamten im Dienst und gar die Anklage gegen Gemeindeglieder ermöglichen. Der Bürgermeister in Tegel scheint, nach dem von ihm abgegebenen Zeugnis zu schließen, die nun in zwei Instanzen vor Gericht festgestellten ungewöhnlichen Verhältnisse im Tegel Polizeiwesen für nichts besonders Auffälliges zu halten. Vielleicht erinnern sie ihn an Zustände seines früheren Wirkungskreises.

Vermischtes.

Das Reichsluftschiff „J. I.“ kann wegen widrigen Wetters seine Fahrt nach Mexiko nicht fortsetzen. Von neuem hat starker Regen eingesetzt. Der Aufstieg des „J. I.“ ist bis auf weiteres verschoben worden.

Der im Bruggwaldtunnel verschüttete Arbeiter Pederfoll konnte nach 3 1/2-tägigen, unglaublich schwierigen Rettungsarbeiten endlich aus seiner qualvollen Lage befreit werden. Pederfoll, der furchtbar mitgenommen ist, wurde sofort in ärztliche Behandlung gebracht.

In der Grenze erschossen. Als der Arbeiter Medwig von einer Kutschfahrt nach dem österreichischen Grenzort Rielnice zurückkehrte und nach Befestigung seines Fahrzeuges sich nach Hause begeben wollte, fiel plötzlich von russischer Seite her ein Schuß, der Medwig tot niedertrug. Der Erschossene hinterläßt außer seiner Witwe vier unmündige Kinder. Nach dem „Oberschles. Anzeiger“ ist erwiesen, daß der Schuß von einem russischen Grenzsoldaten abgegeben worden war.

Jugentleistung. Landau, 2. Juli. Kurz vor der Einfahrt in die Station Rülheim entgleiste heute morgen um 8 Uhr der von Landau kommende Zug. Drei Wagen sind umgeklüppelt, einer von ihnen wurde zertrümmert. Ob Personen verletzt sind, ist noch nicht bekannt. Ein Hilfszug ist von Landau abgegangen.

Hochwasser- und Unwetternachrichten. Girsberg, 2. Juli. Alle Gebirgsbäche sind stark angeschwollen und steigen noch ununterbrochen. Die Rohnitz ist über die Ufer getreten und hat die Bohm Bitterthal-Krummhübel auf eine Strecke von 40 Meter hin überschwemmt.

Wien, 2. Juli. Hier tobt ein orkanartiger Sturm mit kaltem Regen. Aus dem Schneeberg- und Naggebiet wird ein Temperatursturz bis auf 0 Grad gemeldet. Es wüten dort Schneestürme.

Chalons sur Saone, 2. Juli. Seit zwei Tagen weht ein eifriger Nordwind. Aus mehreren Ortschaften wird Schneefall gemeldet.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 4. Juli er, vormittags 9 Uhr, in der Halle, Doppelallee 15-17: Freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 10 1/2 Uhr in der Schule, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag des Herrn M. H. Waage über: „Der erkenntnistheoretische Nihilismus“. — Damen und Herren sind als Gäste sehr willkommen.

Freie Jugendorganisation Lichtenberg-Friedrichshofelder. Sonntag, den 3. Juli, 8 Uhr, im Lokale des Herrn Kaufmann, Lichtenberg, Franzstraße 12a. Vortrag: Ueber Zweck und Ziele unserer Organisation.

Briefkasten der Redaktion.

Die kirchliche Sprechstunde findet Lindenstraße 3, erster Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 7-9 Uhr abends. — Sonntags wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Post als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Als zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

A. 99. Dem Drahtmann, der Larve des Saatknechtlers, ist schwer beizukommen. Legen Sie auf die befallenen Beete Oelfuchsenkäferchen 10 Zentimeter tief, in je 20 Zentimeter Abstand. Die Drahtwürmer fressen hiervon und vergiften sich. Halblicht, saftige Kartoffeln, mit der Schnittfläche abends auf den Boden gelegt, ziehen die Drahtwürmer an, die Sie dann in der Morgenröthe abhaken müssen.

S. W. 50. Wenn Sie innerhalb der vereinbarten Zeit die Vereinbarung im Vertrage ist gültig die Wohnung nicht zeigen können, so müssen Sie die Schlüssel zur Verfügung stellen. — R. G. 27. Nach dem Gesetz ist leider der Wirt im Recht. — Paul 3. Rein. Eine Verletzung eines Testaments wegen Verletzung des Pflichtteils ist nur möglich, wenn ihm weniger als die Hälfte des gesetzlichen Erbteils zufällt. — S. W. 1. Sie müssen vor einem Notar oder vor dem Amtsgericht einen Vertrag schließen, in dem auf das Nießbrauchs- und Verwaltungsrecht von Ihnen verzichtet und das Vermögen Ihrer Frau anerkannt wird. Bringen Sie ein Verzeichnis des Vermögens unter Angabe des Kennzeichens für die Möbel mit. — R. 75. 1. Ohne körperlichen Verkehr. 2. und 4. Nießrecht Fremdbücher erhalten Sie für 2,20 M. in der Buchhandlung Vorwärts.

Das Bürgerliche Gesetzbuch und alle anderen Bücher erhalten Sie ebenfalls dort. 3. Der Tod des Ehemannes berechtigt die Erben, bis am Dritten des auf das Erbvertragsquartal folgenden Monats zum Quartalsfiskus auch länger dauernde Verträge zu kündigen.

Wöchentliche Marktberichte der hiesigen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise unermindert. Es ist: Zufuhr Knapp, Geschäft regt, Preise fest, Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft etwas besser, Preise beständig. Fisch: Zufuhr reichlich, Geschäft etwas lebhafter, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unermindert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft regt, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	1. 7.	30. 6.		1. 7.	30. 6.
Remel, Elbe	133	+5	Saale, Groditz	70	+8
Uregel, Jüterburg	-27	-13	Havel, Spandau	48	0
Wesche, Bismarck	80	-6	Havel, Rathenow	38	-8
Ober, Rastow	215	-33	Spre, Spremberg	70	+4
Krossen	150	+1	Seebo, Seebo	52	0
Frankfurt	153	+5	Weser, Minden	-104	0
Wesche, Schönewald	26	0	Weser, Minden	-33	-6
Landenberg	0	+2	Weser, Magdeburg	474	+4
Rehe, Verden	-25	0	Weser, Verden	226	+1
Elbe, Lüttenberg	-30	+8	Weser, Verden	218	+2
Preßden	-150	+11	Weser, Verden	63	+8
Barby	69	-8	Weser, Verden	115	+10
Magdeburg	69	-5	Weser, Verden	141	+93

*) + bedeutet Hoch, — Nied. — *) Unterseeel.
Nach telegraphischer Meldung haben heute die Glatzer Reize und der Roder Hochwasser von mäßiger Stärke.

Witterungsbericht vom 2. Juli 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in °C
Strehle	763	SW	6	hell	15	Hannover	761	SW	2	bedeckt	15
Darmstadt	766	SW	3	bedeckt	13	Petersburg	761	SW	1	bedeckt	12
Berlin	761	SW	5	mäßig	14	Stettin	768	SW	1	bedeckt	14
Frankfurt	763	W	4	mäßig	15	Aberdeen	767	SW	1	bedeckt	11
München	763	W	4	Negen	9	Paris	765	SW	3	bedeckt	12
Wien	756	W	7	Negen	10						

Wetterprognose für Sonntag, den 3. Juli 1909.
Wärmer, vorwiegend heller und trocken bei mäßigen südlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Warenhaus

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71.

Doppelte Anzahl Sparmarken* verabfolgen wir für die Reisezeit vom Sonnabend, den 3. Juli bis inklusive Mittwoch, den 7. Juli.

Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mark :: **8 Sparmarken** ::
4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch geben wir ::

Besonders preiswerte Angebote:

Reiseartikel, Schuhwaren, Damen- u. Kinderkonfektion, Damenwäsche u. Strümpfe.

Fleischwaren		Weine u. Liköre		Kolonialwaren	
Schlack- und Salamiwurst	Pfd. 1.00	Berliner Mettwurst	Pfd. 60 Pf.	Himbeersaft und Kirschsaff	Fl. 95 Pf.
Thüringer Schlack- und Salamiwurst	Pfd. 1.25	Rotwurst	Pfd. 40 Pf.	Halb und Halb	Fl. 90 Pf.
Westfälische Schlack- und Salamiwurst	Pfd. 1.80	Zweihellerwurst	Pfd. 40 Pf.	Berliner Getreidekummel	Fl. 95 Pf.
Feinste Touristenschinken 1-29, Pfd. per Pfd.	1.20	Für Touristen:			
Feinster Schinkenspeck	Pfd. 1.05	Diverse Fleischkonserven:			
Feinstes Fett- und magerer Speck	Pfd. 65 Pf.	Erbosen mit Schweißsch, Gulasch, Fleischsalat etc. per Dose 65, 75, 85 Pf., 1.40			
Feinste Mettwurst Braunschweiger Art Pfd.	65 Pf.	Pa. Kasseler, Kalbfleisch billigst?			
Feinste Landhewurst	Pfd. 80 Pf.				

IMK. wöchentliche Teilzahlungen liefere elegante, fertige Herren-Garderoben. Ersatz für Maß. Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung. 1467L
Julius Fabian, Schneidermeister, 1. Geschäft: NO., Gr. Frankfurter Str. 37 II, Eingang Strausberger Platz. 2. „ NW. (Moabit), Turmstraße 18 I

Jeder Arbeiter,
jeder Handwerker
sollte zur Arbeit
die Lederhose
Herkules



tragen.
Unzerreichte
Leistungsfähigkeit.
Allein-Verkauf.
Sehr starkes Leder
mit Zwirnketten in
grauen und braunen
Streifen, auch ein-
farbig. Am Bund aus
einem Stück
geformt, wodurch
besondere Haltbarkeit
bedingt ist. Sehr feste
Knappheit mit
starkem Garn.
Schwere Leder-Pilot-Taschen.
Große Flächen umsonst.
Trotz dieser vielen und
anderer Vorzüge kostet
die Herkules-Hose für
normale Männer - Größe
4 M. 50

Berufs- u. Schutzkleidung
für alle Zweige der Gewerbe u.
Industrie, Sanitätswesen usw.

BAER SOHN
Spezial-Maus größten Maßstabes
Chausseestr. 29-30 - Brückenstr. 11
Gr. Frankfurterstr. 20
Schöneberg, Hauptstr. 10.
Haupt-Katalog gratis u. franko.

Nachb. verboten

Saal mit Bühne
und Nebenräumen,
große Vereinszimmer
unter künftigen Bedingungen zu
vergeben. 17082
Sonntags u. Sonntage frei!
Paul Litfin,
Memeler Straße 67.
Fernspr. Amt 7, 1075.
Zu Böffen! Gemüseland
mit Wasserleitung zu verkaufen.
Näheres Sonntags vormittags
Gärtnerei Dobert. 79/20

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstrasse 17-18. Veteranenstrasse.

Billige Lebensmittel

Echte Thüringer Cervelatwurst . Pfd. 95 Pf.	Prima Dresdner Erdbeeren in Körben ca. 5 Pfd. inkl. 1. PM. 30 Pf.
Prima Schinkenspeck . Pfd. 95 Pf.	Prima süsse Kirschen 2 Pfd. 35 Pf.
Prima Westfälische Schinkenwurst . Pfd. 95 Pf.	Prima Pflirsiche Pfd. 28 Pf.
Prima Hausmacher Blutwurst . . . Pfd. 48 Pf.	Prima grosse Gurken Stück 15 Pf.
Prima Hausmacher Zwiebelleberwurst Pfd. 48 Pf.	Prima grosse Zitronen . . . 10 Stück 32 Pf.

Wo finden Sie bei Ihren An-
suchen den schönsten Familien-
Aufenthalt? 16102
Nur in **Grünau** bei
Gustav Lindenhayn
Friedrichstr. 2. Telefon 17.
2 Minuten von der Bahn.
Gut gepflegte Biere, 1/2 15 Pf.; große
Beige 20 Pf. Schattiger Garten
und Vereinszimmer.
Dr. Simmel
Spezial-Arzt 62/9
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Der schönste Ausflugsort
und Aufenthalt ist immer
und gern gesehen sind wir beim
Pichelswerder
Alten Freund.
17042

Arbeiter finden für ihren Beruf
gute und billige **Kleidung** in großer Auswahl
Brunnenstr. 158, Gelber Laden.
Rein Geschäft hat mit den „Gelben Gewerkschaften“ nichts zu tun.

Heute Sonnabend:
Gr. Dampfer-
Mondschein-Promenadenfahrt
mit Lust und festlich illuminierten Dampfern nach **Restaurant**
Kyffhäuser, Nieder-Schöneberg. Dasselbe Gr. Sommerachtball.
Abfahrt abends 9 u. 9 1/2 Uhr **Schillingsbrücke-**
Berlin. Hin und zurück 50 Pf. 8655
Von der Michaelbrücke an der Michaelkirchstraße
heute **Gr. Mondscheinfahrt** mit
modern gestreift. Malton-Stoff.
Abfahrt 9-10 Uhr
abends. - Preis hin und zurück 50 Pf.
Außerdem Sonntag nach **Freibad Grünau, Krausenburg** und
Schmöwitz. Abfahrt 2 1/2 Uhr. Preis einfache Fahrt 50 Pf.
Teleph.: IV, 5621. [3586] **G. Jachow.**

M. Schulmeister
Berlin SO., 4, Dresdener Straße 4,
am Kottbuser Tor.
Nur eigene Konfektion!
Frühjahrs- u. Sommerpaletots
in prima Qualitäten, Cheviot u.
modern gestreift. Malton-Stoff.
45.-, 42.-, 38.50, 36.-, **21** M.
32.50, 30.-, 27.50, 24.50.
Moderne Ulster,
1 u. 2reihig, Formen a. Durch-
knöpfen, in d. nouest. Mustern
48.50, 45.-, 40.50, **25** M.
36.50, 32.50, 29.50.
Jackett-Anzüge,
elegante Fassons, prima Rob-
haar-Verarbeitung **50.-, 24** M.
45.-, 42.50, 38.50,
34.-, 29.50, 27.50.
Rock-Anzüge . . . 29⁵⁰ 54⁰⁰
Gehrock-Anzüge . 36⁵⁰ 70⁰⁰
Burschen- u. Knaben-Garderoben.
Herren-Beinkleider.
Arbeiter-Berufskleidung.
Anfertigung nach Maß
unt. Garantie für tadellosten Sitz, haltbare
Stoffe, Ia. Verarbeitung, elegante Paßform.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pf. Stellensuche
und Schmitzstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort
(setzgedruckt) 10 Pf. Woric mit mehr als 15 Buchstaben
zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahme-
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69,
bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Vorwärtslefer erhalten 5 Prozent
Ertzrabatt selbst bei nachstehend auf-
geführten Gelegenheitsverkäufen. Teppich-
Thomas, Dramenstraße 160, Oranien-
platz. 21588
Teppiche, farbige, haltbar, (post-
billig).
Schillerplaid, großer Posten
unter Preis.
Gardinen, Stores, Muster-
exemplare, für halben Wert.
Schlafdecken, ein Posten, für
halben Wert.
Steppdecken, Musterstücke, (post-
billig).
Vorwärtslefer, beachtet vor-
stehende 6 Anzeigen.
Radfahrerkarten. Wir empfehlen
den Fremden des Radspors: Mittel-
klasse Karte für Rad- und Motor-
fahrer von Berlin und weiterer Um-
gebung, auf Reinen gezogen Preis
1,75 M. (zusammenlegbar). - Karte
für Rad- und Motorfahrer von
Brandenburg, auf Reinen gezogen und
zusammengelegt 2,50 M. Expedition
des „Vorwärts“, Lindenstraße 69,
Laden.
Hochvernehme Herrenanzüge,
Herrenpaletots, Herrenhosen aus
feinsten Stoffen (postbillig) ver-
kauft Deutsches Verkaufshaus Näher-
straße 61, 1. Trepp. 21774
Vorjährige hochlegante Anzüge
und Paletots, aus feinsten Stoffen,
früherer Preis 60-80, jetzt 25-40,
werden täglich im Kaiser-Aldi,
Unter den Linden 61 II verkauft.
Federbetten Stand 11,00, große
16,00, Schlafdecken, Steppdecken,
Bücher, Anzüge, Schminke, Uhren,
Ketten (postbillig) Verkaufshaus,
Königsplatz 7. 20994
Warenverkäufe und Commo-
paletots, von 5 Mark (siehe oben
von 1,50, Warenverkäufe von 12,00,
Preis von 2,50, sowie für torvalente
Figuren. Neue Garderobe zu halben
billigen Preisen, aus Handge-
webenen Stoffen, auch Handge-
webene Socken, auch man an
billigen bei Kas. Wollstraße 14.
Germanienplatz 6. Stauendbillige
Warenverkäufe! Bekleidungsstücke! An-
zeigensuche! Taschenrechner! An-
zeigensuche! Gardinenverkauf! Bild-
stücken! Steppdecken! Gebraucht-
Commopaletots! Bekleidungsstücke! Bek-
leidungsstücke! Herrenhosen! Her-
manns Warenverkauf, ebenfalls Sonntags.
1944
Zellbedecken, volle Bettzüge,
Erbsen, reichgeleitet 6,75, Englisch
2,50, Zellbedecken 6,75.
Teppichhaus Emil Lebere, Dramen-
straße 168. 22436

Totalverkauf. Restbestände
Tuch- und Blaudruckwaren, Garnitur
2,65, 2,75, 4,25, 5,65, 6,75, 8,50, 9,50
u. s. w. E. Weisenberg's Portierhaus,
Große Frankfurterstraße 125 22412
Zellbedecken, extra groß, 1,90,
2,25, 3,35, 4,25 u. s. w.
Erbsen, reichgeleitet, ausläufige Aus-
führungen, 3,45, 3,85, 4,50, 5,25, 6,00
u. s. w. Gardinenhaus, Große Frank-
furterstraße 125.
Hefenpöken Gardinenreste und
einzelne Fenster (2 Stk.) mit
10 Prozent Rabatt, Ferner 1,25,
1,85, 2,25, 2,75, 3,50, 4,50 u. s. w. Gar-
dinenhaus, Große Frankfurter-
straße 125.
Hefenpöken 2,25, 3,85, 4,50,
5,80, 6,50 u. s. w. Teppichhaus Große
Frankfurterstraße 125.
Blaudruckwaren mit feinen Farb-
schleiern, 10 Prozent Ertrabatt, 7,50,
9,85, 11.-, 13.-, 15.- u. s. w. E. Weisen-
berg's Teppichhaus, Große Frank-
furterstraße 125.
Zellbedecken 1,25, 1,75, 2,50, 3,50
u. s. w.
Blaudruckwaren 3,85, 4,85, 6,50,
7,85, 9,25 u. s. w. Große Frankfurter-
straße 125.
Hefenpöken Teppichdecken, Wolle
und Samtstoffe, 3,25, 3,85, 4,50, 5,50,
6,50, 7,85 u. s. w. Große Frankfurter-
straße 125.
Warenverkauf von Restbestän-
den, Linoleum- und Korken-
resten zu Spottpreisen. E. Weisenberg's
Teppichhaus, Große Frankfurter-
straße 125.
Bücher des deutschen Hauses.
Eine Sammlung guter Erzählungen,
Geschichten, Novellen u. s. w. Gut aus-
geleitet, circa 300 Seiten umfassend,
zum Teil illustriert und gebunden.
60 Pfennige pro Band. Expedition,
Lindenstraße 69, Laden.
Monatanzüge, Paletots, wenig
getragen, von 5 Mark an, große
Auswahl für jede Figur, auch neue
elegante Garderobe aus erster Be-
zugsmasse, 20 Prozent billiger wie
im Laden, direkt vom Schneider-
meister Paul Fürstentz, nur Hohen-
holzerstraße 16. 27310
Teppiche! (siehe oben) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Driam, Hofischer
Markt 4, Bahnhof Börs. (Keller des
„Vorwärts“ erhalten 5 Prozent
Rabatt.) 25414
Vorjährige elegante Herrenanzüge
und Paletots aus feinsten Stoffen,
15-40 Mark. Verkaufshaus Germania,
Unter den Linden 21. 3556
Billige Herrenmode. Hochlegante
Herrenhosen aus feinsten Stoffen,
7-15 Mark. Verkaufshaus Germania,
Unter den Linden 21. 3556

Teppiche (Farbenschleiern), Stepp-
decken, Gardinen, Kissen, Tisch-
decken, Übergardinen, Sofa-
stoffreste (postbillig) Fabriklager
Krausehof, Große Frankfurterstraße 9,
Flureingang. Vorwärtslefern sechs
Prozent. 16148
Wenig getragene Herrenanzüge,
Sommerpaletots und für Rauch-
figuren verkauft billig Weis, Blücher-
straße 67, I III. 7811
Waschmaschinen!!! Geschlossene
Stellungsanfrage! 5,00. Vierloch-
maschine! 9,00. Einlochmaschine! 0,80.
Waschbügler! Wascheinrichtung (post-
billig)! Wollwäcker, Ballenbinder-
straße 32. 22568
Warenverkauf. Der deutsche, von
Friedrich Engels, Professor 1,50 Mark,
gebunden 2.- Mark. Expedition,
Lindenstraße 69, Laden.
Kinderwagen, napelneu, Gummi-
reifen, sofort, 20,00. Erzgebirgstr. 19a,
vorn II rechts. 498
Teppiche. Die Restbestände einer
Teppichfabrik kommen zum schleunigen
Verkauf. Große bedeutend bedraht-
geleitet. Blaudruckwaren, ganz schwere
Qualität: Einlochmaschine, früher 18,50
jetzt 12,00; Wohnungsmaschine, früher
22,75 jetzt 21,50; Salonmaschine, früher
43,50 jetzt 35,00. Teppichhaus Georg
Lange, Chausseestraße 73/74. 22728
Teppichdecken, eigene Anfertigung,
richtige Größe, 3,75, 4,50, 5,50, 7,50.
Teppichhaus Georg Lange, Chausse-
straße 73/74. 22738

Geschäftsverkäufe.
Restaurant, Partelokal, verkauft
sogleich. Wollbergstraße 19, Nixdorf.
Partelokal, Osten, Bahnbereich,
Zahlstellen, auch für Verkäufer postend,
billig veräußert. Näheres Andros-
straße 17, Partelokal. 446
Herrenanzüge, 5 Jahre be-
stehend, ist fränkischer Halber sofort
perforiert veräußert Nixdorf, Rosen-
straße 23. 4105
Herrenanzüge, gute Lage, sofort
veräußert. Nixdorf, Vohmann 37.
Herrenanzüge, schöne Wohnung,
preiswert Wollbergstraße 72. 473
Gründerzeit mit Wohnung,
sogleich oder später, Miete 700. Eldenaer-
straße 16. Rolle, Einrichtung billig
zu übernehmen. 3465
Zellungsstücke mit Materialwaren
und Rolle ist billig zu verkaufen,
schöne Wohnung, wenig Miete, west-
licher Vorort Landhof, Wollbergstr. 8.
Gutgehendes Material (Wollwaren-
geschäft), billig, Elbingerstraße 77.
Kolonialwaren und Kolonial-
geschäft verkauft billig Müller, Rag-
bakerstr. 3. 3665

Restaurierung, altes Geschäft,
wegen anderer Unternehmungen sofort
billig zu verkaufen Pilsenerstraße 15.
Möbel.
Möbelgelegenheit! Wenig ge-
brauchte, gut erhaltene Möbel, auch
neue, einfache, elegante, beladene
gemeiner, verfallene (postbillig). Kiefern-
lager, Lombardstraße, Neue König-
straße 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags
geöffnet. (Zahlungserleichterung).
Gebrachte Möbel aus Versteige-
rungen, Schränke, Vertikals, Tische,
Sofas, Schreibtische, Bücherregale,
Büchertische, Gardinen, Bettstellen, Wasch-
toiletten, Bilder, Kronen, Teppiche,
komplette Wirtschaften bedeutend
billiger wie überall. Lennert's Möbel-
speicher, Rothringstraße 55. 22558
Fortzugshalber Kuchentru-
meau, Tisch, Gaskrone, Bett, Klein-
geleiten sehr billig. Kahlstraße 1 IV.
Wichtig! Möbel, gebraucht, neue
und verfallene gewasene, Kleiderständer,
Vertikals 18,00, Ausziehisch 4, Einlagen
12,00, Vertikals mit Federmatratze
15,00, Rohrstühle 2,50, Marmort-
tische 19,00, Garderobenständer,
Herrenschreibtisch 36, dreistufiger An-
kleiderständer, Kuchentru meau 85,00,
Säulentrumeau 65,00, Säulentrumeau
28,00, Chaiselongue mit Decke 19,00,
Kommode 12,00, Ledersessel 10,00,
Ruhesessel 20,00, Tischstühle 45,00,
bunte Kissen 55,00, englische Schlaf-
zimmer, eisernes Herrenzimmer, 50
Stück Federbetten, Stargard's Möbel-
speicher, Neue Königstraße 29. Trans-
port kostenfrei. 2177
Billiger wie fast alle Möbelhändler!
Im Aufbruch zum Sommer! Lot-
ringerstraße 26, Schönhauser, kom-
men mehrere billige, auch bessere Ein-
richtungen bis zur Hälfte des regu-
lären Wertes zum Verkauf! Häss-
lich billig: Ankleiderständer, Büch-
erregal, Säulentrumeau, Umbau,
Bettstellen, Büchertische, Schreibtische,
Bücherregale, Teppiche, moderne
Küchen, Gardinen! Lotzring-
straße 26, Schönhauser, Hof,
Speicher. 3575

Fahrräder, verfallen, wirklich
postbillig nur Reichens Neue Schön-
hauserstraße 11. Kleinauswahl er-
stklassiger, besserer Markenräder, gebraucht
und neu. Da Selbstauswahl unbedachte
Schleuderpreise. Reichens Lohmann,
Neue Schönhauserstraße 11. 27316
Groß-Berlin's billigste Radfahrer-
Bekleidungs- und Fahrradzubehö-
rungen, Bismarckstraße 62. An-
zeiger - Radfahrerbund 10 Prozent
Rabatt. 18058
Herrenräder, Doppelstufenräder,
bester Sattelzug, 34,50, Damenräder
41,50, Luftschläuche 1,50, Laufschon-
1,75, Reklam, Mitterstraße 94. 21718
Ein zweifachbeständiges Motorrad
zu verkaufen. Erzgebirg Ludw. W.
Petersburger Platz 2, vorn I. 473
Musik.
Kuchentru meau, fast neu, post-
billig, Pilsenerstraße 58, Daer-
gebäude I. 1919
Piano, hohes, Schmeißer,
140,00 (Teilszahlung). Lammstraße 8 I.
Orchester verkauft Meier,
Dresdenerstraße 54. 451
Blasinstrumente (neue, doppelt
speichernde Methode bis zur Vollendung)
gibt erfahrener Künstler wöchentlich,
auf Wunsch auch nur eine Rektion
a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf.
Offerten unter D. 2 Expedition des
„Vorwärts“. 1
Verschiedenes.
Garantenwatt Bessi, Elbinger-
straße 24. 25558
Kunststofferei von Frau Kolosky
Schlesierstr. Kurtr. 8, III.
Verstärkte Kunststoffe beherzigen
Erfolge, leicht lesbaren Unterricht
in Wort und Schrift der deutschen
Sprache erteilt Damen und Herren
(separat) auch abends ein tüchtiger
und gewandelter Privatlehrer. Die
Ermee kostet eine Mark. Eine Unter-
richtsstunde wöchentlich genügt. Ge-
fällige Angebote sind unter G. 4 an
Expedition des „Vorwärts“ zu richten.
Wer Stoff hat? Fertige Herren-
anzüge 15,00. Wagner, Schneider-
meister, Lichtenbergstraße 9. 7917
Ideen, Erfindungen arbeiten prak-
tisch aus, auch Modelle billig. Roloff,
Berlin, Tronheimerstraße 21a. 491
**Herrenzimmer, Garten, Bil-
dungsraum, Pantaw, Schmied-
straße 19. 149**
Kanarienvogel kauft Kahlber-
straße 31. 3245